

Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen
und Sozialisten
Deutschlands e.V.

1/12

April 2012 · 65. Jahrgang
Einzelverkauf 6,- €

Solidarität mit den Armen

Reinhard Gaede
Mit Blumen für Menschenrechte

Manfred Böhm
Der Klassenkampf der Eliten

Christoph Butterwegge
Armut in einem reichen Land, Teil II

Basisgemeinde Wulfshagenerhütten, Teil II

Renate Schröder
Weltgebetstagsreise nach Malaysia

Bernd Krebs
Das Böhmisches Dorf in Berlin

Reinhard Gaede/Willy, Spieler/Klaus Schmidt
Kirchengeschichte von links

Christian Griebenow
Ev. Friedensarbeit nach Aussetzung der Wehrpflicht

Ulrike Pfab
Oikocredit – solidarische Ökonomie

Herman Noordegraaf
Christlicher Sozialismus

Rezensionen

Bundesnachrichten

CHRISTIN
CHRIST UND
SOZIALISTIN
SOZIALIST
CUS

KREUZ UND ROSE



IMPRESSUM

CuS. Christin und Sozialistin/ Christ und Sozialist. Kreuz und Rose. Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands, erscheint seit 1948.

Herausgeber:

Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V., gegründet 1919/1926

Vorstand:

Reinhard Gaede, Dieter Hönerhoff, Norbert Voß

Redaktion:

Dr. Reinhard Gaede (v.i.S.d.P.)
Wiesestr. 65, D-32052 Herford
Tel. 0 52 21/34 25 56
cus@brsd.de, reinhard-gaede@gmx.de
Dieter Hönerhoff
Gänsemarkt 4, D-32052 Herford
DieterHoe@t-online.de

Redaktions-Beirat:

Friedrich-Wilhelm Bargheer, Blomberg
Hartmut Futterlieb, Bad Hersfeld
Doris Gerlach, Herford
Dietlinde Haug, Bad Oeynhausen
Fritz Hufendiek, Berlin
Elmar Klink, Bremen
Helmut Pfaff, Frankfurt
Wieland Zademach, Unkel

CuS/BRSD im Internet:

www.BRSD.de

Webmaster:

Darius Dunker, Aachen

Erscheinungsweise vierteljährlich

Abonnements:

Norbert Voß, Altvolberg 20,
51503 Rösrath, Tel. 0 22 05/79 37,
n.voss@redezeit.de

Preise:

Einzelheft € 6,-, Doppelnummer
€ 8,-, Jahresabonnement Inland:
€ 20,- pro Jahr, Ausland: Europa
€ 24,-, Welt € 28,50. Förder-
abonnement € 25,- oder mehr.
Kündigungen werden zum Jahresende
wirksam. Bitte überweisen Sie den
Betrag jeweils zum Jahresbeginn an
den BRSD e.V., KD-Bank, BLZ 350
601 90, Konto-Nr. 2 119 457 010
Internationale Überweisungen:
IBAN DE 15350601902119457010
BIC GENODED1DKD

Gestaltung & Layout:

Thomas Biedermann,
Kreativ-Schmie.de, Hamburg
www.kreativ-schmie.de

Druck:

Ordensgemeinschaft der Armen-
Brüder des heiligen Franziskus
Sozialwerke e.V., Beschäftigungshilfe,
Düsseldorf

ISSN 0945-828-X

INHALT

Editorial	1
Reinhard Gaede	
Mit Blumen für Menschenrechte	4
Manfred Böhm	
Entsolidarisierung von oben – der Klassenkampf der Eliten	7
Christoph Butterwegge	
Armut in einem reichen Land – wie das Problem verharmlost und verdrängt wird	15
Anthony Gwyther	
„Es war kein Mangel unter ihnen“: Biblische Impulse zu einer alternativen Wirtschaft	24
Renate Schröder	
Steht auf für Gerechtigkeit!	29
Bernd Krebs	
„Glaubensfreiheit“ – das Böhmisches Dorf in Berlin	41
Reinhard Gaede	
Kirchengeschichte von „links“ und von „unten“ – Das Werk Walter Bredendieks	44
Willy Spieler	
Hundert Jahre „Neue Wege“ als Online-Angebot	50
Klaus Schmidt	
Ina Gschlössl, Theologin, Gegnerin der Nazis	52
Christian Griebenow	
Evangelische Friedensarbeit nach Aussetzung der Wehrpflicht	54
Ulrike Pfab	
Solidarische Ökonomie als Alternative zu entfesselten Finanzmärkten	59
Herman Noordegraaf	
Christlicher Sozialismus, christlicher Glaube und soziales sowie politisches Engagement*	61

Rezensionen

Dietlinde Haug	
Liebe und Widerstand – das Leben von Magda und André Trocmé	66
Gerd Büntzly	
Die Armut besiegen. Muhammad Yunus	67

Bundesnachrichten

Presseerklärung	
Widerstand gegen Nazis nach der Tradition: Wehret den Anfängen!	69
Zur Geschichte unserer Bewegung	71
Jahrestreffen	71
Geburtstagsglückwünsche	72

Bilder und Fotos	72
Autorinnen und Autoren	73

Editorial

Solidarität mit den Armen“, so lautet das Thema dieses Heftes. Es enthält den zweiten Teil der Rede von *Christoph Butterwegge* auf der letzten Jahrestagung des BRSD „Wie Armut in einem reichen Land verharmlost und verdrängt wird“. Bildung ist „keine Wunderwaffe im Kampf gegen die Armut, zumal sie immer mehr zur Ware verkommt“, so beurteilt er einschränkend die gegenwärtige Diskussion.

Die Ursachen liegen in einer Politik, die die „Klassenspaltung“ von Reichtum und Armut will und „bewusst erzeugt“. Debatten haben dies oft verschleiert. An Beispielen der Erbschafts-Steuer und der so genannten Finanzmarkt-Stabilisierung zeigt sich die Begünstigung von Reichen und Superreichen, Einschnitte in der Sozialpolitik dagegen haben Langzeit-Arbeitslose und arme Familien getroffen. Christoph Butterwegge plädiert für eine Bürgerversicherung und eine soziale Grundsicherung. Wie die Eliten jegliche Solidarität mit Armen aufkündigen, hat *Manfred Böhm* gezeigt. Soziale Unterstützungsleistungen gelten ihnen als überflüssiger Luxus. „Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätrömischer Dekadenz ein“, hatte Guido Westerwelle gesagt. Eine Karikatur von *Horst Haitzinger*, die Christoph Butterwegges Ausführungen kommentiert, hat daran kritisch erinnert. Wer zu den Eliten gehört, wie sie sich rekrutieren, welche Ziele sie haben, auf welchen Ebenen Entsolidarisierung wirkt, all das wird deutlich. Wie können wir gegensteuern? Manfred Böhm kennt verschiedene Haltungen: Religionskritik, „Compassion und Option“ und prophetische Intervention. Mit-Leidenschaft für die Opfer und Verlierer, Zorn auf die, die Leid verursachen, ist die angemessene Reaktion, gefährlich für die für den herrschenden Neoliberalismus. Der Beitrag unseres Bundesfreundes ist auch in unserer Schwesterzeitschrift *Neue Wege* 1/2012 erschienen. Wir danken für ihre Kooperation.

Vom Leiden unter Ungerechtigkeit spricht auch meine *Predigt über 2.Kor. 12,9–10*. Die Wander-Ausstellung „Mit Blumen für Menschenrechte“ will den Blick schärfen für die Leiden von Menschen, die in der Produktion von Schnittblumen arbeiten und zugleich zeigen, wie wir helfen können. Die Ermutigung zur Solidarität bekommen Christen und Christinnen durch die Verheißung Gottes „Lass dir an meiner Gnade genügen, denn meine Kraft ist in den Schwachen mächtig.“

Im vorigen Heft hat sich schon die *Basisgemeinde Wulfshagenerhütten* vorgestellt. Ihr



Redaktions-Beirat: (l.v.u.) Doris Gerlach, Dietlinde Haug, Fritz Hufendiek, Reinhard Gaede, Elmar Klink, Friedrich-Wilhelm Bargheer, Helmut Pfaff, Wieland Zademach

Mitglied *Anthony Gwyther* sieht die Geschichte des Volkes Gottes in ihrer Auseinandersetzung mit den mächtigen Imperien und seiner Befreiung durch Gott und Gottes Ökonomie, Impuls zu einer „alternativen Wirtschaft“.

„Der *Weltgebetstag* ist eine weltweite Basisbewegung von christlichen Frauen. Jedes Jahr, immer am ersten Freitag im März, feiern Frauen, Männer, Kinder weltweit den Weltgebetstag (WGT). Der Gottesdienst wird jedes Jahr von Frauen aus einem anderen Land vorbereitet ... Weltgebetstag – das ist gelebte Ökumene ... nach dem Leitmotiv des Weltgebetstags: ‚Informiert Beten – betend Handeln‘ (‚Informed Prayer – Prayerful Action‘)“, Weltgebetstag der Frauen – Deutsches Komitee e.V. In diesem Jahr haben die Frauen aus Malaysia das Gottesdienst-Formular geschrieben. „Steht auf für Gerechtigkeit!“ – so soll das Leitmotiv in die Tat umgesetzt werden. Renate Schröder ist mit einer Gruppe der Westfälischen Frauenhilfe in diesem Land, der „grünen Lunge Asiens“, gewesen und berichtet von den Begegnungen in Gottesdiensten und diakonischen Projekten.

Die hitzige Diskussion über Integration von Zugewanderten sollte manchmal durch einen Blick in die Geschichte zu neuen Erkenntnissen kommen. *Bernd Krebs* berichtet über die Geschichte seiner Gemeinde. Flüchtlinge aus Frankreich, aus der Pfalz, aus dem Salzburgerischen und aus Böhmen, wegen ihres Glaubens bedrängt, fanden eine neue Heimat im „Herzen“ des Berliner Bezirks Neukölln. „Es entstand das Dorf Böhmisches Rixdorf. Die böhmischen Zuwanderer erhielten das Recht auf freie Religionsausübung in ihrer Sprache, mit eigenen Predigern sowie das Recht auf eigene Gerichtsbarkeit, ein eigenes Schulzen-Amt, Befreiung vom Militärdienst und Steuerfreiheit.“ „Glaubensfreiheit. Das Böhmisches Dorf in Berlin: Ein Labor für Zukunft“, so heißt das Motto für die Gedenkveranstaltung an das 275-jährige Bestehen von Böhmisches Rixdorf. „Die Gemeinde leistet einen aktiven Beitrag zur Integration von Migrant(en)innen, indem sie seit 12 Jahren einer Presbyterianischen Exil-Gemeinde aus dem Iran ihre Räume für Asyl – und Sozialberatung, Gottesdienst und Seelsorge zur Verfügung stellt und mehrmals im Jahr Begegnungen zwischen beiden Gemeinden organisiert.“ *Matthias Hühn* von der Zeitung des lokalen Quartiermanagements interviewt *Bernd Krebs* zum Thema Integration und Abgrenzung in Vergangenheit und Gegenwart. Bis heute existieren in Rixdorf, das 1912 in „Neukölln“ umbenannt wurde, die Ev.-ref. Bethlehemsgemeinde, die ev.-luth. Bethlehemsgemeinde und die Evangelische (Herrnhuter) Brüdergemeine, die 1727 in Herrnhut/Oberlausitz durch den Grafen Zinsendorf gegründet wurde. (vgl. Wikipedia, Art. Böhmisches Rixdorf).

Hans-Otto Bredendiek hat 27 Jahre nach dem Tod seines Vaters *Walter* seine gesammelten Studien herausgegeben, zusammen mit *Hans-Joachim Beeskow*. „Kirchengeschichte von ‚links‘ und von ‚unten‘ heißt das Gedenkbuch. Ich stelle es vor im Gedenken an meinen Gesprächspartner *Walter Bredendiek*, den ich in den siebziger Jahren oft besucht habe, um mit dem besten Kenner der Weimarer Zeit Forschungsergebnisse auszutauschen. Er ist nur 58 Jahre alt geworden. Aber in Erinnerung bleibt seine Würdigung der Friedensbewegung und des religiösen Sozialismus.

„100 Jahre ‚Neue Wege‘, Schweiz“ hieß mein Artikel in CuS 4/2010. Ein nachträgliches Geschenk zum Jubiläum hat das *Schweizerische Sozialarchiv* überreicht. Und die *Leonhard-Ragaz-Stiftung* hat dafür all ihre finanziellen Mittel eingesetzt. *Willy Spieler*

stellt die Pioniertat des Archivs vor: Die Zeitschrift ist digitalisiert worden. 100 Jahre der Artikel unserer religiös-sozialistischen Schwester-Zeitschrift sind auf diese Weise allen Lesern und Leserinnen über das Internet zugänglich gemacht worden. Eine „Allmende des Wissens“ ist entstanden, eine „Erinnerungskultur des religiösen und des demokratischen Sozialismus“. Neben dem Dank an die Beteiligten gibt der langjährige Redakteur der Zeitschrift Tipps für die Benutzung der Online-Ausgaben. Der Beitrag ist auch in den Neuen Wegen 1/2012 erschienen. Wir danken für die Kooperation.

Bedeutend ist auch die neue Online-Ausstellung „*Widerstand!? Evangelische Christinnen und Christen im Nationalsozialismus*“. Die multimediale Ausstellung zeigt mit 584 historischen Dokumenten in Form von Texten, Fotos, Audios und Videos erstmals das gesamte Spektrum widerständigen Verhaltens von evangelischen Christinnen und Christen im Nationalsozialismus, (www.evangelischer-widerstand.de). *Klaus Schmidt* hat darin ein kurzes Lebensbild von *Ina Gschlössl* gegeben. Diese tapfere Theologin, die in religiös-sozialistischer Tradition stand, verlor ihre Stelle, als sie den Nazis widersprach. Für den Druck erhielten wir die freundliche Erlaubnis von Prof. Dr. Siegfried Hermle, Kommission der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte.

1957 war nach dem Zweiten Weltkrieg die Wehrpflicht wieder eingeführt worden. Am 15. Dezember 2010 hatte das Bundeskabinett die Aussetzung zum 1. Juli 2011 beschlossen. Seit dem 1. März 2011 werden junge Männer nicht mehr gegen ihren Willen zum Dienst verpflichtet. Die Wehrpflicht bleibt allerdings im Grundgesetz verankert. Die Truppe soll künftig 170.000 Berufs- und Zeitsoldaten haben. Geplant sind darüber hinaus bis zu 15.000 freiwillig Dienende im Jahr. Dieser Dienst kann bis zu 23 Monate dauern. Mit der Reduzierung sollen im Verteidigungsetat in den kommenden Jahren 8,3 Milliarden Euro eingespart werden. Das war das eine Motiv für die Kehrtwende der schwarz-gelben Regierung. Das andere natürlich, eine schlagkräftige Truppe für Einsätze in aller Welt zu haben. *Christian Griebenow* von der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden informiert über die neue Situation bei der Beratung und die Zusammenarbeit der Frieden stiftenden Organisationen bei der Stärkung der Freiwilligen Friedensdienste.

„Soziale Verantwortung und Wirtschaftlichkeit schließen sich nicht aus. Das zeigt die internationale Kreditgenossenschaft *Oikocredit*“, sagt *Ulrike Pfab* in ihrem Bericht über die Organisation, die seit 1975 weltweit eine Entwicklungs-Förderin für arme Gemeinschaften und Genossenschaften ist, Armut bekämpft als eine Alternative zur ungerechten Weltwirtschaft. Mit ihr ist der BRSD verbündet.

In unseren Rezensionen berichtet *Dietlinde Haug* über das Ehepaar Trocmé, bei dem Juden aus ganz Europa Zuflucht fanden. *Gerd Büntzly* schreibt über den Organisator von Mikrokrediten in Bangladesh *Muhammad Yunus*.

Die Rede von *Herman Noordegraaf* über christlichen Sozialismus auf der Konferenz des Internationalen Bundes der Religiösen Sozialisten/innen (ILRS) am 15. Oktober 2011 in Den Haag können wir jetzt nachlesen. Es ist ein wichtiges Dokument für das Anliegen der Konferenz: „Eine globale religiöse Linke mobilisieren!“

Ausgerechnet am Heiligen Abend 2011 marschierten in Bielefeld Neonazis. Unsere

Presseerklärung wollte an die Tradition christlichen Widerstands erinnern, der Vorbild für heutige nötige Aktionen sein soll.

Alle Leserinnen und Leser sind herzlich zu einem *Jahrestreffen* eingeladen.

Im *Redaktionsbeirat* CuS begrüßen wir ein neues Mitglied: *Dietlinde Haug*, sie stellt sich kurz vor: Jg. 1949, Studium Pädagogik und Psychologie, Pädagogik in meiner Heimatstadt Karlsruhe und Psychologie in Frankfurt am Main, Goethe-Uni. Nach dem Studium Tätigkeit in einer Erziehungsberatungsstelle und seit 1987 in einer neuropsychologischen Reha-Klinik. Außerberuflich sind mir Friedens- und Menschenrechtsfragen ein besonderes Anliegen.

Schon im letzten Jahr ist *Doris Gerlach* hinzugekommen. Doris ist am 20.07.1958 in Löhne geboren. Dort hat sie auch ihr Anerkennungsjahr als Erzieherin absolviert. Nach dem Abschluss der Fachoberschule am Anna-Siemsen-Berufskolleg Herford studierte sie Sozialwesen an der Fachhochschule Bielefeld. Ihr Anerkennungsjahr führte sie zum Kreis Herford und zum Diakonischen Werk Herford. Seit 26 Jahren arbeitet sie als Diplom-Sozialarbeiterin beim Diakonischen Werk im Sozial-Beratungsdienst.

Reinhard Gaede

Euer/Ihr Reinhard Gaede

Predigt* über 2.Kor. 12, 9–10

Mit Blumen für Menschenrechte

Von *Reinhard Gaede*

„Und er (sc.Christus) hat zu mir gesagt: Lass dir an meiner Gnade genügen; denn meine Kraft ist in den Schwachen mächtig. Darum will ich mich am allermeisten rühmen meiner Schwachheit, damit die Kraft Christi bei mir wohne.

Darum bin ich guten Mutes in Schwachheit, in Misshandlungen, in Nöten, in Verfolgungen und Ängsten, um Christi willen; denn wenn ich schwach bin, so bin ich stark.“

Liebe Gemeinde!

In der Faschingszeit sind Masken beliebt. Helden, Prinzen und Prinzessinnen treten auf. Groß ist die Sehnsucht nach Bewunderung und Anerkennung. Immer wieder geht es um Erfolg im Leben. Ein Wettkampf

des Prahlens ist überall im Gange. Welcher Manager verdient die meisten Millionen Euro im Jahr? Wer ist im Beruf am erfolgreichsten? Wer hat das teuerste Haus oder bekommt bei Bedarf den billigsten Kredit?

Auch der Apostel ist auf den Jahrmarkt der Eitelkeiten geraten. So etwas gibt es auch in christlichen Gemeinden: Wer ist der frömmste Christ? Und dieser oder jene taugt dagegen nichts. Der Apostel muss erleben, dass Gemeindeglieder in Korinth andere Prediger rühmen, um ihn herabzusetzen. Bei der Verteidigung seines Amtes greift der Apostel zu einem ungewöhnlichen Mittel. Er hält seine große Narrenrede, bei der er sich als Prahlhans gebärdet, scheinbar alle anderen Prahlhänse nachahmt. So spricht er von seiner Lebensgeschichte und zugleich vom Lauf des Evangeliums. Beides

ist nicht zu trennen. Gottes Botschaft spricht durch ihren Boten. So erzählt er, wie er im Triumphzug des Evangeliums umhergeführt wird, wie alle Hindernisse überwunden werden, seien es Flüsse oder Wüsten, wie alle Anschläge von bösen Menschen ihn nicht besiegen konnten, seien es Räuber, Heiden oder Heuchler und falsche Brüder in den Gemeinden.

Und doch – nun erreicht die Narrenrede eine Wirklichkeitsebene, die allen Prahnhänsen die Bühne wegnimmt – ein kleines rettendes Fenster, Flucht in einem Korb, den hilfreiche Hände von der Mauer herablassen – Wie bescheiden sind die Rettungsmittel Gottes und seines Boten! Was allein zählt, ist Wille, seelische Widerstandskraft und Lebensmut trotz Todesgefahr. Solche Kräfte eignen sich aber nicht zum Prahlen. Es ist die Kraft, die den Ohnmächtigen geschenkt wird. Und nach 14jährigem Wirken als Prediger spricht er zum ersten Mal von seinen religiösen Erlebnissen. Aber eine religiöse Leistungsschau lässt sich ja daraus nicht ableiten. Gottes Geist ist es, der wirkt, wenn ein Mensch die Herrlichkeit Gottes, des Schöpfers und Retters erlebt. Jetzt wagt es Paulus, ganz freimütig von seiner Schwäche zu sprechen. Eine bittere, quälende Krankheit hat so viel von seiner Lebenskraft geraubt. Er konnte die Krankheit nicht besiegen, ja seine Gebete wurden nicht erhört. Da wird ihm die Erkenntnis geschenkt, die Dietrich Bonhoeffer einmal so ausgedrückt hat: Nicht alle unsere Wünsche erfüllt Gott, aber alle seine Verheißungen. Und das ist die Verheißung Gottes, die auch wir als Jahreslosung mitnehmen sollen: „Lass Dir an meiner Gnade genügen, denn meine Kraft ist in den Schwachen mächtig.“

Viele Christ(inn)en sind Zeugen dieser Zusage Gottes geworden. Dietrich Bonhoeffer, der nach seinem Widerstand gegen

den Terror der Nazis von diesen umgebracht wurde, sagt: „Der Gerechte leidet unter der Welt, mit Gott leidet er; der Ungerechte nicht. Der Gerechte leidet ...unter der Ungerechtigkeit, unter Sinnlosigkeit und Verkehrtheit des Weltgeschehens, er leidet unter der Zerstörung der göttlichen Ordnung der Ehe und Familie. Er leidet darunter nicht nur, weil es für ihn eine Entbehrung bedeutet, sondern weil er etwas Ungöttliches darin erkennt. Die Welt sagt: das ist nun einmal so und wird immer so sein und muss so sein. Der Gerechte sagt: es soll nicht so sein, es ist gegen Gott ... Er bringt gewissermaßen das Sensorium Gottes in die Welt; darum leidet er, so wie Gott unter der Welt leidet. In dem Leiden des Gerechten ist immer Gottes Hilfe, weil er ja mit Gott leidet. Gott ist immer dabei. ... Im Leiden findet der Gerechte Gott. Das ist seine Hilfe.“ (Gesammelte Schriften, Hg. E. Bethge, IV, 1961, S. 595)

In der nächsten Woche können wir mit dem Kirchenkreis Herford die Ausstellung „Fair Flowers“ sehen. „Mit Blumen für Menschenrechte“, ist das Motto. Bilder und Informationen sollen unsern Blick schärfen, dass wir die Leiden von Menschen sehen, die in der Produktion von Schnittblumen arbeiten. Zunächst lernen wir die wirtschaftlichen Fakten kennen: „80 % der Schnittblumen, die wir in Deutschland kaufen, werden importiert. Sie kommen über die Niederlande, dem größten Umschlagplatz der internationalen Blumenindustrie, zu uns – sehr viele aus Ländern wie Kenia, Ecuador, Kolumbien, Simbabwe und Tansania.“ Viel Sonne, Wasser, geringer Lohn für Arbeitskräfte – das sind die Voraussetzungen für optimale Produktion. Die Exporteure haben mit der bunten, duftenden Ware Millionen Euro verdient.

Doch was ist der Preis für diese Entwicklung?

Eine Blumenarbeiterin in Bolivien sagt im Interview mit dem Verein Vamos e.V.: „Die Arbeiterinnen werden kaum vor den Pestiziden geschützt; die Sprüher bekommen eine Schutzkleidung, die jedoch oft kaputt ist. Die Fristen vor der Wiederaufnahme der Arbeit nach dem Sprühen werden nicht eingehalten. Die Arbeiterinnen werden oft auf die Felder geschickt, wenn diese noch nass sind von der Pestizidbesprühung. In manchen Betrieben wird sogar gesprüht, während sich Arbeiterinnen in den Feldern aufhalten.“

Dr. Adriana Gonzales Guevara, Ärztin aus Ecuador, hat die Schäden für die Gesundheit erlebt: „In einem Blumenbetrieb, in dem ich früher gearbeitet habe, habe ich im Monat etwa sechs Fehlgeburten festgestellt. Das ist eine hohe Rate. Zu den verbreiteten Krankheiten der Arbeiterinnen gehören Grippe, Hautprobleme, Augenreizungen, Magenprobleme, Krampfadern und Rückenprobleme wegen der langen Arbeitszeiten, immer auf den Füßen stehend.“

Jane, Blumenarbeiterin in Kenia, spricht für die Belastung allein erziehender Frauen:

„Nachdem wir Arbeit hatten, hat mein Mann eine andere Frau genommen. Ich erziehe meine Kinder alleine. ... Wir müssen von 7 Uhr morgens arbeiten ... manchmal bis 23 Uhr oder Mitternacht. Ich vermisse meine Kinder sehr, während ich bei der Arbeit bin. Sie brauchen mich, und ich brauche sie. Es ist sehr schwer. Wenn meine Kinder gegessen haben, werde ich auch essen. Ich bin mit meiner Arbeit noch nicht fertig. Daher kann ich noch nicht essen. Erst müssen sie essen.“ (Aktionszeitung fair flowers, vamos e.V., Achtermannstr. 10-12, 48143 Münster, vgl. www.vamosmuenster.de)

Nicht nur die Gesundheit der Arbeiter-

rinnen ist in Gefahr. Auch die Umwelt wird extrem belastet oder gar zerstört durch Pestizide an Plastikplanen, die in der Landschaft herumliegen. Wenn diese Planen als Dach-Ersatz auf Marktständen dienen, gelangen Pestizide im Regenwasser auf Nahrungsmittel und in den Boden.

Der Markt, von allen sozialen Regeln abgekoppelt, ist bei diesem globalisierten Handel die Achse, um die sich die Welt dreht. Der Profit, das Geld, wird allein geschätzt, der Mensch ist Produktionsfaktor, gilt nur nach dem Nutzen, den er zur Kapitalvermehrung bringt. Die Umwelt, nämlich Boden, Wasser, Luft, also die Lebensgrundlagen werden lebensgefährlich belastet. Der Götze Mammon sorgt für die Entfremdung des Menschen vom Mitmenschen, lehnt sich auf gegen den Schöpfer durch Verwüstung der Schöpfung. Protest ist nötig. Protestanten haben ihren Namen vom Protestieren. Widerstand gegen Ungerechtigkeit ist nötig. Wir sollen das Erbe der Prophetie übernehmen. „Es ströme das Recht wie Wasser und die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach!“ Amos 5, 24. Wir sollen die Mahnung Jesu hören: „Seid barmherzig, wie auch euer Vater barmherzig ist.“ (Luk 6,24).

Die Leiden der Armen bemerken und ihnen helfen, ist möglich, wenn wir unsere Verantwortung als Verbraucher(innen), als Käufer(innen) wahrnehmen.

Barbara Issel vom Verein Vamos sagt: „Wir können Blumen kaufen, deren Gütesiegel bessere Arbeits- und Umweltbedingungen auf Blumen-Farmen garantieren.“ Als KonsumentInnen können wir Einfluss nehmen, indem wir in den Blumengeschäften gezielt nach Blumen fragen, die solch ein Güte-Siegel tragen. Bisher wurde das Siegel des Flower Label Program (FLP) propagiert. Erfolg hatte dann das Fair Trade-Siegel. Wenn wir diese Blumen kaufen,

können sie doppelt Freude schenken: uns als VerbraucherInnen und den Menschen, die sie auf der anderen Seite der Erde angebauen. „Arbeits- und Gesundheitsschutz sind bei Fairtrade ebenso Pflicht, wie sparsamer Umgang mit Wasser und Pestiziden. ... Fairtrade-zertifizierte Blumenfarmen erhalten eine zusätzliche Fairtrade-Prämie. Sie beträgt zehn Prozent des Exportpreises. Wofür die Prämie eingesetzt wird, entscheidet ein Gremium aus Vertretern des Managements und demokratisch gewählten Arbeitervertretern. Das Prämiengeld fließt in Gemeinschaftsprojekte. Die Blumenfarm Ravine Roses in Kenia ließ beispielsweise eine Krippe für die Arbeiterkinder bauen. Außerdem wurden mit Prämiengeldern Schutzimpfungen für die Kinder, HIV-Tests und Beratungsgespräche zur Familienplanung finanziert.“ (fairtrade-deutschland.de)

Das Christentum, sagt Paulus, ist die Botschaft von der Versöhnung, der Versöhnung des Menschen, der Gott, dem Mitmenschen und sich selbst fremd und feindselig geworden ist.

Manchmal geraten die Botschafter(innen) der Versöhnung unter die Räder. Aber die Wahrheit ihrer Worte und das Beispiel ihrer Taten sind unbezwingbar. Denn eine gnadenlose Welt hat, auch wenn sie es

sich nicht eingesteht, Heimweh nach der Gnade: Leben lassen, nicht vernichten; Wunden heilen, nicht Wunden schlagen; geduldig sein, nicht andere und sich selbst hetzen; schöpferisch arbeiten, nicht vergeuden; wachsam sein, nicht träge sein; nachhaltig wirken, nicht verschwenden; aufrichtig sein, nicht Böses planen; Erkenntnis suchen, nicht ziellos leben; freundlich sein, nicht abweisend und kalt-berechnend sein; den Heiligen Geist regieren lassen, den bösen Geist vertreiben; Gott und den Nächsten Mitmenschen lieben, der Gottlosigkeit und dem Egoismus absagen. Durch die Kraft Gottes – so beendet Paulus die Beschreibung des Lebens der Christ(inn)en – kommt die Gnade in die Welt. Und sie gewinnt Raum für das Reich Gottes. Eine gnadenlose Welt sehnt sich, ohne es sich einzugestehen, nach der Heimkehr der Gnade. Als Botschafter(innen) der Versöhnung sind wir gesandt, die Gnade Gottes in Wort und Tat zu bezeugen. Christus verheißt „Meine Kraft ist in den Schwachen mächtig.“ Amen

** Gottesdienst vor der Ausstellung „Fair Flowers. Mit Blumen für Menschenrechte“, 13.–24 Februar 2012, Ev. Kirchenkreis Herford am 11.2.2012, Jakobi Kirche, Herford*

Entsolidarisierung von oben – der Klassenkampf der Eliten

Von Manfred Böhm

Eure Armut kotzt mich an.“ Dieser leuchtend gelbe Aufkleber, den ich vor einigen Jahren in Erlangen auf einem dunklen Porsche Carrera zu Gesicht

bekommen habe, hat mich auf die Spur dieses Themas gesetzt.

Seither hat die Entsolidarisierung von oben weitere Blüten der Schamlosigkeit getrieben:

Im Januar 2004 stand Josef Ackermann,

der Chef der Deutschen Bank, in einem Düsseldorfer Gerichtssaal und hob grinsend die rechte Hand zum Siegeszeichen. Es ging um den Vorwurf der Untreue. 57 Mio € Abfindung wurden bei der Mannesmann Übernahme vom Aufsichtsrat an die Vorstände durchgewunken. Die Geste am Beginn des Prozesses provoziert bis heute, weil sie als eine triumphale Geste der Selbstgerechtigkeit wahrgenommen wird. Es ging dabei nicht nur um Geld, sondern auch und gerade um Anstand, Maß und Verantwortung, also um ethische Werte, die Ackermann selbstgefällig missachtete. Dazu passte sein damaliger Kommentar: Deutschland sei das einzige Land, das diejenigen vor Gericht bringt, die Werte schaffen. Gemeint waren wohl Vermögenswerte, denn die Shareholder hatten an der Übernahme in der Tat viel Geld verdient.

Am 16. Dezember 2004 gab der damalige Arbeitgeberpräsident Michael Rogowski in einem Interview im Fernsehsender Phönix folgende Äußerung von sich: „Am 9. November 1989 haben wir mit der Maueröffnung auch die Abrissbirne gegen den Sozialstaat in Stellung gebracht. Hartz VI-VIII werden demnächst folgen. Es ist ein Klassenkampf, und es ist gut so, dass der Gegner auf der anderen Seite kaum noch wahrzunehmen ist.“ Direkter und unmissverständlicher ist wohl das Entsolidarisierungsprojekt der Eliten kaum je auf den Punkt gebracht worden.

Im Februar 2010 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass die sog. Hartz IV Regelsätze, besonders die für Kinder, neu kalkuliert werden müssen, da die Vorschriften des SGB II, die die Regelleistung für Erwachsene und Kinder betreffen, nicht den verfassungsrechtlichen Anspruch auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums entsprechen. Daraufhin meldete sich Guido Westerwelle, damals

noch der FDP Vorsitzende, lautstark zu Wort und legte seine Sicht der Dinge vor. Er erkannte in dem Urteil „sozialistische Züge“ und warnte: „Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätrömischer Dekadenz ein.“ Sozialstaatliche Unterstützungsleistungen als überflüssige Luxusausgaben – das ist Ausdruck eines arroganten Oberschichtenegoismus, der längst den Blick für das Ganze verloren hat.

1. Klassenkampf von oben

Die Liste der Beispiele lässt sich bei aufmerksamer Zeitungslektüre mühelos erweitern. Aber die Botschaft wird auch so schon deutlich: Die Eliten koppeln sich von der Gesamtgesellschaft ab, sie entsolidarisieren sich, indem sie einen Klassenkampf nach unten führen.

1.1 Wer sind die Eliten?

Wenn hier von Eliten die Rede ist, sind Geld(=Macht)eliten gemeint, also Menschen, die das Vermögen (also die Macht und das Geld) haben, souveräne Entscheidungen zu treffen, an die andere Menschen auf Gedeih und Verderb gebunden sind. Der Soziologe Krysmanski spricht vom „Geldmachtkomplex“ als dem „Gravitationszentrum“ der Elitenmacht. „In dessen Mitte finden wir eine historisch gewachsene, vernetzte ultra-reiche Klientel“¹, die aufgrund ihrer Kapitalpotenz eine „neue Form der Souveränität“ verkörpert.² Sie sind die wirklich Mächtigen, deren Macht tatsächlich unangreifbar ist.

Um sie herum, von ihr abhängig und auf sie ausgerichtet, sind in konzentrischen Kreisen spezialisierte Machtzirkel angeordnet.

Da sind zunächst die Konzern- und Finanzeliten, also das Spitzenpersonal der verschiedenen Wirtschaftsbereiche. Sie sind

die „Spezialisten der Kapitalverwertung bzw. Absicherung und Expansion von Akkumulationsmöglichkeiten“. Sie sind sehr mächtig, aber nicht unangreifbar. Ihr „Dienstklassenstatus“ drückt sich dadurch aus, dass sie, wenn es sein muss, entlassen werden können.³

Es folgen die politischen Eliten als Spezialisten der Verteilung des volkswirtschaftlichen Reichtums. Sie haben aus der Sicht des Machtzentrums die Funktion, die Kapitalinteressen durchzusetzen und die damit verbundene Umverteilung von unten nach oben politisch zu organisieren.

Den äußeren Ring bildet das für die Expansion des Geldmachtapparates unentbehrliche Heer der Wirtschaftswissenschaftler und Finanzexperten, also der funktionalen Wissenselite. Ihnen kommt die Aufgabe zu, die Öffentlichkeit für die Interessen des Geldmachtkomplexes zu missionieren. Sie haben den „quasi naturgesetzlichen Charakter der Prinzipien und Mechanismen der modernen kapitalistischen Marktwirtschaft kraft ihrer wissenschaftlichen Autorität kodifiziert und etabliert ...“.⁴ Sie sind die Meinungsmacher und haben die Definitionsmacht inne.

Ziel des gesamten Geldmachtkomplexes ist es, die Kapitalverwertung für die Kapitalbesitzer akkumulativ zu optimieren und gesellschaftliche Strukturen zu zementieren, die deren Vormachtstellung auf Dauer sicherstellen.

1.2 Wie rekrutieren sich die Eliten?

Zum innersten Kern gehört man in der Regel durch die Gnade der Geburt oder eventuell durch Einheirat. Die „ultra-reiche Klientel“ gibt ihren Reichtum und ihre Macht durch Vererbung weiter. Es ist ein hermetisches System interner Vernetzung. Man bleibt in der Regel unter sich.

Die Machtzentralen der Finanz- und Wirtschaftswelt betreffend wird in der Öffentlichkeit der Mythos gepflegt, Leistungsbereitschaft und fachliche Kompetenz wären die entscheidenden Kriterien, um dort Fuß zu fassen. Aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Die Finanz- und Wirtschaftseliten bilden eine weitgehend geschlossene Gesellschaft. Die Rekrutierung für die Chefetagen der Unternehmen erfolgt zum allergrößten Teil aus den 3,5% der Bevölkerung, die zum Großbürgertum oder gehobenen Bürgertum gehören. 80% der Vorstandsvorsitzenden der 100 größten deutschen Unternehmen entstammen diesem Milieu.⁵ Viel wichtiger als Leistungsbereitschaft und Kompetenz, die als selbstverständlich vorausgesetzt werden, sind für die Rekrutierung die Vertrautheit mit dem in den Machtzentralen gängigen Verhaltenskodex und die Souveränität im Umgang damit. „Die intime Kenntnis der Dress- und Verhaltenscodes ist von so großer Bedeutung, weil sie signalisiert, ob ein Kandidat mit den ungeschriebenen Regeln in diesen Kreisen vertraut und auch bereit ist, sie zu akzeptieren.“⁶ Wer aus der Mittelschicht stammt oder von weiter unten und nicht über diesen Habitus der Eliten verfügt, kann trotz noch so großer Kompetenz und Leistungsfähigkeit diesen Mangel in der Regel kaum mehr ausgleichen.

1.3 Was treibt die Eliten an?

Einer der innersten Antriebe des Geldmachtkomplexes ist die Ideologie des Neoliberalismus, die sich zur hegemonialen Wirtschaftstheorie weltweit entwickelt hat. Dabei ist der Neoliberalismus weit mehr als eine bloße Wirtschaftstheorie. Er hat sich zu einer (pseudo)religiösen Weltanschauung mit Totalitätsanspruch auf Mensch und Welt verfestigt.

Der von allen sozialen Regeln befreite

Markt ist die Nabe, um die sich das Rad der alles umfassenden Kapitalverwertung dreht. Der Mensch hat sich schicksalsergeben diesem gleichsam naturgesetzlichen Prozess zu unterwerfen und darauf zu vertrauen, dass auf diesem Weg wie durch Zauberhand Wohlstand und Wohlergehen für alle entsteht.

Die Verfechter des Neoliberalismus sind somit recht gläubige Menschen. Sie vertrauen auf die weise und ordnende Kraft des Marktes, soweit man ihm nur freie Hand lässt. Ihre eigene Bereicherung ist ihnen Bestätigung und Garantie dafür, dass sie mit ihrem Glauben an die unsichtbare Hand des Marktes augenscheinlich richtig liegen.⁷ Der freie Markt bringt durch das egoistische Handeln Einzelner Wohlstand für alle. Wo das nicht funktioniert, müssen offensichtlich individuelle Anpassungsdefizite vorliegen. Am Ende glauben die traumatisierten Verlierer das selbst und machen sich für ihre gesellschaftliche Stigmatisierung auch noch selbst verantwortlich. „Der Neoliberalismus ist wie Aids: Er zerstört das Immunsystem seiner Opfer“, stellt der Soziologe Pierre Bourdieu fest.⁸

Selbst die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008/2009 konnte diesem Glauben nichts anhaben. „Von den ‚Gläubigen‘ der Religion des Kapitalismus wird die Wirtschafts- und Finanzkrise nicht als Infragestellung, sondern als eine ‚Glaubensversuchung‘ begriffen, in der es gilt, umso kräftiger zu glauben, um die Unerlöschlichkeit ihres Glaubens auch in der Anfechtung und Versuchung in der Wirtschafts- und Finanzkrise zu bezeugen.“⁹

Der Neoliberalismus hat demnach die Erschütterungen der Finanzwelt und der Realwirtschaft – entgegen den politischen Reglementierungswünschen und -ankündigungen in der Krisenzeit selbst – gerade deshalb relativ unbeschadet überstanden, weil er

dogmatisch verwurzelt ist im Überzeugungskanon der herrschenden Eliten, die hinwieder die herrschende Politik bestimmen.

1.4 Wie funktioniert die Entsolidarisierung?

Der neoliberale Kapitalismus mit seiner alles aufsaugenden Kapitalverwertung und der zügellosen Kapitalakkumulation stellt ein System struktureller Verantwortungslosigkeit dar. Die als ehern gesetzten Marktgesetze fordern bedingungslosen Gehorsam. Persönliche Verantwortung und Täterschaft lösen sich in das System hinein auf. Die Schuldfrage findet keinen Ansatzpunkt, denn der Einzelne funktioniert nur als Marionette des Marktes.

Wer aber im sozialen Interaktionsgeflecht Verantwortung von sich weist, legt letztlich pathologische Störungen an den Tag: Es offenbart sich eine „Entgrenzung des Narzissmus“, eine „Selbstermächtigung und Selbstidealisation der Eliten“, der auf der anderen Seite die „Entwertung und Verachtung der machtlosen Beherrschten“ entspricht.¹⁰

Die Entsolidarisierung entfaltet sich dabei auf mehreren Ebenen:

Der Narzissmus gerät mit der Kultur universaler humaner Werte in Konflikt. Mitgefühl und Solidarität werden nicht mehr als allgemein verbindliche Axiome empfunden, sondern werden höchst selektiv angewandt. Mit anderen Worten: Die Elitenmacht gründet „auf der Empathieverweigerung für die Anderen – nicht nur im Einzelfall, sondern die Ausschaltung des Mitfühlens ist zur psychischen Struktur geworden“.¹¹ Der Blick für die Schwachen und damit für die soziale Stabilität des Ganzen der Gesellschaft wird willentlich preisgegeben und die persönlichen Interessen mit denen des Geldmacht-komplexes kurzgeschlossen.

Ein weiterer Desidentifikations-Mechanis-

mus ist die Neudefinition von Werten, die begleitet wird von einer Desensibilisierung gegen die Leiden der Opfer. Die Neudefinition von Werten „erlaubt es dem Täter, einen entsetzlichen Gewaltakt auszuüben und trotzdem sein Selbstbild zu wahren“.¹² So nimmt im Zuge der Sozialreformen der letzten Jahre, besonders in der sog. Hartz IV Gesetzgebung, ein verändertes Menschenbild Gestalt an. Wer bis dato bedürftig war, hatte Anspruch auf ausgleichende Leistungen des Sozialstaats. Inzwischen ist die Beweislast umgedreht worden. Der Hilfebedürftige muss jetzt erst einmal nachweisen, dass er entsprechend dem Motto „Fordern und Fördern“ der Unterstützung überhaupt würdig ist. Der bedürftige Mensch ist unter den Pauschalverdacht des Sozialschmarotzertums geraten. Erst wenn er diesen Verdacht in einer nicht selten demütigenden Prozedur aus dem Weg räumen kann, sind die Voraussetzungen dafür gegeben, Hilfe empfangen zu können. Denn der Wert des Menschen errechnet sich aus dem Grad seiner Nützlichkeit für den kapitalistischen Produktionsprozess.

Ein anderer Mechanismus der Entsolidarisierung von oben ist die Etablierung von Feindbildern. Sie haben die Funktion, das Negative abzuspalten, auf bestimmte Gruppen umzuleiten und eine auf Ausschluss beruhende Pseudosolidarität zwischen Eliten und der Mehrheit des Volkes zu inszenieren. Die Aufrechterhaltung diffuser Bedrohungs- und Angstsznarien über die Sensationsmedien ist ein wichtiger Baustein der Elitenmacht. Wenn etwa Muslime unter Generalverdacht geraten, gewaltbereit zu sein, oder Arbeitslose pauschal als unnütze Faulenzer verunglimpft werden, fungieren solche Dämonisierungen stets als Stabilisatoren der bestehenden Verhältnisse.¹³

Und schließlich funktioniert die Entsolidarisierung auch über den Mechanismus

der symbolischen Gewalt. „Symbolische Gewalt bezeichnet eine Situation, in der die durch soziale Ungleichheit benachteiligten Akteure die soziale Welt durch die Augen derjenigen betrachten, die die symbolische Definitionsmacht innehaben und ihre Kompetenzen und Fähigkeiten als gesellschaftlichen Standard definieren.“¹⁴

Das bedeutet: Die offene oder heimliche Bewunderung, die den Eliten von unten entgegengebracht wird, verhindert die Infragestellung des ökonomischen Status Quo, auf dem die Elitenmacht basiert. Die mediale Inszenierung der Schickeria ist Opium fürs Volk. Dessen Energie fließt nicht dahin, die bestehenden Verhältnisse zu verändern, sondern innerhalb dieser Verhältnisse einen besseren Platz nach dem Vorbild der Angehimmelten zu ergattern.

2. Gegengifte von unten

Damit der Geldmachtkomplex Mensch, Gesellschaft und Welt nicht total unter seine Kontrolle bekommt und der Neoliberalismus nicht sämtliche Denk- und Verhaltensmuster in unseren Köpfen und Herzen kolonisiert, braucht es Gegengifte.

2.1 Religionskritik

Das innerste Wesen des neoliberalen Kapitalismus, das, worum sich die Aktivitäten des Geldmachtkomplexes drehen, ist das Geld und seine Vermehrung. Geld ist dabei natürlich weit mehr als ein bloßes Zahlungsmittel. Es beinhaltet neben einem ökonomischen Wert einen mythischen Mehrwert. Ihm wird letztlich göttliche Qualität zuerkannt, wie schon Karl Marx herausgestellt hat: „Das Geld, indem es die Eigenschaft besitzt, alles zu kaufen, indem es die Eigenschaft besitzt, alle Gegenstände sich anzueignen, ist also der Gegenstand in eminentem

Besitz. Die Universalität seiner Eigenschaft ist die Allmacht seines Wesens, es gilt daher als allmächtiges Wesen ...“.¹⁵

Das Geld wird zum verehrten Götzen, der Markt bringt durch eine unsichtbare Hand, die alles weise lenkt, Wohlergehen für jedermann, und der Eigennutz des Einzelnen verwandelt sich dadurch in einen geheimnisvollen Akt der Gemeinwohlförderung. Glaube allüberall! Von daher ist es völlig klar: „Eine Kapitalismuskritik, die nicht auch religionskritisch argumentiert, verfehlt deshalb die subtheologischen Begründungen des Kapitalismus und seiner darauf beruhenden Wirkungsweise.“¹⁶

Die Kritik der Bibel am Geld erschöpft sich nicht nur in einer moralischen Kritik, wie sie in der Weisheitsliteratur, etwa bei Kohelet (5,9ff; 10,19) oder bei Jesus Sirach (27,1; 29,10; 31,5ff) zu finden ist. Sie geht weit darüber hinaus. Das Geld wird kritisiert als gefährliche Alternative zu Gott, als eine Macht, die an seine Stelle tritt. „Niemand kann zwei Herren dienen...Ihr könnt nicht beiden dienen, Gott und dem Mammon“ (Mt 6,24). Der biblische Gegensatz zum Glauben an Gott ist nicht etwa der Unglaube, der Atheismus, sondern der Götzenglaube. Der „... Mammon ist der eigentliche Gegengott des Evangeliums“.¹⁷ Aber als Götze ist die Sicherheit, die er anzubieten vermag, nur eine scheinbare. Geld vermittelt eben nur die Illusion, buchstäblich alles kaufen zu können und damit vor den Wechselfällen des Lebens gefeit zu sein. Hinter der Gier nach immer mehr steht nichts anderes als die nackte Angst, letztlich „...das Nichtfertigwerden mit dem eigenen Tod“, der eigenen „Begrenztheit als körperlichem, bedürftigem Wesen“.¹⁸ An dieser Frage muss der Götze Geld notgedrungen scheitern, denn er kann durch noch so große Anstrengungen quantitativer Akkumulation keinen qualitativen Heilmehrwert erzeugen. Der Mam-

monglaube bleibt soteriologisch blind. Das Vakuum wird angefüllt mit Surrogaten: Reichtum, Macht, Ansehen, Luxus. „Sie sollen ihm (dem Mammongläubigen – M.B.) Gott ersetzen; sie sollen den Tod überwinden, ewiges Leben schenken. Erst wenn wir dies erkennen, blicken wir in das tiefste Geheimnis der Götzenmacht des Mammons.“¹⁹

2.2 Compassion und Option

Die selektierende Empathieverweigerung der Eliten steht mit dem christlichen Programm universaler Nächstenliebe und Solidarität in einem unversöhnlichen Gegensatz. „Jesu erster Blick galt nicht der Sünde der anderen. (Die Sünde war ihm vor allem Verweigerung der Teilnahme am Leid der anderen, war ihm Weigerung, über den dunklen Horizont der eigenen Leidensgeschichte hinaus zu denken, war ihm, wie das Augustinus genannt hat, ‚Selbstverkrümmung des Herzens‘, Auslieferung an den heimlichen Narzissmus der Kreatur.) Und so begann das Christentum als eine Erinnerungs- und Erzählgemeinschaft in der Nachfolge Jesu, dessen erster Blick dem fremden Leid galt.“²⁰

Die Mystik des Christentums ist die Mitleidenschaft, d.h. sich vom Leid des anderen anrühren zu lassen und entsprechend zu handeln. Compassion drückt mehr aus als Mitleid oder Empathie. Beides klingt Metz zu privatistisch, zu wenig politisch. Compassion dagegen ist die Bedingung der Möglichkeit für gesellschaftliches Gerechtigkeitshandeln. Das Leiden, der Schmerz, die Trostlosigkeit der anderen wird zum unhintergehbaren Bezugspunkt, aus dem heraus Verständigung und Verständnis, Anerkennung und Respekt, Achtsamkeit und Barmherzigkeit aufkeimen können. Sie sind der Referenzpunkt für Solidarität,

Menschenwürde und Gerechtigkeit in der Gesellschaft und weltweit.

Mitleidenschaft verabschiedet sich dabei von der Fiktion „strikt symmetrischer Anerkennungsverhältnisse“, wie sie unseren „fortgeschrittenen Diskursgesellschaften unterstellt werden“, die aber über die „Logik der Markt-, Tausch- und Konkurrenzverhältnisse“ nicht hinauskommen.²¹ Denn die Schwachen kommen in diesem Diskurs zu kurz, da die Machtfrage geflissentlich ausgeklammert bleibt. Compassion ergreift Partei, wird einseitig für die Schwachen, um ihnen mehr Gewicht zu verleihen und dadurch die Diskursübermacht der Eliten einzudämmen. „Erst asymmetrische Anerkennungsverhältnisse, erst die Zuwendung der Einen zu den ausgegrenzten und zerstörten Anderen bricht die Gewalt der Logik des Marktes.“²²

2.3 Prophetische Intervention

Der Neoliberalismus ist eine Religion des Fatalismus. Die Gesetze des Marktes hätten naturwissenschaftliche Qualität, so sein Credo. Das damit zum Ausdruck kommende Interesse ist klar: Es geht dem neoliberalen Kapitalismus um den Erhalt der Hegemonie des Geldmachtkomplexes, um eine dauerhafte Unangreifbarkeit des gesellschaftlichen Ist-Zustandes. Jeder Widerstand gegen die Verteilungslogik des Marktes soll von vorneherein als zwecklos erscheinen. „Indem sich die Diktatur des Kapitals hinter blinden und anonymen ‚Gesetzen‘ des Marktes verschanzte, zwingt sie uns die Vorstellung einer geschlossenen und unveränderlichen Welt auf. Sie verwirft jede menschliche Initiative, jedes geschichtliche Handeln, das aus der subversiven Tradition des noch nicht Bestehenden, noch nicht Erreichten, mit einem Wort: der Utopie, hervorgeht. Sie sperrt die Zukunft aus.“²³

Gegen diese Anmaßung des pseudoreligiösen Fatalismus, der die Menschen mundtot und resigniert halten will, gilt es, den prophetischen Zorn im Namen des lebendigen Gottes der Bibel aufleben zu lassen. Der Zorn ist das komplementäre Gegenstück zur Compassion. Wer in Mitleidenschaft die Opfer und Verlierer erreichen will, dem fällt es schwer, nicht zornig zu sein auf jene, die ihnen die Leiden zufügen. Der Zorn, solange er sich von biblischen Koordinaten bestimmen lässt, stellt eine enorme konstruktive Energie zur Verfügung. Und zwar in zweierlei Richtung.

Zum einen geht es um die Entlarvung des Götzen. Der Neoliberalismus mit seinem TINA-Prinzip (There is no alternative!) ist als eine Struktur der Sünde zu demaskieren. Er raubt den Menschen die Hoffnung auf Veränderung der Verhältnisse und damit auf ein besseres Leben, indem er ihnen die geschichtliche Gestaltungsfähigkeit aus der Hand schlägt. Biblische Prophetie aber stellt im Namen des geschichtsmächtigen Gottes dieses gesamte System in Frage. „Der Prophet vertritt die Opposition Gottes gegen die Welt. Das ist seine Berufung.“²⁴ Als „Volkstribun Gottes“²⁵ stellt er sich auf die Seite der Opfer dieses Systems und fordert in der konkreten Situation neoliberaler Unterdrückung eine andere, eine menschengemäße, d.h. der Würde des Menschen entsprechende, und im Übrigen auch sachgerechtere Wirtschaftsordnung.

Neben der Entlarvung hat die biblische Prophetie zum anderen auch Visionen zu pflegen und als Hoffnungsszenarien in den Diskurs einzuspeisen. Visionen sind für die herrschenden Verhältnisse und die dadurch Privilegierten gefährlich. Sie verweisen mit ihrem noch uneingelösten Möglichkeitspotential auf denkbare Praxisvarianten und kippen damit die Alternativlosigkeit des Faktischen. Das subversive Utopiereservoir

der Reich Gottes Botschaft ist die vielleicht nachhaltigste Infragestellung des real existierenden Neoliberalismus. Vor dem Hintergrund des biblischen Schalom tritt die heimtückische Armseligkeit des Götzen besonders drastisch hervor: Eine bessere Welt ist möglich! Alles andere ist eine interessen-geleitete bewusste Täuschung.

Am Ende steht ein knappes Plädoyer.

Ich wünsche mir eine kirchliche Pastoral und eine Pastoraltheologie, die die hier angesprochene Thematik wahr- und ernst nehmen, die die Menschen nicht nur als Einzel- oder Gemeindewesen verstehen, sondern die das sie umgebende und bestimmende politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Geflecht in ihr Denken und Handeln mit einbeziehen, die die Frage nach der gesellschaftlichen Macht und der damit implizierten Gewalt nicht ausklammern, die sich compassionssensibel mit den Opfern solidarisieren und die prophetisch-energisch dem Götzen des Kapitals Paroli bieten.

Denn belanglos wird, wer die Belange der Menschen nicht trifft.

- 1 Krysmanski Hans Jürgen, *Der Geldmacht-komplex*, in: *Luxemburg 2009*, Heft 1, 41–46, 41; vgl. dazu auch das Kapitel „Die Ringburg“ in: Krysmanski Hans Jürgen, *Hirten & Wölfe. Wie Geld- und Machteliten sich die Welt aneignen*, Münster 2009, 2. Aufl., 161ff
- 2 Vgl. Krysmanski Hans Jürgen, *Der stille Klassenkampf von oben. Strukturen und Akteure des Reichtums*, in: *UTOPIEKreativ 2007*, Heft 205, 999–1011, 1004
- 3 Vgl. *ibid.*
- 4 Segbers Franz, *Kapitalismus in der Glaubenskrise*, in: Fink Ilseget, *Hildebrandt Cornelia* (Hg.), *Kämpfe für eine solidarische Welt. Theologie der Befreiung und Demokratischer Sozialismus im Dialog*, Pa-

pers der Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin 2010, 90-101, 99

- 5 Vgl. Hartmann Michael, *Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft*, Frankfurt 2002, 117f
- 6 Hartmann 2002, 122
- 7 Vgl. zur religiösen Dimension des Neoliberalismus: Böhm Manfred, *Geld alias Gott. Die Religion des Kapitalismus und die Vertreibung der Händler*, in: Bucher Rainer, Krockauer Rainer (Hg.), *Prophetie in einer etablierten Kirche. Aktuelle Reflexionen über ein Prinzip kirchlicher Identität*, Münster 2004, 80-91, bes. 81ff
- 8 Zitiert nach Ziegler Jean, *Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher*, München 2005, 7. Aufl., 53
- 9 Segbers 2010, 92
- 10 Vgl. Duchrow Ulrich, Bianchi Reinhold, Krüger René, Petracca Vincenzo, *Solidarisch Mensch werden. Psychische und soziale Destruktion im Neoliberalismus – Wege zu ihrer Überwindung*, Hamburg 2006, 148f
- 11 Duchrow u.a. 2006, 149
- 12 Duchrow u.a. 2006, 151
- 13 Vgl. Berghold Josef, *Feindbilder und Verständigung. Grundfragen der politischen Psychologie*, Wiesbaden 2007, 3. Aufl., 94ff
- 14 Bittlingmayer Uwe H., *Zwischen Oper und Internet-Café. Transformierte Kultureliten in der Wissensgesellschaft?*, in: Hitzler Ronald, Hornbostel Stefan, Mohr Cornelia (Hg.), *Elitenmacht*, Wiesbaden 2004, 43–60, 55
- 15 Marx Karl, in: Fromm Erich, *Das Menschenbild bei Karl Marx. Mit den wichtigsten Teilen der Frühschriften von Karl Marx*, Frankfurt-Berlin-Wien 1982, 142
- 16 Segbers 2010, 93

- 17 *Ragaz Leonhard, Die Bibel. Eine Deutung, Band V: Jesus, Zürich 1949, 98*
- 18 *Duchrow u.a. 2006, 140*
- 19 *Ragaz Leonhard, Die Bergpredigt Jesu, Bern 1945, 138*
- 20 *Metz Johann Baptist, Compassion. Zu einem Weltprogramm des Christentums im Zeitalter des Pluralismus der Religionen und Kulturen, in: ders., Kuld Lothar, Weisbrod Adolf (Hg.), Compassion. Weltprogramm des Christentums. Soziale Verantwortung lernen, Freiburg-Basel-Wien 2000, 9–18, 11*
- 21 *Vgl. Metz 2000, 14*
- 22 *Metz 2000, 14f*
- 23 *Ziegler 2005, 54*
- 24 *Ragaz Leonhard, Die Bibel. Eine Deutung, Band IV: Die Propheten, Zürich 1949, 131*
- 25 *Ragaz, Propheten 1949, 109*

*Manfred Böhm, verheiratet, drei Söhne, wohnhaft in 91320 Ebermannstadt, Waldweg 23
Geboren am 5.4.1958 in Coburg, aufgewachsen in Hattersdorf bei Seßlach.
Seit 1969 im Ottonianum Bamberg, Abitur 1977 am Franz-Ludwig-Gymnasium.
Danach Studium der Kath. Theologie in Bamberg und Tübingen.*

*1983/84 Zivildienst beim Malteser Hilfsdienst Bamberg.
1984 bis 1987 Promotion im Fach Pastoraltheologie an der Universität Bamberg bei Prof. Ottmar Fuchs.
Seit 1988 im kirchlichen Dienst.*



Manfred Böhm

*Zunächst als Geschäftsführer der Kath. Bildungswerke Kulmbach und Lichtenfels. Seit 1990 Geschäftsführer und Pädagogischer Leiter der Kath. Bildungswerke Erlangen und Erlangen-Höchststadt.
Seit 1998 Leiter der Kath. Betriebsseelsorge im Erzbistum Bamberg.
Einige Schwerpunkte der Arbeit:
Beratung und Begleitung von Betriebs- und Personalräten und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern
Vermittlung in Konfliktfällen
Fortbildung für Betriebs- und Personalräte (Sozialethische Fragen, Teamentwicklung, soziale Kompetenz ...)
Öffentliches Engagement für menschengerechte Arbeitsbedingungen und soziale Gerechtigkeit*

Teil II

Armut in einem reichen Land – wie das Problem verharmlost und verdrängt wird

Von Christoph Butterwegge

Der missverständliche Begriff „Bildungsarmut“ und die Pädagogisierung des Armutproblems. Zuletzt machte der Begriff „Bildungsarmut“ eine steile Medienkarriere, von dem fast immer dann die Rede war, wenn es um die mate-

rielle Unterversorgung junger Menschen ganz allgemein und besonders um die Schlechterstellung von Migrant(inn)-en im deutschen Schulsystem ging. Seitdem die Soziologin Jutta Allmendinger den Begriff um die Jahrtausendwende in die deutsche Fachdebatte eingeführt hat, tut man so, als könne eine gute Schulbildung oder Berufs-

ausbildung verhindern, dass Jugendliche ohne Arbeitsplatz bleiben. Tatsächlich verhindern Bildungsdefizite vielfach, dass junge Menschen auf dem überforderten Arbeitsmarkt sofort Fuß fassen. Bildung ist jedoch keine Wunderwaffe im Kampf gegen die Armut, zumal sie immer mehr zur Ware verkommt. Denn wenn alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland – was zweifelsohne sinnvoll und anzustreben ist – bessere Bildungsmöglichkeiten erhalten, konkurrieren sie am Ende womöglich auf einem höheren Bildungsniveau, aber nicht mit besseren Chancen um weiterhin fehlende Lehrstellen und Arbeitsplätze. Dann gibt es zwar mehr Taxifahrer mit Abitur Hochschulabschluss, aber nicht weniger Arme.

Zweifellos ist es mehr als skandalös, dass die Kinder aus sozial benachteiligten Familien erheblich weniger gute Bildungschancen haben als die Zöglinge der besonders Gutsituierten und auf diesem für ihren ganzen Lebens- und Berufsweg zentralen Feld hierzulande stärker diskriminiert werden als in fast allen übrigen entwickelten Industriestaaten, wie der internationale Schulleistungsvergleich PISA bestätigte. Ursache und Wirkung dürfen allerdings nicht vertauscht werden, indem man so tut, als führten ausschließlich oder hauptsächlich der Mangel an Bildungsanstrengungen zu materieller Armut. Obwohl es meistens umgekehrt ist, fällt sonst ausgerechnet den Betroffenen im Sinne eines individuellen Versagens (der Eltern) die Verantwortung dafür zu, während ihre gesellschaftlich bedingten Handlungseinschränkungen und die politischen Strukturzusammenhänge aus dem Blick geraten.

Natürlich ist Armut mehr als Mangel an Geld, der durch finanzielle Zuwendungen behoben werden könnte. Politiker/innen heben dies immer wieder hervor, womög-

lich deshalb, um es nicht für ihre Bekämpfung verwenden zu müssen. Armut schlägt sich auch nicht bloß als chronisches Minus auf dem Bankkonto oder als gähnende Leere im Portemonnaie nieder. Denn sie führt zu vielfältigen Benachteiligungen, Beeinträchtigungen und Belastungen, etwa im Bildungs-, Kultur- und Freizeit- wie auch im Gesundheits- und im Wohnbereich. Dieser Umstand hat es materiell besser gestellten Schichten immer schon erleichtert, die Armen nach dem Motto „Geld macht ohnehin nicht glücklich“ regelrecht zu verhöhnern, verleitet jedoch heute noch Kommentatoren dazu, Armut zu subjektivieren, zu individualisieren bzw. zu biografisieren und sie auf Sozialisations- bzw. Kulturdefizite oder die „Bildungsferne“ der Betroffenen zurückzuführen. Bildung steht nicht zuletzt deshalb im Mittelpunkt des neueren Armutsdiskurses der Bundesrepublik, weil sie für das deutsche Kleinbürgertum seit jeher eine probate Möglichkeit darstellt, sich nach oben und unten gleichzeitig abzugrenzen. Je mehr die gesellschaftliche Mitte unter ökonomischen Druck gerät und sozial erodiert, umso energischer weigern sich manche ihrer Repräsentanten, Armut und Prekarität als traurige Realität des Gegenwartskapitalismus zu akzeptieren.

Philipp Mißfelder, 29-jähriger Bundestagsabgeordneter, Vorsitzender der Jungen Union und Mitglied des CDU-Präsidiums, löste einen Proteststurm aus, weil er am 15. Februar 2009 auf einem sonntäglichen Frühschoppen seiner Partei in Haltern gesagt hatte: „Die Erhöhung von Hartz IV war ein Anschlag für die Tabak- und Spirituosenindustrie.“ Mißfelder unterstellte den Bezieher(inne)n von Arbeitslosengeld II, dass sie jene wenigen Euro, die es seit dem 1. Juli 2008 mehr gab und die noch nicht einmal das Steigen der Lebenshal-

tungskosten auszugleichen vermochten, in Zigaretten und alkoholische Getränke gesteckt hätten. Man fragt sich unwillkürlich, ob solche Äußerungen einen politischen Versuchsballon darstellen, die Stimmung im Land testen sollen und nach einem durchaus möglichen Meinungsumschwung im Zuge der Weltwirtschaftskrise den Auftakt für entsprechende Änderungen der Sozialgesetze (z.B. die Umstellung der Grundsicherung für Arbeitsuchende von Geld- auf Sachleistungen) bilden könnten.

Debatten über die „neue Unterschicht“ und das „abgehängte Prekariat“

Die „deutsche Unterschichtendebatte“ erreichte im Juli 2006, als die Zwischenergebnisse einer Studie „Gesellschaft im Reformprozess“ veröffentlicht wurden, die TNS Infratest Sozialforschung Berlin im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt hatte, ihren ersten Höhepunkt. Darin kam der Terminus „abgehängtes Prekariat“ vor, ohne dass die Schichtstruktur der Bundesrepublik genauer untersucht wurde, denn es ging um das sozialdemokratische Wählerpotenzial. Den bisher mit Abstand größten Medienhype um das Thema „Armut“ in der deutschen Nachkriegsgeschichte überhaupt gab es, als der damalige SPD-Vorsitzende Kurt Beck in einem Interview, das die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung am 8. Oktober 2006 veröffentlichte, eher beiläufig den Begriff „Unterschichtenproblem“ fallen ließ, wie es manche nennen würden. Beck warf den Unterschichtangehörigen in dem genannten Interview vor, „kein Interesse mehr am Aufstieg durch Bildung“ zu haben, und verlangte am 12. Dezember 2006 von Henrico Frank, einem Erwerbslosen, der ihn bei einem Wahlkampftermin auf dem Wiesbadener Weihnachtsmarkt ansprach und

um Hilfe bei der Stellensuche bat: „Waschen und rasieren Sie sich erst mal ... dann finden Sie auch Arbeit!“ Mit Deutschlands „frechstem Arbeitslosen“ (Bild-Zeitung) erhielt das Mitglied jener „Unterschicht“, von der Beck kurz vorher gesprochen hatte, obwohl er sich diesen Begriff gar nicht zu Eigen machte, ein fassbares Gesicht, das für die Boulevardpresse zur Projektionsfläche aller Ressentiments wurde, die man Armen hierzulande entgegenbringt und im Medienbetrieb transportiert bzw. multipliziert.

Becks Parteigenosse Franz Müntefering wiederum, damals Vizekanzler sowie zur Armutsbekämpfung verpflichteter Bundesarbeits- und Sozialminister, leugnete schlicht die Existenz einer Klassenspaltung und einer Schichtstruktur, als er sich gegen eine solche „Einteilung der Gesellschaft“ verwahrte und zur Begründung sagte: „Es gibt keine Schichten in Deutschland. Es gibt Menschen, die es schwerer haben, die schwächer sind.“ Müntefering hätte gewiss keine Hemmungen gehabt, den Begriff „Mittelschicht“ in den Mund zu nehmen. Wenn diese existiert, muss es jedoch auch Schichten darüber und darunter geben. Statt sich dem Armutsproblem zu stellen, setzte Müntefering als zuständiger Fachminister die jahrzehntelange Ignoranz führender Politiker ihm gegenüber fort und erklärte die „Unterschicht“ kurzerhand zur Erfindung weltfremder Soziologen.

Zwar fiel die Leugnung des Problems einer zunehmenden sozialen Ungleichheit schwerer, nachdem der SPD-Vorsitzende in der geschilderten Art Stellung genommen hatte, aber es folgten kaum politische Initiativen gegen Armut und Unterversorgung. Vielmehr darf nicht übersehen werden, dass sich mit dem Begriff „Unterschicht“ genauso wie mit dem Begriff „underclass“ die Gefahr verbindet, dass er im öffentlichen

Diskurs zu Pauschalierungszwecken missbraucht und als „stigmatisierendes Schlagwort“ gegen die damit bezeichnete Armutspopulation verwendet wird. Statt eines Paradigmen- bzw. Politikwechsels löste die Debatte über „neue Unterschichten“, „abgehängtes Prekariat“ und Armut nämlich auch ideologisch motivierte Abwehrreflexe aus: Da wurde entweder der einzelne Betroffene für seine Misere verantwortlich gemacht oder der Sozialstaat zum Sündenbock erklärt. Wenn die Armut kein gesamtgesellschaftliches, sondern ein von den Betroffenen selbst verschuldetes Problem wäre, könnte man diesen zumuten, sich nach der Münchhausen-Methode „am eigenen Schopf“ aus dem sozialen Morast herauszuziehen. Dabei wird jedoch schlichtweg verkannt, dass die Bekämpfung der Armut sinnvoller Angebote der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik bedarf, die es seit den sog. Hartz-Gesetzen allerdings immer weniger gibt.

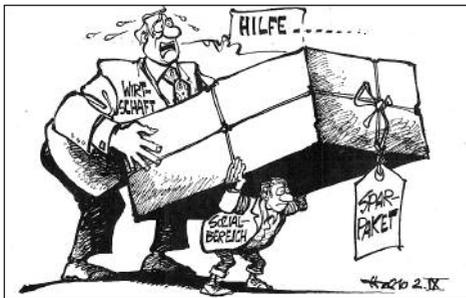
Armut, so scheint es, macht gegenwärtig im Fokus der Herrschenden einen tief greifenden Funktionswandel durch: Was früher die Furcht aller Besitzenden vor den „gefährlichen Klassen“ war, schlägt um in deren bloße Verachtung. Wenn nicht mehr die Revolution bzw. Rebellion der „unteren Stände“ droht, die nach deren Ruhigstellung verlangt, steht heute im Wesentlichen um-

gekehrt nur noch zur Debatte, wie man die „neue Unterschicht“ (re)aktivieren und ihre „Beschäftigungsfähigkeit“ (employability) garantieren kann. Seit der Neoliberalismus zur dominanten Wirtschaftstheorie, Sozialphilosophie und politischen Ideologie avanciert ist, erscheint Armut weniger als Problem für die Betroffenen als für den „Standort D“.

Wenn die Armut deutsche Durchschnittsbürger/innen trifft: Absturz der Mittelschicht?

Ungefähr anderthalb Jahre nach der Untergang der Mittelschicht ins Blickfeld der Massenmedien, die das Problem „Armut“ nun erstmals auch hier verorteten. Am 5. März 2008 legte das DIW eine Studie vor, nach der die Mittelschicht zerbröckelt und viele Durchschnittsverdiener/innen nach unten abrutschen. Markus M. Grabka und Joachim R. Frick hatten auf der Grundlage des Sozio-Oekonomischen Panels (SOEP) festgestellt, dass die „Schicht der Bezieher/innen mittlerer Einkommen“, d.h. jener Bevölkerungsgruppe, deren bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen zwischen 70 und 150 Prozent des Medians beträgt, zwischen den Jahren 2000 und 2006 von 62 Prozent auf 54 Prozent geschrumpft war. Aufgrund einer ausgeprägten Tendenz zur Einkommensspreizung hätten die Ränder der Einkommensverteilung an Bedeutung gewonnen, während die verfügbaren Realeinkommen seit der Wiedervereinigung nur mäßig gestiegen und im Zeitraum von 2003 bis 2006 sogar deutlich zurückgegangen seien.

Der Spiegel (v. 3.3.2008) berichtete vorab über die Ergebnisse unter dem Titel „Wo ist die Mitte? – Jahrzehntelang prägte sie das Land. Nun zeigen neueste Zahlen: Die deutsche Mittelschicht leidet an akuter Auszehrung“. Michael Sauga und Benjamin



... ich bin am Zusammenbrechen!

Triebe charakterisierten die DIW-Studie als „erschreckende Zustandsbeschreibung der deutschen Gesellschaft“. Sehr viel dramatischer, alarmistischer und schriller als sonst üblich, wenn es „nur“ um die Armut des unteren Randes ging, klang die soziale Diagnose jetzt: „Zunächst langsam und dann immer schneller hat die ökonomische und soziale Spaltung mittlerweile das Zentrum der bundesdeutschen Gesellschaft erfasst.“ Die für den sozialen Zusammenhalt unersetzliche Mittelschicht erodiere, und zwar in einem rasanten Tempo, vor allem jedoch ohne Hoffnung, dass sich dieser Prozess aufhalten oder umkehren lasse. In den vergangenen Jahren sei die Anzahl der sozialen Absteiger um mehr als ein Drittel gestiegen, schrieben Sauga und Triebe weiter: „Jeder vierte Deutsche gehört (...) mittlerweile zu den so genannten armutsgefährdeten Schichten – mehr als je zuvor.“ Es sei ein düsteres Bild, das die beiden Verteilungsforscher des DIW von der sozialen Verfassung unseres Landes zeichneten, meinten die Spiegel-Redakteure: „Einer prosperierenden Oberschicht steht eine wachsende Unterklasse der Absteiger und Ausgestoßenen gegenüber, während in der Mittelschicht die begründete Sorge wächst, bald selbst zu den Verlierern zu gehören.“

Regierungspolitik nach dem „Matthäus-Prinzip“

Armut und Reichtum sind keine unsozialen Kollateralschäden im Zeichen der Globalisierung, wie der Öffentlichkeit eingeredet wird, sondern in dem bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem funktional, d.h. gewollt und bewusst erzeugt. So hat die Große Koalition mit ihrer Mehrheit in Bundestag und -rat kurz vor dem Jahreswechsel 2008/09 nach jahrelangem Tauziehen eine Erbschaftsteuerreform ver-

abschiedet, die einen verteilungspolitischen Skandal ersten Ranges darstellte, weil sie besonders Reiche und Superreiche begünstigt. Kindern von Familienunternehmern wurde die betriebliche Erbschaftsteuer vollständig erlassen, sofern sie die Firma zehn Jahre, und zu 85 Prozent, wenn sie das Unternehmen sieben Jahre lang fortführten und die Lohnsumme insgesamt mindestens zehn bzw. 6,5 Mal so hoch war wie im letzten Tätigkeitsjahr des Erblassers. Ehepartner/innen, die eine selbst genutzte Luxusimmobilie erben und sie zehn weitere Jahre bewohnen, bleiben künftig von der Erbschaftsteuer ganz verschont, genauso wie Kinder, sofern die Wohnfläche 200 qm nicht überschreitet und sie für zehn Jahre dort ihren Hauptwohnsitz einrichten.

Nach ihrem Erfolg bei der Bundestagswahl am 27. September 2009 und Bildung einer Regierungskoalition der „bürgerlichen Mitte“ haben CDU, CSU und FDP die Erbschaftsteuer erneut reformiert. Aufgrund des am 1. Januar 2010 in Kraft getretenen Wachstumsbeschleunigungsgesetzes kommen nicht bloß Geschwister, sondern auch entfernte Verwandte (Neffen, Nichten usw.) in den Genuss niedrigerer Steuersätze. Auch die so genannte Lohnsummenregelung bei der Betriebsübergabe wurde aufgeweicht: Der maßgebliche Zeitraum sank auf fünf Jahre und die Mindestlohnsumme auf das Vierfache der Ausgangslohnsumme. Schließlich verringerte sich der „Behaltenszeitraum“, also die Zeitspanne, in der ein Familienmitglied den Betrieb weiterführen muss, um von der Erbschaftsteuer verschont zu bleiben, von sieben auf fünf Jahre.

Später möchten CSU und FDP eine „Regionalisierung“ der Erbschaftsteuer erreichen: Diese soll von den einzelnen Bundesländern selbst geregelt und dabei im Sinne eines „Wettbewerbsföderalismus“ nach dem Konkurrenzprinzip unterschied-

lich gestaltet werden können. Dies hätte zur Konsequenz, dass ein reiches Bundesland wie Bayern niedrigere Sätze und/oder höhere Freibeträge einführt, wodurch noch mehr Reiche und Superreiche veranlasst würden, sich dort niederzulassen. Daraufhin könnte man beispielsweise die Erbschaftsteuer ganz entfallen lassen, was die soziale Asymmetrie zwischen den Bundesländern weiter verschärfen würde. Am Ende stünde eine Bundesrepublik, deren Steuerlandschaft einem Flickenteppich gleiche und die auch sozialräumlich noch viel tiefer in Arm und Reich gespalten wäre, als das jetzt bereits der Fall ist.

In kaum einem westlichen Industriestaat ist die Erbschaftsteuer so niedrig und das Finanzaufkommen daraus so gering wie hierzulande (ca. 4 Mrd. EUR pro Jahr). Auch im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit verspricht das Steuergeschenk der Großen und der schwarz-gelben Koalition keinen Erfolg, denn wieso sollten Familienunternehmer fähiger sein als potenzielle Käufer oder von diesen beauftragte Manager? Mitnahmeeffekte sind dagegen kaum zu vermeiden. Konsequenter war da übrigens der frühere US-Präsident George W. Bush, der die Erbschaftsteuer in seinem Land ganz abschaffen wollte. Selbst ein Neoliberaler hat aber Schwierigkeiten, diesen Schritt zu rechtfertigen: Zwar soll sich Leistung (wieder) lohnen, ist es jedoch eine Leistung, der Sohn bzw. die Tochter eines Multimillionärs oder Milliardärs zu sein?

Während man deutschen Unternehmerdynastien wie Burda, Oetker oder Quandt/Klatten (BMW) Steuergeschenke in Milliardenhöhe machte, bat man Geringverdiener/innen samt ihrem Nachwuchs seit dem 1. Januar 2007 stärker als vorher zur Kasse: Die Anhebung der Mehrwert- und Versicherungssteuer von 16 auf 19 Prozent trifft tagtäglich besonders jene Fa-

milien hart, die praktisch ihr gesamtes Einkommen in den Konsum stecken (müssen). Angela Merkel war selbst aus konjunkturellen politischen Gründen nicht bereit, die Mehrwertsteuer – der britischen Regierung folgend – zu senken.

War die Bundesregierung schon mit dem im Oktober 2008 fast über Nacht geschnürten Paket zur Rettung maroder Banken, das als Finanzmarkt-Stabilisierungsgesetz staatliche Bürgschaften und Kapitalhilfen in Höhe von 480 Mrd. EUR umfasst, gegenüber Eignern, Brokern und Börsianern ausgesprochen großzügig, so ergießt sich ausgerechnet über den reichsten Familien unseres Landes künftig ein weiterer Geldsegen. Dividenden, die bisher dem sog. Halbeinkünfte-Verfahren unterlagen, müssen ab 1. Januar 2009 voll und Kursgewinne aus Aktien- und Fondsanteilskäufen erstmals ohne Rücksicht auf eine (zuletzt zwölf Monate betragende) Spekulationsfrist versteuert werden. Beide unterliegen jedoch nunmehr genauso wie Zinsen einer Abgeltungssteuer, die unabhängig vom persönlichen Einkommensteuersatz des Bürgers pauschal 25 Prozent beträgt und die gültige Steuerprogression somit unterläuft. Davon profitieren insbesondere jene sehr wohlhabenden Einkommensbezieher, die den Spitzensteuersatz in Höhe von 42 bzw. 45 (sog.



Dagobert Boni

Reichensteuer) entrichten müssen, während sich Kleinaktionäre, die mittels entsprechender Wertpapiere privat für das Alter vorsorgen wollen, aufgrund ihres niedrigeren Steuersatzes eher schlechter als bislang stehen.

Nach der „Pferdeäpfel-Theorie“ muss man, um den Spatzen etwas Gutes zu tun, die Vierbeiner mit dem besten Hafer füttern, damit die Spatzen dessen Körner aus ihrem Kot herauspicken können. Tatsächlich vertritt der Neoliberalismus die absurde Lehrmeinung, dass sich der Armut am effektivsten vorbeugen lässt, indem man den Reichtum vergrößert. Reichtumsmehrung statt Armutsverringerung – so lautete auch das heimliche Regierungsprogramm der Großen Koalition, bei dessen Durchsetzung sich die CSU – aus der Opposition durch die FDP angefeuert – besonders hervortat, während die SPD zögerte und zauderte, aber letztlich immer zustimmte, wenn es um den Machterhalt ging. Obwohl ein Regierungsbündnis der großen „Volksparteien“ seiner ganzen Konstruktion wie der unterschiedlichen programmatischen Tradition aller Beteiligten nach den Eindruck vermittelt, als ob sämtliche Bevölkerungsschichten mit ihren spezifischen Interessen angemessen repräsentiert seien, machten CDU, CSU und SPD eine Steuerpolitik nach dem „Matthäus-Prinzip“: Wer viel hat, dem wird gegeben, und wer wenig hat, dem wird auch das noch genommen.

Weniger großzügig zeigten sich CDU, CSU und SPD gegenüber den Armen: Als die Koalition rechtzeitig vor dem Jahreswechsel beschloss, ab dem 1. Januar 2009 das Kindergeld für das erste und zweite Kind um 10 EUR und ab dem dritten Kind um 16 EUR pro Monat zu erhöhen, einigte man sich auf Initiative der SPD gleichzeitig darauf, für die Kinder von Hartz-IV-Bezieher(inne)n, die nicht in den Genuss des

höheren Kindergeldes kommen, weil es voll auf ihre Transferleistung angerechnet wird, ein „Schulbedarfspaket“ in Höhe von 100 EUR pro Schuljahr zu schnüren. Es sollte nach dem zum Jahresbeginn 2009 in Kraft getretenen Familienleistungsgesetz allerdings nur bis zur 10. Klasse gewährt werden. CDU und CSU hatten auf dieser Begrenzung bestanden, weil die SPD ihrem Wunsch nach Steuerprivilegien für Eltern, deren Kinder auf Privatschulen gehen, nicht entsprach. Die öffentliche Kritik an der beschlossenen Regelung blieb nicht aus, schien es doch geradezu so, als wollte die Große Koalition damit unterstreichen, dass die Kinder aus sozial benachteiligten Familien kein Abitur machen sollen, oder dokumentieren, dass Gymnasiasten der höheren Klassenstufen ohnehin aus Elternhäusern kommen, die keiner staatlichen Zuwendung bedürfen. Auf einer Sitzung des Koalitionsausschusses am 4./5. März 2009 verständigten sich CDU, CSU und SPD schließlich darauf, den Gesetzestext an diesem Punkt nachzubessern und auch Oberstufenschüler/innen und Vollzeit-Berufsschüler/innen sowie die Kinder von Geringverdiener(inne)n in den Genuss des „Schulbedarfspaketes“ kommen zu lassen, das jedoch den realen Bedarf gar nicht deckt.

CDU, CSU und FDP stritten im Bundestagswahlkampf 2009 zwar energisch ab, den Sozialstaat weiter demontieren zu wollen, und vermieden auch in ihrem am 24. Oktober vorgestellten Koalitionsvertrag unter der Überschrift „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt“ jeglichen Hinweis darauf. Erst nach der nordrhein-westfälischen Landtagswahl am 9. Mai 2010 wurde für alle Bürger/innen deutlich erkennbar, dass die schwarz-gelbe Koalition trotz des wohlklingenden Titels ihrer Regierungsvereinbarung die soziale Kohäsion gefährdet,

weil sie mit ihrem „Sparpaket“, das am 6./7. Juni 2010 im Kanzleramt geschnürt wurde, erheblich zum weiteren Zerfall unserer Gesellschaft in Arm und Reich beiträgt. Denn die Einschnitte treffen vor allem Langzeitarbeitslose und arme Familien.



... ich bin der dekadente Spätrömer!

Da wurde den Hartz-IV-Familien das Sockel-Elterngeld (in Höhe von 300 EUR pro Monat) gestrichen, und für Bezieher/innen von Arbeitslosengeld II wird fortan kein Beitrag mehr in die Gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt. Damit fördert man die Altersarmut und tut genau das Gegenteil dessen, was man als Ziel des „Sparpaketes“ vorgibt, weil die Kommunen später in Form höherer Aufwendungen für die öffentliche Daseinsvorsorge und damit künftige Generationen seine Folgekosten zu tragen haben. Rabiät gekürzt wird ausgerechnet im Bereich der Arbeitsförderung, also bei der beruflichen Weiterbildung für Arbeitslose, wo Pflicht- zu Ermessensleistungen der Jobcenter werden. Damit zeigt die Bundesregierung, dass sich ihr Bekenntnis zur „Bildungsrepublik Deutschland“ und das Versprechen der Kanzlerin, „Bildung für alle“ zu ermöglichen, bloß auf Exzellenzbereiche und die Elitebildung von Privilegierten bezieht, aber Erwerbslose gerade nicht einbezieht, wie sie dadurch auch die (Langzeit-)Ar-

beitslosigkeit erhöht, was wiederum mit Mehrkosten im Bereich der passiven Arbeitsmarktpolitik verbunden ist. Angeblich wollte die Bundesregierung auch Banken und große Energieunternehmen belasten, dabei handelte es sich jedoch buchungstechnisch größtenteils um Luftnummern. Die zweifellos überfällige Finanztransaktionssteuer wird es unter dieser Regierung nicht geben, und die Flugverkehrsabgabe müssen zwar Pauschaltouristen, nicht aber Superreiche entrichten, die ihren Privatjet benutzen.

Unter dem Strich wird die soziale Polarisierung weiter zunehmen. Aufgrund härterer Verteilungskämpfe um die knappen Finanzmittel des Staates dürfte das soziale Klima hierzulande gleichzeitig erheblich rauer werden. Bereits seit längerem mehren sich außerdem die Anzeichen für eine „härtere Gangart“ gegenüber den Armen. Mit der US-Amerikanisierung des Sozialstaates durch die oben genannten Maßnahmen geht womöglich nicht nur eine US-Amerikanisierung der Sozialstruktur (Polarisierung von Arm und Reich sowie Pauperisierung großer Teile der Bevölkerung und Prekarisierung der Lohnarbeit), sondern auch eine US-Amerikanisierung der (sozial)politischen Kultur einher.

Wege und Irrwege der Armutsbekämpfung: Grundsicherung oder Grundeinkommen?

Unter den zahlreichen in der (Fach)Öffentlichkeit kursierenden Konzepten zur Armutsbekämpfung sticht als eines der radikalsten das bedingungslose Grundeinkommen hervor, zumal es Anhänger in fast allen politischen Lagern hat. Das bedingungslose Grundeinkommen suggeriert, ein „gesellschaftspolitischer Befreiungsschlag“ zu sein. Nach permanenter „Flickschusterei“ am Sozialstaat, die über Jahr-

zehnte hinweg nur immer neue Probleme und nicht enden wollende Streitigkeiten in der Öffentlichkeit mit sich gebracht hat, erscheint der angestrebte Systemwechsel vielen Menschen geradezu als Erlösung aus dem Jammertal der Konflikte, die ihre Harmoniesucht herbeisehnt. Endlich können sie hoffen, vom bisherigen Elend der Armen, die um Almosen betteln, und der ständigen Reformen, die – wie Hartz IV – weitere Verschlechterungen bewirkt haben, befreit zu werden.

Sieht man genauer hin, fallen zahlreiche Nachteile ins Auge: Beim allgemeinen Grundeinkommen handelt es sich um eine alternative Leistungsart, die mit der Konstruktionslogik des bestehenden, früher als Jahrhundertwerk gefeierten Wohlfahrtsstaates bricht sowie seine ganze Architektur bzw. Struktur zerstören würde. Denn dieser gründet auf Sozialversicherungen, die in unterschiedlichen Lebensbereichen, -situationen und -phasen auftretende Standardrisiken (Krankheit, Alter, Invalidität, Arbeitslosigkeit und Pflegebedürftigkeit) kollektiv absichern, sofern der versicherte Arbeitnehmer und sein Arbeitgeber vorher entsprechende Beiträge gezahlt haben. Nur wenn dies nicht der Fall oder der Leistungsanspruch bei Arbeitslosigkeit erschöpft ist, muss man auf steuerfinanzierte Leistungen (Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe) zurückgreifen, die bedarfsabhängig – d.h. nur nach einer Prüfung der Einkommensverhältnisse, vorrangigen Unterhaltspflichten und Vermögensbestände – gezahlt werden.

Wenn (fast) alle bisherigen, zum Teil nach Bedürftigkeit gewährten Transferleistungen zu einem Grundeinkommen verschmolzen würden, wäre das Ziel neoliberaler Reformer, einen „Minimalstaat“ zu schaffen und die Sozialversicherungen zu zerschlagen, gewissermaßen ganz nebenbei

erreicht, was sich noch dazu als Wohltat für die Bedürftigen hinstellen ließe. Gleichzeitig böte die Refinanzierung des Grundeinkommens über indirekte, d.h. Konsumsteuern einen Hebel, um die Unternehmenssteuern weiter zu senken und am Ende ganz abzuschaffen. Zu mehr sozialer Gerechtigkeit käme man auf diese Art und Weise sicher nicht. Was zunächst vielen Menschen als reformpolitischer Königsweg erscheint, entpuppt sich als Sackgasse: Letztlich würde ein bedingungsloses Grundeinkommen als „Kombilohn“ für alle Bürger/innen wirken, weil niedrige Arbeitseinkommen generell aufgestockt würden. Da ihr Existenzminimum durch das Grundeinkommen gesichert wäre, könnten dessen Bezieher/innen schlechter entlohnte Jobs annehmen, ohne darben zu müssen, wodurch den Unternehmen mehr preiswerte Arbeitskräfte zur Verfügung stünden.

Anstatt das bestehende Sozialversicherungssystem durch ein bedingungsloses Grundeinkommen aus den Angeln zu heben, könnte man es zu einer solidarischen Bürgerversicherung ausbauen, die alle Wohnbürger/innen einbeziehen und durch eine Sockelung der Leistungen im Sinne einer bedarfsorientierten Grundsicherung verhindern muss, dass Menschen durch die Maschen des „sozialen Netzes“ fallen. Es geht darum, den Wohlfahrtsstaat durch sozial gerechte Reformen an die veränderten Arbeits- und Lebensbedingungen einer modernen Dienstleistungsgesellschaft mit selbst im Wirtschaftsaufschwung nur geringfügig sinkender Massenarbeitslosigkeit, bis in die Mittelschicht reichenden Verarmungstendenzen, Millionen prekären Beschäftigungsverhältnissen sowie ökologischen Verwerfungen (Klimawandel) anzupassen.

Mittels einer Bürgerversicherung, die allgemein, einheitlich und solidarisch sein

müsste, könnte die berufsständische Gliederung des Bismarck'schen Sozialstaates endgültig überwunden und gleichzeitig sein Fundament verbreitert werden, ohne von der Systemlogik abzugehen. Ergänzend zu einer solchen Bürgerversicherung, die alle Wohnbürger/innen mit ihren sämtlichen Einkommen und Einkunftsarten (möglichst ohne Beitragsbemessungs- und Versicherungspflichtgrenzen) zur Finanzierung der nötigen Leistungen im Sozial- bzw. Gesundheitsbereich heranzieht, bedarf es einer sozialen Grundsicherung, die das persönliche Existenzminimum ohne entwürdigende Antragstellung und bürokratische Bedürftigkeitsprüfung sicherstellt. Zu hoffen bleibt, dass dieses Modell durch die im SGB XII verankerte „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ sowie die im SGB II kodifizierte „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ nicht für immer diskreditiert ist.

Literatur

Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf: Kritik des Neoliberalismus, 2. Aufl. Wiesbaden 2008

Butterwegge, Christoph: Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird, 2. Aufl. Frankfurt am Main/New York 2011

Butterwegge, Christoph: Krise und Zukunft des Sozialstaates, 4. Aufl. Wiesbaden 2011

Prof. Dr. Christoph Butterwegge, geb. 1951, lehrt seit 1998 Politikwissenschaft an der Universität zu Köln.



Christoph Butterwegge

„Es war kein Mangel unter ihnen“: Biblische Impulse zu einer alternativen Wirtschaft

Von Anthony Gwyther

Die Aspekte der Bibel, die wir als „religiös“ oder „theologisch“ erklären wollen, sind eigentlich nur in den damaligen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kontexten zu verstehen. Anders gesagt: in der Welt der Antike war das Religiöse politisch und die Politik religiös. In der Kirche und in den theologischen Fakultäten ist es jedoch üblich, zugunsten von Theologie und Religion, beides

zu trennen. Heute weiß man, dass die Bibel nicht einfach Wahrheiten bietet, die zeitlos und zusammenhangslos sind.

Die Texte, die wir die Bibel nennen, sind zutiefst durch Geschichte geprägt; eine Geschichte, die sich aus einer ungebändigten Wechselwirkung von politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und religiösen Elementen herausgebildet hatte; eine allumfassende Geschichte, die von menschlichen und göttlichen Zusammenhängen durchdrungen ist. Sie ist durch Macht und Intrige geprägt,

durch Imperium und Widerstand, durch Treue und Kampf. Da die Texte der Bibel in einem Ringen mitten in der Geschichte geschrieben wurden, benötigt es ein entsprechendes Ringen mit der Geschichte (der damaligen und jetzigen), wenn wir die Bibel in unserem eigenen geschichtlichen Kontext lesen wollen.

Ein Versuch, die politische Dimension der Geschichte nicht auszugrenzen, ist der so genannte „Empire-kritische Ansatz“. Diese Betrachtungsweise ist in den USA entstanden – nicht zufälligerweise in der Zeit, in der Amerika auch in den populären Medien, als „Empire“ bezeichnet werden durfte. Als Kriege in Südostasien, Lateinamerika und im Nahen Osten zum Tagesgeschäft wurden, als eine Gewinn maximierende, todbringende Wirtschaft und eine durch Hollywood geprägte Monokultur die Welt in ihrem Bann hielten, wurde endlich erkennbar: die USA sind ein Imperium. Aus dieser Erkenntnis heraus wurde mehr und mehr entdeckt, dass die Schriften der Bibel in der Auseinandersetzung mit Imperien entstanden sind: Mesopotamien, Ägypten, Assyrien, Babylonien, Hellenismus, Rom. Das Volk Israel, das jenes kleine Land zwischen den mächtigen Imperien bewohnte, die immer wieder aufstiegen und untergingen, war zutiefst geprägt und beeindruckt von seinen Eroberern und Besatzern.

Weil aber das Volk von den harten Fakten der Machtpolitik geprägt war und in seiner Geschichtsschreibung versuchte, seinen Situationen einen Sinn zu geben, wäre der Versuch einer anachronistischen „theologischen“ Auslegung nicht angebracht. Die Schriften der Bibel erzählen von Widerstand und Machtträumen, von der Treue zu einem Gott, der sein Gesicht gegen das Imperium wendet (wie in der Befreiung aus Ägypten), und von der Verehrung eines

Gottes, der – wie es schien – die Begründung eines Imperiums befahl (wie bei David und seinem Sohn Salomo). Die Erzählungen, Gesetze, Gedichte und so weiter, die wir in der Bibel finden, spiegeln diesen komplizierten Vorgang wider. Manchmal hat der Gott der Befreiung die Überhand, manchmal setzt sich der Gott des Imperiums durch. Dies ist auch ein Grund dafür, warum die Bibel zur Begründung von entgegen gesetzten Sichten und Praktiken verwendet werden kann. Deshalb sollten wir die Bibel auch „zwischen den Zeilen“ lesen können.

Von der Genesis bis zur Offenbarung wurden die Texte der Bibel unter dem Eindruck des Imperiums geschrieben. In seinem Buch „Come out, My People! God’s Call out of Empire in the Bible and Beyond“ (Orbis Books, 2010, S.16–21) liest Wes Howard-Brook die Genesiserzählungen als Gegengeschichten zu den Geschichten des babylonischen Imperiums. Während der Zeit im Exil brauchten die Exilanten Geschichten, um ihre Situation zu verstehen. Mit der Macht Babylons vor Augen verfassten die Israeliten die Genesis-Geschichten. Diese Geschichten bieten eine klare Alternative zu Enuma Elish, dem Ursprungsmythos Babyloniers. Während das Enuma Elish den Ursprung der Welt und des babylonischen Imperiums als eine Reihe von göttlichen Gewalttaten beschreibt und die Macht der Stadt und des Königs rechtfertigt, können wir die Genesis-Erzählung verstehen als eine Delegitimierung des Imperiums mit seinen Machtpraktiken, seinen ausbeuterischen Landwirtschafts-Techniken, seinem Städtebau und seinen Göttern.

Am Schluss der christlichen Bibel, in der Offenbarung des Johannes, hören wir von einer alternativen Vision zu der des römischen Imperiums. Die Offenbarung wurde geschrieben, um einen Kreis von alternati-

ven „ekklesien“ (Gemeinden) zu stärken in einer Praxis, die sich von der Praxis des Imperiums abgrenzen, beziehungsweise sie kritisieren sollte. Einige von diesen Gemeinden blieben dem Gott Jesu treu und vermieden die Wege des Imperiums. Andere aber wollten Gott und das Imperium verehren, ein Zustand den Johannes für unmöglich erklärt. Diese Abgrenzung zu Rom hin beruht nicht auf einer engen theologischen Sicht (z.B., dass der Kaiser sich als Gott anbeten lässt), sondern auf einer viel breiteren Kritik. Laut Johannes, dem Einblicke in das wahre Wesen des Imperiums von Gott geschenkt wurden, ist das römische Imperium ein Gegenbild zu dem Gott Israels und dem Gott Jesu, gerade weil es auf militärische Gewalt gegründet ist, auf eine Wirtschaft der Ausbeutung und auf eine Atem raubende Hybris, dass all dies theologisch gerechtfertigt sei. Für Johannes geht es letztendlich um eine entlarvende gesamte Vision auf das Imperium mit der dringenden Weisung:

Schaut genau hin!

Wie ein Roter Faden ziehen sich die wirtschaftlichen Aspekte dieser alternativen Vision durch die biblischen Geschichten: von dem Auszug aus Ägypten, durch die „Gesetzgebung“ am Sinai, die Sabbat-Jubiläum-Vorschriften und deren Erneuerung durch Jesus.

Die Erzählung vom Auszug aus Ägypten ist natürlich eine klassische Geschichte in den jüdischen und christlichen Traditionen. Die Geschichte ist Fundament für den befreiungs-theologischen Ansatz. Obwohl nicht unproblematisch – so erzählt die Geschichte, dass die Befreiung der Hebräer sozusagen über Leichen geht – kann sie mit Vorbehalt als ein Bild für das Herausgerufenwerden aus dem Imperium verstanden werden. In dieser Lesart sind die vierzig Jahre in der Wüste als eine Lernzeit

für das Volk zu verstehen, nicht-ägyptisch, d.h. nicht-imperialistisch, leben zu müssen und die Tora als Freiheitsregel in dieser neuen, nicht-imperialistischen Zeit zu übernehmen.

Gott hört das Geschrei der Unterdrückten und will sie aus der Sklaverei führen. Ein Spruch besagt aber: „It is easier to get the people out of Egypt, than to get Egypt out of the people.“ Denn Ägypten war eine konkrete irdische Macht, eine Macht, die verinnerlicht worden war, auch von ihren Opfern. So verlief die Befreiungs-Geschichte dieses Volkes nicht einfach glatt weiter, und es zeigte sich, dass es einfacher war, „die Menschen aus Ägypten zu holen, als Ägypten aus den Menschen hinaus zu bekommen“.

Nach ihrem Auszug erhebt sich alsbald die Wirtschaftsfrage: Was soll das frisch befreite Volk essen? Wie soll es wirtschaften? In jeglicher Ökonomie ist die Beschaffung vom täglichen „Brot“ eine Grundsatzfrage.

Da sprach der Herr zu Mose: Ich will euch Brot vom Himmel regnen lassen. Das Volk soll hinausgehen, um seinen täglichen Bedarf zu sammeln. Ich will es prüfen, ob es nach meiner Weisung lebt oder nicht. (Exod. 16,4)

Der Gott der Befreiung ist ein Gott, der sich um seine Befreiten kümmert. Er will, dass sie zu essen haben und ordnet die Schöpfung, dass es so sein wird. Dies ist die Gabe Gottes an den Menschen. Die Schöpfung ist so geordnet und von Gott sichergestellt, jedoch nur, wenn die Schöpfung geehrt wird, wenn ihre Möglichkeiten und ihre Grenzen respektiert werden. Darin besteht die Prüfung Gottes.

Die Erde wird für das Volk sorgen. Jeden Morgen wird das Manna hervorgebracht. Jeder sammelt, was jeder zum Essen braucht, und legt das Gesammelte zusammen. Keiner, der viel gesammelt hat, hat zu viel, und keiner der wenig gesammelt hat, hat



**Basisgemeinde Wulfshagenerhütten –
gemeinsames Essen**

zu wenig. Die Erde sorgt für den täglichen Bedarf des Volkes, aber nicht darüber hinaus. Deshalb soll das Volk nichts aufbewahren oder anhäufen: Morgen wird das Geschenk wieder da sein. Aber das Vertrauen in diese Ökonomie war nicht groß. Trotz des Geschenkes wollten einige eine Absicherung und fingen an, Manna anzusammeln. Aber Gottes Ökonomie lässt sich nicht manipulieren: Das Manna wurde faul.

Gott aber lässt eine Ausnahme zu: Für den Tag des Sabbats, an dem das Volk seiner Befreiung aus Ägypten und der Ökonomie Gottes gedenken soll und sie nicht mehr als Sklaven arbeiten müssen. Daher soll der Sabbat ein Tag ohne Arbeit sein. So soll das Volk am Tag vor dem Sabbat doppelt so viel Essen sammeln. Sie sollen ihr Vertrauen in die Ökonomie Gottes setzen und am Tag des Sabbats ruhen, wie auch Gott in seiner Schöpfung am siebten Tag ruhte. Da fügt Gott dem Gebot des Nichtsammelns eine zusätzliche Ausnahme hinzu, denn es wird eine Zeit des Vergessens kommen: Das Volk wird eines Tages versucht werden, die Grenzen der Ökonomie Gottes aus Eigenwillen nicht mehr zu achten. Es wird vergessen, dass es eine Alternative zu Ägypten gibt.

Deshalb spricht Gott: Sammelt euch Manna und tut es in ein Gefäß. Dies ist für die kommenden Generationen – gegen das Vergessen. Die Weisheit von Gottes Ökonomie darf nicht verloren gehen. Denkt immer wieder daran!

Die Sabbat-Ökonomie hat noch weitere Facetten.

Es gab auch den 7 Jahres-Zyklus.

„Sechs Jahre sollst du dein Land besäen und seine Früchte einsammeln. Aber im siebenten Jahr sollst du es ruhen und liegen lassen, dass die Armen unter deinem Volk davon essen; und was übrig bleibt, mag das Wild auf dem Felde fressen. Ebenso sollst du es halten mit deinem Weinberg und deinen Ölbäumen. Alles, was ich euch gesagt habe, das haltet. Aber die Namen anderer Götter sollt ihr nicht anrufen, und aus eurem Munde sollen sie nicht gehört werden.“ (Exod. 23,10–13)

Die Ökonomie Gottes funktioniert, wenn der Zusammenhang Mensch, Land und Tier respektiert und geachtet wird. Die Erde darf sechs Jahre dienen und wird ihre Früchte hervorbringen, aber im siebten Jahr soll das Land seine Sabbatruhe genießen. Im dem Jahr soll nichts gesät werden. Das Sabbat Jahr!

Und weiter: In dem siebten Jahr sollen alle Schulden vergeben werden. Wenn Not zum Ausfall einer Ernte geführt hat und jemand ein Darlehen nehmen musste, soll es im siebten Jahr vergeben werden. Und wer sich durch Not in die Sklaverei geben musste, wird seine Freiheit im siebten Jahr wieder bekommen. Die Mechanismen, die Armut verbreiten und vertiefen, werden in diesem Jahr durchbrochen. Die Verhältnisse der Menschen untereinander und zu ihrem Land und zur Schöpfung werden neu geschaffen.

Und weiter: Nach sieben mal sieben Jahren ist das Jubeljahr. Das ist eine Art „Super



**Basisgemeinde Wulfshagenerhütten –
Tanz in den Mai**

Sabbatjahr“. Mit dem Klang der Yobel wird das Jahr eingeläutet.

„Erklärt dieses fünfzigste Jahr für heilig und ruft Freiheit für alle Bewohner des Landes aus! Es gelte euch als Jubeljahr. Jeder von euch soll zu seinem Grundbesitz zurückkehren, jeder soll zu seiner Sippe heimkehren. Dieses fünfzigste Jahr gelte euch als Jubeljahr. Ihr sollt nicht säen, den Nachwuchs nicht abernten, die unbeschnittenen Weinstöcke nicht lesen. Denn es ist ein Jubeljahr, es soll euch als heilig gelten. Vom Feld weg sollt ihr den Ertrag essen.“ (Lev 25,10–12)

Das Land, die Menschen und die Tiere bekommen ihre Ruhe. Die Sklaven werden befreit und ihre Schulden vergeben. Und das Land, das nach der Befreiung aus Ägypten jeder Familie zugeteilt worden war, das man aber in der Not verkaufen musste, bekommt man zurück. Das Land, auf das der Mensch absolut angewiesen ist, zum Essen, zum Überleben, zur Sicherheit und zum Wohl, wird zurückgegeben. Land kann nicht enteignet werden; es gehört Gott.

„Das Land darf nicht endgültig verkauft werden; denn das Land gehört mir und ihr seid nur Fremde und Halbbürger bei mir.“ (Lev 25,23)

Jesus war ein Israelit, der tief in die Weisheit seiner Tradition eingetaucht war. Er hatte erkannt, wie sein Volk von dieser Weisheit abgewichen war. Er sollte es zurückführen.

Jesus kündigte ein Jubeljahr an, eine Praxis, die schon längst in Vergessenheit geraten war. *„So kam er auch nach Nazaret, wo er aufgewachsen war, und ging, wie gewohnt, am Sabbat in die Synagoge. Als er aufstand, um aus der Schrift vorzulesen, reichte man ihm das Buch des Propheten Jesaja. Er schlug das Buch auf und fand die Stelle, wo es heißt:*

Der Geist des Herrn ruht auf mir; denn der Herr hat mich gesalbt. Er hat mich gesandt, damit ich den Armen eine gute Nachricht bringe; damit ich den Gefangenen die Entlassung verkünde und den Blinden das Augenlicht; damit ich die Zerschlagenen in Freiheit setze und ein Jubeljahr des Herrn ausrufe.“ (Lukas 4,16–19)

An dieser Ankündigung des Jubeljahres wird deutlich: Die ursprüngliche Vision und die des Imperiums standen immer noch gegeneinander. Es kam zu einer Konfrontation. In seinem Wirken versuchte Jesus dieses Jubeljahr umzusetzen: Seine Lehre und seine Heilungen soll man in diesem Zusammenhang verstehen.

Als Jesus seine Jünger zu beten lehrt, will er, dass sie der Sabbat-Ökonomie vertrauen. Das Gebet: *„Gib uns täglich das Brot, das wir brauchen“* ruft die Geschichte des Manna aus der Vergangenheit in Erinnerung. In der Ökonomie des ‚Genug‘ und des ‚Nicht-Anhäufens‘ soll Gottes Geschichte weitergehen.

So zeigt es auch die Geschichte von „Brot und Fisch“ (Markus 6,30–44), wo Jesus den Menschenmengen an abgelegenen Stellen zu essen gab. *„Und alle aßen und wurden satt.“* Er will, dass sie die Ökonomie Gottes erleben und ins Vertrauen kommen.

Später, in den neutestamentlichen Gemeinden wurde diese alte Vision nochmals

Steht auf für Gerechtigkeit!

erneuert. Wie Jesus diese Weisheit für die Kleinbauern in den Dörfern Galiläas vermittelte, übertrug die „Jesus-Bewegung“ die Ökonomie Gottes in den städtischen Bereich. Hier kam die Sabbat-Ökonomie nicht als ein landwirtschaftlicher Zyklus von sieben oder fünfzig Jahren zum Ausdruck, sondern als eine Dauereinrichtung des Teilens und der Einmütigkeit.

„Und alle, die gläubig geworden waren, bildeten eine Gemeinschaft und hatten alles gemeinsam.

Sie verkauften Hab und Gut und gaben davon allen, jedem so viel, wie er nötig hatte.

Tag für Tag verharrten sie einmütig im Tempel, brachen in ihren Häusern das Brot und hielten miteinander Mahl in Freude und Einfalt des Herzens. (Apg 2,44–46)

Und weiter ...

„Die Gemeinde der Gläubigen war ein Herz und eine Seele. Keiner nannte etwas von dem, was er hatte, sein Eigentum, sondern sie hatten alles gemeinsam ...

Es gab auch keinen unter ihnen, der Not litt. Denn alle, die Grundstücke oder Häuser besaßen, verkauften ihren Besitz, brachten den Erlös und legten ihn den Aposteln zu Füßen. Jedem

wurde davon so viel zugeteilt, wie er nötig hatte.“ (Apg 4,32.35)

Hier, also ganz am Anfang der damaligen „Jesus-Bewegung“, haben die Menschen versucht, die ursprüngliche Vision vom nicht-imperialistischen Wirtschaften in die Stadt zu holen: Damals wie heute lohnt es sich, mit diesem Experiment Erfahrungen zu sammeln.

Anthony Gwyther ist in Australien geboren und lebt seit 9 Jahren in der Basisgemeinde Wulfs-hagenerhütten. Er hat seine Doktorarbeit über die Offenbarung des Johannes geschrieben und ist Mitverfasser (mit Wes Howard Brook) des Buches „Unveiling Empire; Reading Revelation Then and Now“ (Orbis Books 1999). Er ist verheiratet und hat zwei Kinder.



Anthony Gwyther

Weltgebetstagsreise 2011 nach Malaysia

Steht auf für Gerechtigkeit!

Von Renate Schröder

Die diesjährige Reise der Ev. Frauenhilfe Westfalen zur Vorbereitung des Weltgebetstages (WGT) 2012 fand im Juli–August 2011 unter der Leitung der Pfarrerinnen Katja Jochum und Antje Lütke-meier statt.

Am ersten Sonntag durften wir an einem Gottesdienst in der Evangelisch-lutherischen

Church of Victory in Georgetown auf der Insel Penang teilnehmen.

Die Kirche mit dem freistehenden Glockenturm und angrenzenden Gemeindehaus wurde in den 90er Jahren errichtet. Pfarrer Michael John und die Gemeindeglieder begrüßen uns herzlich mit den Worten „Gott segne dich“, jede(r) reicht uns die Hand. Die Schuhe werden ausgezogen, und wir dürfen in den vorderen

Reihen Platz nehmen. Der Kirchenraum ist hell, es gibt nur kleine, aber keine bunten Fenster. Über dem Eingang hängt ein großes Bild mit der Weihnachtsgeschichte. Der Altar ist mit Lilien und Chrysanthemen geschmückt. Es gibt keine Orgel, neben dem Altar steht eine Band von sieben jungen Musikern und einer Sängerin. Die Gottesdienstbesucher(innen) sind alle indischstämmig. Nach dem Glockengeläut beginnt die Lektorin mit einem langen, von Gitarrenmusik begleiteten, Gebet. Sie dankt für unseren Besuch, die Gemeinde klatscht. Mitglieder der Band sprechen jetzt Gebete, teils auf englisch, teils auf tamilisch. Nach ca. 45 Minuten liest eine junge Frau im Sari das Evangelium aus Matth. 13, das Gleichnis vom Senfkorn. Die Gemeinde wird mit Singen und Beten in den Gottesdienst mit einbezogen. Pastorin Katja Jochum und Pastorin Antje Lütke-meier, beide schwarz gekleidet und mit lila, bzw. grüner Stola und barfuss, halten eine Dialogpredigt über Psalm 36. Sie stellen uns und den Weltgebetstag vor, immer unterbrochen vom Klatschen der Gemeinde. Auf Wunsch singen wir drei Lieder: „Er weckt mich alle Morgen“, „Unser Leben sei ein Fest“ und „Geh aus mein Herz und suche Freud“. Die Gemeindelieder werden mit Beamer an die Wand projiziert.

Dann wird zum persönlichen Gebet eingeladen, einige der Menschen knien am Altar nieder und werden vom Pfarrer und unseren Pfarrerinnen nach leisem Gespräch gesegnet. Alles wird von Musik begleitet. Nach den Abkündigungen erfahren wir mehr über die Gemeinde, es wird für die nächste Woche zur Bibelstunde, zu Hausgebetkreisen, zum Jugendkreis, zu den Musikübungsstunden und zur Pflege der Kirchenräume eingeladen. Zweimal wird Kollekte eingesammelt, dann tauschen wir mit allen Anwesenden den Friedensgruß.

Im Fürbittengebet wird Malaysias und der Kirche der Welt gedacht. Nach dem Vater-unser geht der Gottesdienst nach zweieinhalb Stunden zu Ende. Unsere Geschenke werden verteilt. Wir erhalten als Andenken einen Sonnen-Regenschirm mit dem Namen der Kirche und dem heutigen Datum. Die Band spielt nochmals schwungvoll, und wir werden herzlich in das Gemeindehaus zum Imbiss eingeladen. Dort erwarten uns schon die „Frauenhilfsfrauen“ und ihre Familien. Wir feiern gemeinsam den Geburtstag von Pfarrer Michael John mit Tee, Kaffee, Geburtstags-Schokoladenkuchen und einem indischen Buffet. Die Stimmung ist wie bei uns zu Hause auf den Gemeindefesten. Andere Hautfarbe, Sprache und Kleidung, aber alle Frauen der Welt sprechen mit ihren Gefühlen die gleiche Sprache. Wir kommen mit einigen Frauen ins Gespräch und erfahren mehr über ihren Alltag. Dankbar über das Erlebte, nehmen wir am Nachmittag Abschied.

Obdachlosenasyll „Youth with a Mission“

Es ist eine überkonfessionelle missionarische Bewegung, das Projekt „Kawan“, das „Freunde“ bedeutet. Die Mitarbeiter(innen) dieser Einrichtung wollen Freund(e)innen der Obdachlosen sein. Youth of Mission arbeitet auch in Deutschland mit Chor-Projekten, es gibt viele reiche Sponsoren. Wir werden von Jodi, einem jungen Amerikaner, dem Leiter dieses Projektes und von Jill, einer ehrenamtlichen Mitarbeiterin, empfangen. Das Haus steht in einem belebten Wohnviertel, vor dem Eingang sehen wir mehrere Fahrräder, auf denen die Habe einiger Wohnungsloser festgebunden ist. Wir werden in den zweiten Stock geführt, vorbei an drei Schlafräumen mit Doppelstockbetten. Im Erdgeschoss befinden sich Küche, Toiletten, Duschen und Waschmaschinen.

Das Ziel der Mitarbeiter(innen) ist es, außer der tätigen Hilfe vor allem die Kunde von der Liebe Gottes zu verbreiten. Jeder der Menschen hier soll sich von Gott angenommen wissen. Die Klienten sind meist Männer, weniger Frauen und Kinder. In Malaysia ist Obdachlosigkeit offiziell verboten. Wer aufgegriffen wird, kommt in eines der zwei Fürsorgeheime zur „Rehabilitation“. Jedes der Heime hat eine Kapazität für 450 Personen, es gibt aber viel mehr Obdachlose. Nach dreißig Tagen wird der Klient wieder entlassen, und der Kreislauf beginnt von neuem. Es bestehen die gleichen Probleme wie bei uns in Europa: Drogen, Alkohol und psychische Probleme. Durch die Nähe zu Burma ist das Beschaffen von Drogen sehr leicht, ein Gramm Heroin ist spottbillig, bei uns in Deutschland kostet die gleiche Menge fünfzig Euro. Bei Drogenbesitz droht die Todesstrafe, aber Reiche können sich mit einer Kaution freikaufen, arme Menschen haben diese Chance nicht. Das größte Problem für das Land sind die Sexarbeiter(innen); nach einer Universitätsstudie waren es im Jahr 2009 60.000 Frauen und Männer. 2005 war die Aids - Epidemie kritisch. Durch Drogenabhängige, die ihre Frauen ansteckten, erhöhte sich die Zahl der Aids-Kranken rasant. „Kawan“ kümmert sich um Aufklärung und verteilt saubere Spritzen, um eine weitere Ausbreitung von AIDS zu verhindern. Es gibt hier sehr viele Transsexuelle, die sich in Thailand umoperieren lassen.

Seit 2008 wird im Haus ein Second-Hand Shop betrieben, seit 2009 besteht ein weiteres Projekt: „Permata“ (Juwel). Streetworker suchen Kontakt zu Sexarbeiterinnen, um ihnen zu vermitteln, dass sie in Gottes Augen wertvoll und kostbar sind wie Juwelen. Für die ersten Kontakte bezahlt „Permata“ die Frauen für eine Nacht. Die Frauen werden zu einem Buffet eingeladen, es wird

gespielt und gesungen und den Frauen so die Scheu genommen, um Hilfe zu bitten. Schwere Schicksale kamen bisher zur Sprache. Die Streetworker gehen jetzt einmal in der Woche nachts durch die Straßen der Prostituierten und bieten Hilfe an. Ebenso haben die Frauen die Möglichkeit, einmal pro Woche beim Tee in der Gemeinschaftseinrichtung sich über Ausstiegs- und Ausbildungs-Möglichkeiten zu informieren. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter bleiben ca. 30 Tage, dann kommt die nächste Gruppe aus Amerika. Ein großes Engagement für eine schwere Aufgabe! Als wir „Kawan“ zur Mittagszeit verlassen, sitzen ungefähr fünfzig Menschen im Esssaal und winken uns ein freundliches „Auf Wiedersehen“ zu.

„Sisters of Hope“

Die Mitarbeiter(innen) haben in einem Hochhaus des sozialen Wohnungsbaus (es liegt im Regierungsviertel) eine Wohnung angemietet, die jungen Frauen oder Paaren in „Veränderungs-Situationen“ kostenfrei zur Verfügung steht. Eine indisch-malaiische Sprecherin der Organisation Gill, empfängt uns und führt uns in die Wohnung im 15. Stock. Im Moment wird diese bewohnt von einem jungen Paar, das in Kürze ein Baby erwartet. Ihre Familie will ihm nicht helfen. Bis zu dreißig Tagen dürfen Hilfebefürftige in Not hier wohnen, danach wird ihnen aber auch weitergeholfen, Schulbesuch, Gang zu Behörden, Arbeitssuche usw. Die Organisation gibt Trainingshilfen durch Sprachschulung, da die Menschen häufig aus den verschiedensten Ländern wie Thailand, Indien, Vietnam und Taiwan kommen. Die Gründerin der Organisation, Jan, fand mit vierzig Jahren zu Gott, sie erlebte schwere Zeiten nach Scheidung und setzt jetzt ihr Leben für andere in Not ein.

Treffen mit den Frauen des Council of Churches of Malaysia, CCM, und mit den Weltgebetstagsfrauen

Ungefähr fünfzig Frauen aus ganz Malaysia trafen sich zu einer mehrtägigen ökumenischen Konferenz. Ein Schwerpunkt war die Überlegung, wie man den WGT in Malaysia bekannter machen könne und wie man bei der Ausbreitung vorgehen sollte.

Unser Treffen fand im Gemeindehaus der methodistischen Kirche statt. Die Frauen trugen alle ihre wunderschöne traditionelle



WGT Frauen

Kleidung. Sie repräsentierten ihre verschiedenen Kirchen: Vertreterinnen der Lutheranerinnen aus East und West-Malaysia, Anglikanerinnen, Presbyterianerinnen, Thomaschristinnen, Vertreterinnen des WMCA, des Vereins Christlicher junger Mädchen, Methodistinnen, Frauen aus der Mar-Thoma-Kirche, (diese entstand zur Zeit der britischen Kolonialherrschaft in Indien), der syrisch-orthodoxen und der römisch-katholischen Kirche.

Heute sollte sich eine jede Kirchenfrau eine Schwester aus unseren Reihen aussuchen, die sie an diesem Tag begleiten wollte. Auf mich kam Sharmila aus Kerala/ Indien zu; sofort hatten wir eine schwesterliche Verbindung. Als erstes zeigte sie mir voller Stolz ihr Zimmer hier im Haus, das sie für die Zeit ihrer Konferenz mit anderen Frauen

teilte. Sie schenkte mir einen Fächer, und wir zeigten uns Fotos von unseren Familien. Frau Shakuntala Abraham, die Vorsitzende des malaysischen WGT-Komitees, teilte uns in zwei Arbeits- und Gesprächsgruppen ein: 1. Thema „Gerechtigkeit“. 2. Die Entstehung der WGT-Ordnung 2012: „Steht auf für Gerechtigkeit“. Nach einer halben Stunde der hitzigen Diskussion wurden die Gruppen getauscht, die Zeit war zu knapp, um alles zu Sprache zu bringen.

Ich wurde zuerst der ersten Gruppe zugeteilt. Die neben mir sitzende philippinische Frau sagt, dass es hier für Frauen auch mit einer sehr guten Ausbildung schwierig ist, eine gute Position zu erreichen. Der Einstieg in Bildung geht nur über die Hautfarbe. Indisch-malaiische Frauen berichten uns, dass Jungen bevorzugt und gefördert werden, Mädchen bekommen keine gute Ausbildung, da sie bald heiraten und für die Familie sorgen müssten. Das Gleiche berichten die chinesisch-malaiischen Frauen. Das Wichtigste sei, einen Sohn zu gebären, da das Erbe später an ihn geht. Jungen spielen, lesen und studieren, Mädchen machen Hausarbeit. Die Frauen sagen, dass Gewalt in der Ehe meist nicht zur Anzeige gebracht wird; die Schamgrenze ist sehr hoch, und die Frauen verlieren ihre Selbstachtung. Oft warten Frauen mit einer Trennung von ihrem Ehemann, bis die Kinder erwachsen sind und leben dann bei ihnen. Es gibt ein Gesetz für den Unterhalt von Kindern, dieses lässt sich aber nur schwer umsetzen. In der zweiten Arbeitsgruppe wurden wir über die Entstehung der Weltgebetsordnung informiert. Es werden zwei biblische Gestalten in den Mittelpunkt gestellt, die uns ermutigen sollen, für Gerechtigkeit aufzustehen: Die bitende Witwe aus dem Lukasevangelium und der Prophet Habakuk, der die Ungerechtigkeiten gegen sein Volk vor Gott

bringt und ihn mit Fragen bedrängt. Die Frauen, die an der WGT-Ordnung mitgearbeitet hatten, wurden aufgefordert, von ihrer Arbeit zu berichten; wir anderen wurden gebeten, gut zuzuhören, um die WGT-Bewegung weiter tragen zu können. Gerechtigkeit ist untrennbar verbunden mit der Einhaltung von Menschenrechten und mit den auf ihnen aufbauenden Rechtssystemen. Dies war den Frauen während der gemeinsamen Arbeit sehr wichtig. Über die Bischöfe der Kirchen wurde zur Arbeit an der Ordnung eingeladen, es kamen vierundzwanzig Frauen aus verschiedenen Ethnien, Kirchen und aus Ost- und Westmalaysia. So waren die Grundvoraussetzungen erfüllt. Eileen King, die Präsidentin des Internationalen Komitees, erarbeitete mit den Frauen die Bibelstellen, Liturgie, Hintergrundinformation, Kinder-WGT ... Es musste ein alt- und ein neutestamentlicher Text gewählt werden. Die Frauen waren anfänglich sehr aufgeregt und ängstlich, da sie unbedingt das Thema Gerechtigkeit in verschiedenen Formulierungen thematisieren wollten. (z. B. „Wir müssen unseren Ehemännern gehorchen“), sie wollten diese Ungerechtigkeiten im Gebet vor Gott bringen. Um die Lieder kümmerten sich zwei katholische Musikerinnen. Fünfmal traf sich das malaysische Komitee, dann wurden die Arbeitsergebnisse nach New York geschickt. Die Frauen wurden aufgefordert, alles unter Verschluss zu halten, bis das Internationale Komitee das „Ja“ zu diesen mutigen Formulierungen gebe. Endlich wurde alles, aber mit einigen Verbesserungsvorschlägen, akzeptiert. Die ausgewählten Lieder klingen europäisch, da die Kirchen auf westliches Liedgut zurückgriffen. Das Resümee ist: „Wir sind Gott dankbar und loben ihn, dass alles so gut gelungen ist.“

Die malaysischen Frauen waren sehr

gerührt, dass wir deutsche Frauen den WGT so wichtig nehmen, sie sagen, dass das gemeinsame Treffen sie ermutigt hat, sich weiter in der WGT-Arbeit zu engagieren.

Waisenhaus-Kinderheim „Stepping Stone Living Centre“

Wir wurden von dem methodistischen Reverend Johnson und seiner Ehefrau begrüßt, die das Heim vor dreizehn Jahren gründeten. Es leben hier einhundert Kinder, wenige Mütter und einige ältere Menschen in vier Gebäuden. Es gibt einen Mädchen- und einen Jungenwohntrakt, eine Schule und einige alte Gebäude. Der Platz ist sehr beschränkt, zusätzliche Häuser können nicht errichtet werden. Rev. Johnson berichtet zuerst über sein Leben. Er war Bankmanager, bis er vor fünfzehn Jahren den Ruf Gottes spürte, sein Leben zu ändern. Er besuchte zwei Jahre ein Bibelseminar, dann führte ihn der Heilige Geist zu diesem Grundstück und dem alten Haus. Er hatte die Vision, für Waisenkinder zu sorgen. Mit seiner Frau renovierte er das Gebäude, dann wurden die ersten drei Kinder aufgenommen. Das Ehepaar nimmt Kinder aus zerbrochenen Familien auf, Waisen, die allein auf sich gestellt sind und Kinder von Prostituierten. Die Mütter werden ermutigt, den Kontakt zu den Kindern aufrecht zu erhalten. Aber sie sind selbst oft nicht in der Lage, ihr eigenes Leben in den Griff zu bekommen. Sechzig Kinder gehen zur Schule; nach Beendigung der Schulzeit können sie je nach Begabung studieren, oder es wird eine Lehrstelle besorgt. Die Kinder werden nach der Ausbildung oder weiterführenden Schule nicht weggeschickt; sie können bleiben, solange sie wollen. Angestellte gibt es nicht, alles wird gemeinsam und von Ehrenamtlichen be-

wältigt: Kochen, Wäsche waschen, aufräumen, putzen. Das Heim ist zurzeit als Firma registriert, man bemüht sich um Anerkennung als soziale Einrichtung; das Verfahren läuft noch. Die Beiden reichen ihre Essenspläne bei der Regierung ein, so bekommen sie Zuschüsse.

Frau Johnson ist Ärztin; sie kümmert sich um die gesundheitliche Versorgung der Kinder. Kleinere Krankheiten werden hier behandelt, bei komplizierten Verläufen werden die Kinder ins Krankenhaus gebracht, die Kosten übernimmt die Regierung. Rev. Johnson sagt, dass alles was sie brauchen, von Gott kommt. Es war schon so oft eng und schwierig, aber Gott hat sie nicht vergessen! Hier habe ich die Hälfte der von mir gesammelten Spenden abgegeben.

Besuch einer Teeplantage

Die Teeplantagen Malaysias liegen in den Hochebenen der Cameron Highlands. Hier steigt die Temperatur selten über 22 Grad. Trotz der hohen Luftfeuchtigkeit ist hier ein angenehmer Kontrast zu den heißen Ebenen. Die Cameron Highlands mit ihren Plantagen und Farmen sind stark kolonial geprägt. Das Hochland ist eine beliebte Urlaubsregion der Malayen, vor allem für Bergsteiger.

Die Highlands sind „der Gemüsegarten Malaysias“. 80% der Bevölkerung hier leben von der Landwirtschaft, 20% vom Tourismus. An terrassenförmig angelegten Hängen wird Wasserkresse angebaut; sie sind mit Folie abgedeckt. Wir werden in der BOH-Teeplantage, erwartet, die seit 1927 in Besitz der Familie Russel ist. Die Plantage wurde während des Zweiten Weltkriegs von der japanischen Besatzung geschlossen und erst 1972 wieder eröffnet. Aus Tradition werden die alten Maschinen

von 1935 benutzt, sie seien viel besser als die neuen modernen! Die Gastarbeiterquote ist in Malaysia reglementiert, deshalb stellte man sich in den Plantagen auf Maschinen um. Wir sind hier 1500 m hoch, es ist die höchstgelegene Vegetation in Malaysia. Je höher die Plantage, desto besser ist die Qualität des Tees. Die Firma betreibt hier drei Teegärten und in Kuala Lumpur einen. Diese Plantage ist 1200 ha groß. Früher wurden die Samen der Teepflanzen aus Assam importiert, jetzt bezieht man kleine Setzlinge. Auf der Plantage arbeiten nur Männer. Sie kommen mit ihren Familien aus Banglah Desh, Nepal und Indonesien. In der Arbeitersiedlung gibt es einen Arzt, eine kleine Krankenstation, eine Schule, eine Moschee, eine chinesische Pagode und einen Hindutempel. Wegen der verschiedenen schwierigen Anforderungen bekommen die Arbeiter, die immer im Team arbeiten, stets ein andres Areal zum Bearbeiten. Die Setzlinge werden in Abständen von 42 cm gepflanzt, so kann man noch gut dazwischen durchgehen und arbeiten. Die Teepflanzen werden auf Kniehöhe geschnitten, andernfalls wüchsen sie zu Bäumen. Gegen die Ratten, die hier in Scharen leben und die Teepflanzen schädigen, setzt man Kobras ein. Die Arbeiter stampfen auf den Boden, bevor sie eine Reihe begehen, durch die Vibrationen verschwinden die Kobras. Zwischen den Teepflanzen wächst eine wunderschöne blaue Blume, „Morning Glory“, sie wird hier als Unkraut betrachtet. Nach fünf Jahren kann man die ersten Teeblätter ernten, 200 kg gepflückte Teeblätter ergeben 45 kg Tee. Aus einem Zweig werden drei verschiedene Teesorten gewonnen, die Spitzen ergeben die beste Qualität, das Blatt eine mittlere, die Rispe ist weniger gut. Pico Tee ist der beste, er wird per Hand gepflückt, sonst wird maschinell geerntet. Alle zwei Wochen werden die jungen

Triebe gepflückt. Früher wurden die neuen Austriebe alle fünf Tage geerntet, jetzt alle zwanzig Tage, da die Maschinen tiefer schneiden als die Hände der Arbeiter. Nach dem Schneiden wird gedüngt, es werden hier keine Herbizide eingesetzt, für uns kaum glaubhaft! Die eingesetzten Stoffe seien biologisch abbaubar, wurde uns versichert. Die Pflücker werden nach dem Gewicht des gepflückten Tees bezahlt. Ein kg Tee kostet 100 Ringit, das sind 23 Euro.

Pro Jahr wird 600.000 kg Tee geerntet. Für uns war völlig überraschend, dass nichts davon in den Export kommt, der ganze Tee bleibt im eigenen Land. Es werden in Malaysia pro Tag 7,5 Mio. Tassen Tee getrunken.

In den Hallen der Fabrik wurden wir über die drei Stufen der Teeverarbeitung informiert: Stufe 1: Die Blätter werden mit Heißluft getrocknet. Stufe 2: Die Teeblätter werden gerollt. Stufe 3: Fermentation, in drei Stunden wird durch Filter die grüne Farbe genommen, der Tee wird braun. Mit dem geschmacks-neutralen Gummibaumholz wird der Tee getrocknet. Jetzt folgt die maschinelle Sortierung, die Teeblätter fallen durch ein Sieb, die Stiele werden aussortiert, diese werden auf Erdbeerplantagen als Dünger verwandt. Der Tee wird jetzt in 50 kg-Säcke verpackt; die Arbeiter tragen alle dabei Atemschutzmasken. Die Säcke werden nach Kuala Lumpur gebracht, dort werden verschiedene Aromen zugesetzt und in kleineren Beuteln in den Verkauf gebracht. In Teebeutel werden nur die Reste gepackt, die übrig bleiben, also der minderwertigste Tee. Teebaumöl enthält keinen Tee, das Öl wird aus den Blättern eines australischen Baumes gewonnen. Es war hochinteressant für uns, das alles zu erfahren.

Im Bus lese ich auf dem Papier der von

mir gekauften Teeseife: „Made in Taiwan“, also Globalisierung hautnah!

„Teneganita“ – Frauenstärke

1991 von der Menschenrechtlerin Irene Fernandez gegründet, setzt sich diese Nichtregierungsorganisation für die Rechte der überwiegend weiblichen Arbeitsmigranten und um die Einhaltung der Menschenrechte ein. Malaysia hat das UN-Flüchtlingsabkommen nicht unterschrieben. Die meisten der 70.000 registrierten Flüchtlinge kommen aus Birma, dem heutigen Myanmar, einem Polizeistaat, der mit Härte regiert wird. Doch doppelt soviel Menschen leben illegal in den Regenwäldern. Sie werden oft als billige Arbeitskräfte, die keinerlei Schutz genießen, eingesetzt. Die eigens dafür ausgebildete Militärpolizei steckt die Menschen, wenn sie gefangen werden, in Konzentrationslager nahe der thailändischen Grenze. Diese Lager werden mit denen der Deutschen des 3. Reiches verglichen. Mitarbeiterinnen von „Teneganita“ gehen in die Wälder, versorgen die Menschen mit Essen, Medikamenten und Babynahrung, behandeln sie medizinisch und lehren sie Englisch. Es existiert ein riesiges Netz des Menschen-, Organ- und Waffenhandels. Das größte Problem ist der Baby-Handel. Mädchen, die aus den Fängen der Menschenhändler befreit werden können, werden von der korrupten Polizei oft zu den Menschenhändlern zurück gebracht. Man zwingt die Mädchen, nach Vergewaltigungen die Babys auszutragen; diese werden nach der Geburt verkauft. In der Weltgebetstagsordnung lernen wir Irene Fernandez und ihre Arbeit kennen.

Der Schutz und die Rechte der ca. 500.000 Hausangestellten ist ebenfalls ihre große Aufgabe. Die Mitarbeiterinnen sagten zu uns: „Malaysia praktiziert moderne Skla-

verei. Aber wir wachsen mit den Menschen, sie geben uns Stärke, nicht nur wir ihnen“.

„ACTS“, A call to serve.
Praxis Dr. Caroline Gunn

In einem indischen Stadtteil besuchten wir die Klinik von Dr. Caroline Gunn; in Malaysia heißen alle Arztpraxen „Klinik“. An der Tür eine Aids-Schleife, an den Wänden medizinische Plakate. Dr. Caroline Gunn gründete 2003 mit einem Jesuitenpater diese Einrichtung. Sie begannen ihr Programm mit 500 Flüchtlingen aus Birma, die sich in den Wäldern versteckt hatten. Dr. Gunn geht mit ihren Mitarbeitern in die Regenwälder und behandelt Flüchtlinge medizinisch. Mit einem kleinen Krankenwagen fahren sie zu den Abschiebelagern und behandeln dort an den Toren Kranke und führen kleine Operationen durch. Die Lager dürfen sie nicht betreten, damit von den Zuständen nichts an die Öffentlichkeit dringt. ACTS verfügt über drei Häuser an geheimen, verschwiegenen Orten in Gegenden, wo die Polizei nicht kontrolliert. Wie „Tenaganita“ bringen sie außer medizinischer Hilfe Zelte, Plastikplanen als Kälte- und Regenschutz, Kleidung, Lebensmittel und Babynahrung in die Wälder. Hier findet die zweite Hälfte des gespendeten Geldes eine gute Verwendung.

Auch in Birma arbeitet ein kleines Team von ACTS, das vor allem Kinder aus armen Familien unterrichtet. Noch immer fliehen Menschen vor Unterdrückung und politischer Verfolgung aus diesem Land. ACTS wird unterstützt vom UN-Flüchtlingswerk und den „Ärzten ohne Grenzen“.

Auf unsere Frage, woher sie ihre Kraft bezieht, antwortet Frau Dr. Gunn: „Wir wissen, dass über den Regierenden ein Höherer dafür sorgt, dass das Leben wei-

tergeht! Nicht die Regierung, sondern ein anderer setzt die Maßstäbe.“

Frauenorganisation „Awam“ –
All Woman Action Society

Sie wurde 1985 gegründet, um Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. Die Organisation will Kinder-Ehen verhindern und hilft indigenen Frauen, die Opfer von Vergewaltigungen durch Arbeiter der Holzfällercamps werden. Die Frauen gehen an Schulen und klären jüngere Schüler auf, wie man Gewalt verhindert und vermeidet. Sie trainieren junge Männer als Multiplikatoren gegen Gewalt. In allen Ethnien, Religionen und Kulturen existiert Gewalt gegen Frauen. Auch muslimische Frauen kommen hierher zur Beratung, sie werden ohne religiösen Hintergrund beraten. Die Mitarbeiter/innen führen Workshops für Firmen durch, veranstalten Benefiz-Konzerte und Marathonläufe, um an Gelder zu gelangen. Zum Teil werden die Projekte von der UN subventioniert.

Berufsbildungswerk des YMCA

Diese Schule engagiert sich für die Bildung von Mädchen und Frauen; seit 13 Jahren unterhält das Werk diese Einrichtung für benachteiligte Mädchen, unabhängig von Rasse, Kultur und Religion. Religion wird nicht unterrichtet, nur „Soziale und Internationale Werte“, um nicht in den Ruf des Missionierens zu geraten; das ist gefährlich in einem islamischen Land. Es sind zumeist Mädchen des Naturvolkes der Orang Asli, Waisen, ausgesetzte Mädchen und Töchter von Gefängnisinsassen. Die Mädchen werden von Kirchengemeinden und sozialen Einrichtungen zu ihnen gebracht. Sie lernen zuerst lesen, schreiben, englisch sprechen, danach be-

kommen sie eine Berufsausbildung an Computern, Nähmaschinen und in der Küche. Die Finanzierung läuft über Spenden, Stiftungen, Regierungsgelder sowie über Vermietung von Gästezimmern im hiesigen Gebäude und der Vermarktung der von ihnen hergestellten Produkte. Nach der Ausbildung finden 70 % der Mädchen eine Arbeitsstelle.

Sisters in Islam

Die Frauen der Organisation „Sisters in Islam“ streiten für eine gleichberechtigte Gesellschaft von Männern und Frauen. Sie sind davon überzeugt, dass der Islam die Gleichberechtigung von Männern und Frauen vorsieht und verweisen auf zahllose Passagen im Koran. Wir lernten Sharifa Zurria Geffrey kennen, eine der Gründungsfrauen des Vereins, der 1988 ins Leben gerufen wurde. Wir bekamen von ihr eine völlig andere Sichtweise auf den Islam vermittelt. Der interreligiöse Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern anderer Religionsgemeinschaften ist ihnen sehr wichtig, aber mit christlichen Religionen besteht kein Kontakt. Das soll sich aber nach unserem Treffen ändern.

Das Rechtssystem Malaysias ist zweigliedrig: Die Zivilgerichtsbarkeit entscheidet über alle Menschen Malaysias gleichermaßen, unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit. In Familienfragen und Angelegenheiten des Glaubens gilt für die muslimische Bevölkerung das islamische Gericht, die Sharia. Zum Tragen des Kopftuches und der Burka sagt uns Shariva, die selbst kein Kopftuch trägt, dass starke soziale Zwänge bestehen, aber jede Frau sollte das selbst entscheiden können. Im Koran steht nur: „Zieh dein Obergewand über die Brust“, nichts aber über das Tragen des Kopftuches und das Verhüllen. Die im

Koran angeführte Polygamie ist nur dann akzeptabel, wenn ein Mann alle seine Ehefrauen gleich gut versorgen und ihnen gerecht werden kann. Da dies in der Regel nicht durchführbar ist, kann auch von einer generellen Erlaubnis zur Polygamie nicht die Rede sein. Durch die Islamisten kehrt jetzt die vorislamische Zeit für Frauen zurück. Die Kontrollen der Sittenpolizei sind schärfer geworden, und die Medien bringen den Konservatismus, nicht den Liberalismus nach vorn.

Pro Live Group

Dies ist eine christliche Vereinigung, die sich aus 30–40 Personen verschiedener Kirchen zusammensetzt. Ihr Ziel ist es, nicht geborene Kinder im Mutterleib gegen Abtreibung zu schützen. Vor allem wendet sich die Gruppe an ledige Schwangere. Diesen stehen bei einer Schwangerschaft weder Ehemann noch Familie zur Seite. In der malaiischen Kultur ist es für die ganze Familie eine große Schande, wenn ein unverheiratetes Mädchen schwanger wird. Junge Mädchen werden von der Schule geworfen und von den Eltern verstoßen. Bei den Musliminnen wird die Scharia angewandt, die als Strafe die Disziplinierung der Mädchen in geschlossenen Einrichtungen vorsieht. Aus Furcht davor haben die Mädchen noch größere Angst, ihre Schwangerschaft öffentlich zu machen. Für die Pro Live-Mitarbeiter(innen) ist es eine Sünde, vor der Ehe Sex zu haben. Sie leiten ihre Überzeugung als Christen u.a. aus Johannes 8,10f. und aus Epheser 5,5 ab. Die Pro Live Group wendet sich in ihrer Beratung an allein stehende Frauen, aber auch an Männer und Familien. Sie bieten lediglich Handlungs-Empfehlungen, fällen aber keine Entscheidung. Der Erfolg einer Beratung ist daran abzulesen, dass das Baby durch

Vermittlung der Gruppe zur legalen Adoption frei gegeben wird. Es gibt lange Wartelisten. Bei der Regelung der Rechtsfragen steht die Gruppe den Frauen zur Seite. Kommt es doch zu einer Abtreibung im fortgeschrittenen Stadium, wird das Kind „weggeworfen“, so die Aussage. In Malaysia gab es zwischen 2005 und 2009 407 „weggeworfene Babys“, in manchen Abtreibungskliniken werden täglich bis zu 10 Abtreibungen vorgenommen. Außerdem wird in den Kliniken mit Babys gehandelt, der Preis für ein Kind beträgt ca. 4.000 Euro. Die Regierung hat großes Interesse an der Betreuung der unverheirateten Schwangeren und möchte sich in die Pro Life Group einkaufen. Die Mitarbeiter kommen regelmäßig zum Gebet zusammen, sie sind von dessen Wirksamkeit in ihrer Arbeit überzeugt. Mit gemischten Gefühlen nahmen wir Abschied, bei der allabendlichen Austauschrunde wurde noch lange und heftig diskutiert.

Journalistinnen der katholischen Wochenzeitung „Herald, the catholic weekly“

Die Redaktion dieser katholischen Wochenzeitung, eines Organs der Erzdiözese Kuala Lumpur, ist auf dem Areal der St. Antony Kirche untergebracht. Wir werden von Sandra und Liza, zwei jungen Journalistinnen, willkommen geheißen. Zuerst zeigen sie uns die gut sortierte Bücherecke, danach beschreiben sie ihre Arbeit. Vor einigen Jahren war die Redaktionsarbeit einfacher, jetzt wird zunehmend eine stark islamische Linie in die Politik getragen. Man muss mit einer Gesetzgebung leben, die Muslim(e)innen bevorzugt und Nichtmuslim(inn)en das Leben erschwert. Das Wort „Allah“, in malaysischer Sprache „Gott“, ist den Muslim(e)innen vorbehalten. Es darf nicht in christlichen Werken publiziert wer-

den, so dürfen in Indonesien gedruckte Bibeln nicht eingeführt werden. An die Stelle von „Allah“ steht „Tuhan“, das ist das malaysische Wort für Jesus.

Bischöfe und Herausgeber des „Herald“ klagten gegen diese Verordnung; der Klage wurde vor Gericht statt gegeben. Die Regierung legte Berufung ein. Daraufhin ereigneten sich drei Brandanschläge auf christliche Kirchen; wir konnten in der deutschen Presse etwas darüber lesen. Bis zur endgültigen Urteilsverkündung wird das Wort „Allah“ in schriftlichen Publikationen vermieden, sonst droht der Entzug der Lizenz. In Gebeten und Predigten darf es aber von Nichtmuslim(inn)en ausgesprochen werden.

Der „Herald“ berichtet vor allem über religiöse Belange, aber auch das Tagesgeschehen wird vorsichtig, wenn auch kritisch dokumentiert. Zur Kontrolle müssen vor dem Druck und nochmals vor der Auslieferung jeweils fünf Exemplare einer Ausgabe der Regierung vorgelegt werden.

Sandra und Liz betonen, dass es an der Zeit ist, gleiche Rechte für alle Bürger(innen) einzufordern. Darin sollen wir sie im Gebet unterstützen. Sie sind hoffnungsfroh, was die Zukunft der christlichen Kirchen in Malaysia angeht, denn: „Das Christentum ist neu und aufregend.“ Bei Gottesdiensten in fünf verschiedenen Sprachen seien die Kirchen stets voll. Voller Respekt für die schwierige Arbeit und Gratwanderung der Journalistinnen nehmen wir Abschied.

Das Volk der „Orang Asli“

„Die ursprünglichen Menschen“ sind die eigentlichen Urbewohner(innen) der malaiischen Halbinsel, sie machen aber nur noch 0,6% der Bevölkerung aus. „Orang Asli“ ist wiederum ein Sammelbegriff für verschiedene Volksgruppen, die sich un-

tereinander in Sprache und Kultur unterscheiden. Die größte Gruppe lebt in Dörfern am Rande des Regenwaldes, wo sie Reis anbauen, jagen, Früchte des Waldes sammeln und kleinere Obstplantagen bewirtschaften. Diese Volksgruppe ist von den Gesetzen der Regierung besonders betroffen, sie wurde von ihrem Land vertrieben und zwangsweise umgesiedelt. Auch heute werden sie enteignet, wenn ihre Dörfer der wirtschaftlichen Entwicklung, der Abholzung des Regenwaldes, im Wege stehen. Sie werden in Reservaten angesiedelt, man baut für sie Schulen und kleine Häuser. Trotzdem sterben viele der Orang Asli in diesen Camps, da sie die Freiheit gewohnt sind, die ihnen hier genommen wurde.

Wir haben ein Treffen in einem Dorf der Orang Asli; zwei bis dreihundert Menschen leben hier. Mit Pastorin Timar, die in England studiert hat, werden wir in die Kirche geleitet. Das ist ein Versammlungsort, der als Treffpunkt und auch zum Lernen genutzt wird. Eltern und Kinder lernen hier zusammen. Die Elterngeneration hat erkannt, dass ohne Bildung und Wissen keine Zukunft möglich ist.

Es erwartet uns eine Müttergruppe mit ihren Kindern, die Männer sind auf den Feldern. Mit Singen und Tanzen werden wir empfangen, wir revanchieren uns ebenso. Seit fünfzehn Jahren besteht hier die lutherische Gemeinde, 50 % der Dorfbewohner sind Christ(inn)en, 10 % Muslim(e)innen, 40 % sind Animist(inn)en, haben also ihren Naturglauben. Sie bitten immer noch den „Datuk“, den Herrn des Urwaldes, um Erlaubnis zum Betreten des Waldes. Das Oberhaupt des Dorfes ist der Clanchef, Entscheidungen werden gemeinsam getroffen. Außer dem Blasrohr zur Jagd, mit dem der Clanchef uns eine eindrucksvolle Vorstellung gab, und einigen Duria-Bäumen besitzt der Einzelne kein Eigentum. Die

Fischgründe sind Gemeinschaftseigentum. Das ihnen verbliebene Dschungelgebiet wird im Zweijahres-Rhythmus gerodet, um Berg-Reis und Tapioka anzubauen. Die kluge und selbstbewusste junge Pfarrerin gab uns große Einblicke in das Leben ihres Dorfes, das mit ihrer Hilfe am Fortschritt teilhat. Wieder eine bemerkenswerte Begegnung mit einer bemerkenswerten Frau!

Auch ein Besuch im Dorf Kampung Benuk des Volkes der „Bidayuh“ in ihren Langhäusern stand auf unserem Programm. Uns wurde gezeigt, wie in Bambusrohren gekocht und wie Reis gemahlen wird. Wir wurden mit dem Benuk-Tanz begrüßt, einem Tanz der fliegenden Vögel. Es ist ein Volk, das anders als die übrigen Orang Asli mit dem Fortschritt geht, sie empfangen oft Touristen mit einem so genannten „Homestay-Programm“ und sichern so ihrem Dorf das Einkommen.

Die Kalksteinhöhlen „Gua Batu Caves“

In den Kalksteinhöhlen befindet sich eine der zentralen Kultstätten der malaisischen Hindus, der größte Hindutempel Malaysias. 1875 wurden die Höhlen von William Hornaday entdeckt und später von den indischen Hindus zum Tempel geweiht. Vor dem Eingang steht die 42 m hohe vergoldete Statue des Gottes Supramania (auch Muruga genannt) mit seinem Speer Vel und seinem Reittier, einem Pfau. Der Speer soll die Last der Gläubigen hinweg nehmen. In der Hindureligion hat der Glaube an die Reinkarnation Fuß gefasst.

Wir steigen die durch den Regen glitschigen 272 Stufen zum Eingang der Kathedralenhöhle hinauf. Man sieht gelb gekleidete Gläubige, die die Stufen auf Knien hinaufkriechen. In den Nischen der riesigen Höhle sitzen überall Götter mit ihren Frauen und ihren Reittieren, ebenso Gott Shiva

mit seinen vielen Armen beim Welten-Tanz. In jeder kleineren Höhle sieht man den elefantenköpfigen Gott Ganesh, er ist der Türöffner für alle anderen Götter. Alles ist hell und bunt erleuchtet, immer mehr Treppen führen nach oben. Wie üblich in allen Tempelbezirken werden auch hier die Schuhe ausgezogen. Trotz der vielen Menschen finden wir beim Abstieg alle die Unsrigen wieder! Die Höhle öffnet sich immer mehr, bis ganz oben der Himmel sichtbar wird. Eine große Stille herrscht; die gläubigen Hindus in ihren besten Gewändern bringen ihren Göttern Speisen und Geschenke dar, die sie am Fuße des Tempels kaufen können. Die als Gottheiten verehrten Statuen werden wie Menschen behandelt. Es wird Milch gebracht, um sie darin zu baden. Angeblich hätten sie feste Zeiten zum Schlafen, Anziehen, Essen, Arbeiten und Empfangen der Gläubigen, sodass es für Hindus, ebenso wie für die Muslime, feste Zeiten für das Gebet gibt.

Das größte und heiligste Fest der Hindus ist das Thaipussam-Fest. Es wird einmal im Jahr, in der ersten Vollmondnacht (nach unserem Kalender zwischen Januar und Februar, im 10. Monat des Hindukalenders), gefeiert. Bei diesem Fest wird an den Sieg des Guten über das Böse erinnert. Der auf Sündenvergebung hoffende Hindu fastet sechs Wochen vor dem Fest, ernährt sich höchstens vegetarisch und meditiert. Am Tag des Festes lassen sie sich von Priestern in Trance versetzen, bestreichen ihren Körper mit Asche und stechen sich Nadeln durch Wangen und Zunge. Mit Ketten beschwert, geht der Büsser die 272 Stufen hinauf, nach dem Gebet werden die Ketten abgenommen, die Asche abgewaschen und die Nadeln entfernt. Durch die Trance tritt kein Blut aus. Bis zu eine Million Menschen kommen am Thaipussam-Fest hierher in den Tempel, um bei den Göttern im Gebet

Vergebung zu erbitten. Zur Tradition der Hindus gehört es, dass das Kind einunddreißig Tage nach seiner Geburt mit seiner Mutter das erste Mal das Haus verlässt, um im Hindutempel seinen Namen zu bekommen. Dazu wird der Kopf des Kindes rasiert und mit gelber Safranpaste eingerieben. Man verneigt sich vor den Göttern, präsentiert ihnen das Kind, sagt ihnen seinen Namen und bittet für das Leben des Kindes.

Am Fuße jedes Tempels gab es die unvermeidlichen Souvenir-Stände; ich habe für meine Schneekugel-Sammlung eine goldene Kugel des Elefantengottes Ganesh erstanden.

*Renate Schröder,
geb. am 23.2.1941
in Dresden, Ausbildung
als Krankenschwester mit
heilpädagogischer
Zusatzausbildung.
Arbeit in Krankenhäusern
in Lüdenscheid und
Bielefeld, danach
in der Lebenshilfe*



Renate Schröder

*Brackwede mit lernbehinderten Kindern tätig.
Verheiratet, drei erwachsene Kinder und zwei
Enkelkinder. Ehrenamtlich tätig in ihrer Kirchengemeinde
als Lektorin und in Frauenkreisen. Seit zehn Jahren im
Vorstand des Bezirksverbandes der Frauenhilfe, verantwortlich
für die Weltgebetstagsarbeit mit Reisen in die jeweiligen
Länder des Weltgebetstages und anschließenden Vorträgen
im Land. Außerdem Engagement als „Grüne Dame“ im
Altenheim.*

Ein Labor für Migration und Integration

„Glaubensfreiheit“ – das Böhmisches Dorf in Berlin

Von Bernd Krebs

In diesem Jahr feiern die Bewohner einer Ansammlung vormaliger Bauerngehöfte im Herzen des Berliner Bezirks Neukölln Jubiläum. Im Juni 1737 hatte der preußische König Friedrich Wilhelm I. Flüchtlingsfamilien aus Böhmen in Rixdorf bei Berlin ansiedeln lassen. Es entstand das Dorf Böhmisches-Rixdorf. Die böhmischen Zuwanderer erhielten das Recht auf freie Religionsausübung in ihrer Sprache, mit eigenen Predigern sowie das Recht auf eigene Gerichtsbarkeit, ein eigenes Schulzen-Amt, Befreiung vom Militärdienst und Steuerfreiheit. Damit begann die lange Geschichte von Migration und Integration, die bis heute typisch ist für den Berliner Bezirk Neukölln. Auch wenn es berechtigte Zweifel an der Behauptung gibt, dass man „aus der Geschichte lernen“ könne, ist es doch nützlich, sich des Vergangenen zu erinnern. Denn es gibt Analogien, zum Beispiel was die Fragen von Migration und Integration betrifft. Die brandenburgisch-preußischen Herrscher konnten die Aufnahme und Ansiedelung der Glaubensflüchtlinge aus Frankreich, aus der Pfalz, aus dem Salzbürgischen und aus Böhmen anordnen; ob die Bevölkerung murrte, spielte dabei keine Rolle. Heute kann Zuwanderung nur mittels eines breiten gesellschaftlichen Konsenses gewährleistet werden. Dazu braucht es die öffentliche Diskussion, in der den Fakten Rechnung getragen werden muss und nichts beschönigt werden darf; in der es aber auch darum gehen muss, die ethischen Grundlagen unseres Gemeinwesens her-

auszustellen und damit die Verpflichtungen, die sich aus der Geltung der Allgemeinen Menschenrechte für den Umgang mit Verfolgten und Bedrängten und für das friedliche Zusammenleben zwischen Menschen unterschiedlichen Herkommens ergeben. Die Steuerungsgruppe, die die Gedenkveranstaltung für das 275jährige Bestehen von Böhmisches-Rixdorf vorbereitet, hat deshalb ein Motto gewählt, das nach vorne weist: „Glaubensfreiheit. Das Böhmisches Dorf in Berlin: Ein Labor für Zukunft“. Die Veranstaltungen werden im März und im Juni 2012 stattfinden.

Im Folgenden dokumentieren wir ein Interview mit Dr. Bernd Krebs, der seit 35 Jahren in Neukölln lebt und arbeitet und seit 1998 Pfarrer der aus böhmischer Zuwanderung entstandenen Ev.-reformierten Bethlehemsgemeinde ist.*

Identität und Abgrenzung

Die Gemeinde leistet einen aktiven Beitrag zur Integration von Migranten, indem sie seit 12 Jahren einer Presbyterianischen Exil-Gemeinde aus dem Iran ihre Räume für Asyl- und Sozialberatung, Gottesdienst und Seelsorge zur Verfügung stellt und mehrmals im Jahr Begegnungen zwischen beiden Gemeinden organisiert. (Die Redaktion)

Mathias Hühn (M.H.): Der ehemalige Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin schreibt in seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ eine Polemik über die Umwandlung des Kölner Doms in eine Moschee, falls die momentane Bevölkerungsentwicklung so weitergehe. Ist das auch die Angst der

Neuköllner Christen bzw. die Angst in Ihrer Gemeinde?

Dr. Bernd Krebs (B.K.): In meiner Gemeinde sicherlich nicht. Denn meine Gemeindemitglieder sind sehr gut ausgebildet und sehr bürgerlich, und sie wohnen über die ganze Stadt verteilt. Die haben eine eigene Identität, sie wissen, wo sie beruflich und biografisch stehen, und sie wissen um den christlichen Glauben, als etwas, das einen trägt und nicht dazu bringt, andere zu verketzern. Ich würde eher sagen, dass das ein Problem für Einige ist, die hier in Neukölln in der x-ten Generation leben und die Veränderungen erlebt haben. Die haben viele Jahre Ängste gehabt: Was passiert hier, wo bleibe ich, wie sieht meine Zukunft aus? Und nun nehmen wir ja wahr, dass sich das noch mal anders mischt.

M.H.: Was meinen Sie damit?

B.K.: Dass viele ganz junge Leute, auch aus anderen Ländern, hierher ziehen, dass Künstler herkommen, dass Menschen in der Nachbarschaft andere Lebensentwürfe leben und dadurch die Geschichte wieder eine ganz andere Ausrichtung bekommt. Damit zeigt sich, die Pluralität ist das Kennzeichen unserer Gesellschaft, und alle Versuche, eine Gesellschaft in eine Richtung zu formatieren oder in einer Weise identitätsbildend zu wirken, funktionieren nicht. Das ist vorbei, dahin kommen wir nicht mehr zurück.

M.H.: Aber das verunsichert ja auch viele Menschen.

B.K.: Natürlich ist das eine Verunsicherung. Wenn ich – vermeintlich – immer denke, alles ginge in eine Richtung, dann ist das eine Verunsicherung. Aber wenn man sich real die Geschichte Neuköllns anschaut, dann hat es das nie gegeben. Neukölln ist immer zerfallen in ganz verschiedene Rich-

tungen. Politisch zerfallen in eine starke Arbeiterbewegung, einen kleinen Teil Bürgertum, zum Teil jüdisch, dann viele Kleinbürger, die auf Hitler gesetzt haben und merkten, sie haben auf den Falschen gesetzt. Neukölln war auch nie auf diese Weise kirchlich, es gab hier schon in den zwanziger Jahren heftige Kämpfe um Austritte aus der Kirche, um Schule ohne Einfluss der Kirche. Wenn jemand behauptet, Neukölln hätte immer eine Identität gehabt, dann stimmt das historisch einfach nicht. Die Menschen aus Pommern, aus Posen, aus Schlesien, die sich hier erst einfinden mussten, was hatten die denn für eine Identität, auch wenn sie deutsch sprachen? Man dachte immer: das Blut, die Sprache bestimmt die Identität, aber das ist nicht so.

M.H.: Bei den Böhmen, die hierher kamen, war das ja sowieso anders, die sprachen kaum.

B.K.: Das ist ein interessantes Beispiel. Die Flüchtlinge aus Böhmen sind hier um 1737 hereingelassen worden per Dekret des Königs. Der hat ihnen die Möglichkeit gegeben, dass sie in ihrer Sprache Gottesdienste feiern konnten. Er hat sie vom Militärdienst befreit, ihnen sogar ein Dorf ausgestattet und eine Kirche geschenkt. Das war insofern eine kluge Entscheidung, als er sie dadurch zu loyalen Menschen machte. Er übte keinen Druck aus. Natürlich haben die Nachfahren über die Generationen die tschechische Sprache hinter sich gelassen. Aber dieser Ansatz, dass sowohl der Große Kurfürst als auch die Könige Friedrich Wilhelm I und sein Sohn Friedrich II wussten, da kommen Menschen mit Familien, mit einer Identität, und als solchen muss man ihnen helfen, hier heimisch zu werden, das war klug. Das ist ein fundamentaler Unterschied zu der Gastarbeiteranwerbung, die

jetzt 50 Jahre alt ist, wo nur Arbeitskräfte gesehen wurden, die außer der Identität, billige Arbeitskräfte zu sein und Arbeiten zu machen, die kein Deutscher mehr übernehmen wollte, keine andere Identität hatten. Dann zeigte sich auf einmal: Das sind ja Menschen, die einen Glauben haben, die eine Familie haben, die ihre Kinder nachholen wollen und ihre Frau. Wenn Politik damals wahrgenommen hätte: Wir holen hier Menschen her mit ihren vielfachen Identitäten – als Eltern, als Arbeitskräfte, als Glaubende im Islam oder Katholizismus, dann hätte man eine andere Integrationspolitik machen können, also sagen können: „Ihr habt hier einen Bauplatz, da könnt ihr eure Moschee hinstellen oder euer Gebetshaus.“

M.H.: So wie eben damals der preußische König?

B.K.: Der Unterschied ist, im Absolutismus des 18. Jahrhunderts konnte ein König das anweisen. Die Leute in Deutsch-Rixdorf haben damals gemurrt, als in ihrer Nachbarschaft Böhmisches-Rixdorf entstand. Aber der König hat das durchgesetzt. In unserer demokratischen Gesellschaft muss man Zustimmung schaffen. Man hat aber immer so getan, als gelte das alte Blutsrecht, nach dem Deutscher ist, wer von Deutschen abstammt und dass die Zugehörigkeit nicht frei wählbar sei. Weil man das den Menschen über Jahrzehnte hin erzählt hat, hat man die Möglichkeit vertan, zwischen Zuwanderern und „Einheimischen“ eine Brücke zu bauen.

M.H.: Die Autorin Güner Balci aus dem Neuköllner Rollberg-Viertel mit hohem Migranten-Anteil vertritt die Ansicht, dass es in erster Linie die Migranten versäumt hätten, sich zu integrieren und dass es

durchaus in der deutschen Gesellschaft eine Offenheit gegeben hätte bzw. gibt.

B.K.: Na ja, die Menschen hier waren gar nicht darauf vorbereitet. Die hatten zwar ihre eigene Geschichte, als Nachfahren von Einwanderern, aber man hatte das hinter sich gelassen, man hatte sich ja selbst integriert. Und in West-Berlin kommt noch etwas hinzu. Man war eingemauert und lebte in einer Wagenburgmentalität. Als in Kreuzberg alternative Lebensformen ausprobiert wurden mit Hausbesetzungen, neuen Wohnprojekten usw., gab es heftige Auseinandersetzungen. Weltoffen war die Stadt in der Auseinandersetzung mit dem Osten. Aber war sie es tatsächlich auch nach innen?

M.H.: Aber Offenheit muss ja beidseitig vorhanden sein ...

B.K.: Natürlich. Wenn jetzt Zuwanderer kommen, dann sollen sie wahrnehmen, wie lebt man hier, welche grundlegenden Standards politischen Handelns gelten hier. Die Standards liegen der Verfassung zugrunde und sind Teil einer philosophischen, religiösen Tradition: Gleichberechtigung von Mann und Frau, keine Gewalt in der Familie, Achtung anderer Religionen und Einstellungen. Die Zuwanderer müssen sich fragen, ob sie so leben wollen und ob sie diese Standards als ihre eigenen akzeptieren können. Wenn da eine produktive Auseinandersetzung gefordert und gefördert wird, dann können sich Menschen auch dazu positiv verhalten.

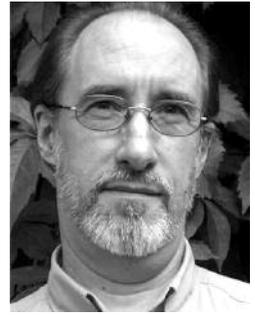
Aber wir haben diese Diskussion jahrelang nicht geführt. Wir hatten so ein merkwürdiges Konzept von „Multikulti“, das solange kein Problem ist, solange Menschen mit unterschiedlichen Identitäten einfach nebeneinanderher leben. Aber wir müssen klar sagen, auf welcher Grundlage wir gemeinsam stehen. Und das haben wir nicht

getan. Wir haben immer gedacht: Jeder, der fremd ist, ist erst mal für sich schon moralisch ein besserer Mensch. Das war eine Reaktion auf die Abweisung der Fremden. Und das ist Unsinn. Der Mensch ist nicht nach seinem Herkommen, sondern nach seinen Taten zu bewerten.

**Aus „Der Ganghofer“ – Zeitung des Quartiermanagements Ganghoferstr. in Berlin-Neukölln, Dezember 2011/Januar 2012. Die Fragen stellte Mathias Hühn.*

Krebs, Bernd, Dr., geb. 1951 in Berlin, 1969 Abitur in Flensburg, 1969–1974 Studium der Theologie und der Sozialpädagogik in Göttingen und Berlin, Vikariat, 1976 Ordination durch Bischof Kurt Scharf, Gemeindefarramt

in Berlin-Neukölln, 1991 Promotion in Warschau über den polnischen lutherischen Bischof Julius Bursche, 1995–1997 Forschungsstipendiat der VW-Stiftung, seit 1998 Pfarrer der Ev.ref.Bethlehems-gemeinde Berlin-Neukölln, 2001-2003 und seit 2008 erneut Geistlicher Moderator der Reformierten Gemeinden und Mitglied der Kirchenleitung der Ev.Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz



Bernd Krebs

Walter Bredendiek als Historiker der Friedensbewegung und des religiösen Sozialismus in der DDR

Kirchengeschichte von „links“ und von „unten“ – zu einem Gedenk-Buch*

Von Reinhard Gaede

Irrwege und Warnlichter“ hieß ein Büchlein, das 1966 in den Evangelischen Zeitstimmen des Ev. Verlags Herbert Reich Hamburg-Bergstedt erschienen war. Es hatte den Forscher für kirchliche Zeitgeschichte in Westdeutschland bekannt gemacht. Ich selbst habe ihn zu Anfang der siebziger Jahre oft in Berlin besucht, die Gastfreundschaft des Ehepaars Walter und Marianne genossen und Gespräche mit ihm über die Pioniere der christlichen Friedensbewegung und die religiösen Sozialisten während der Weimarer Zeit geführt. Nim-

termüde konnte er Auskunft geben über die Weimarer Zeit. Ich hielt ihn für den besten Kenner der Jahre 1918-1933, über die damals fast gar keine Literatur erschienen war. So bekam er einen Ehrenplatz in meinem Forschungsbericht: „Zunächst ist ein Blick auf die Aktivität der Forschung in der DDR notwendig. W. Bredendiek skizziert mit detaillierten biographischen Angaben und Literaturauszügen die nationalkonservative Grundhaltung der Mehrheit protestantischer Kirchenführer und ihre Verwurzelung in der ‚Welt vor 1914‘ (Dehn). Als methodische Forderung an die kirchliche Zeitgeschichte ergibt sich aus seinen Ergeb-

nissen, dass in Zukunft der ‚sozialhistorische Rahmen‘, in dem die Entwicklung bedeutender Führer des Protestantismus gesehen werden muss, aus den wissenschaftlichen Biographien stärker zu eruieren ist. Bredendieks Studien erhellen ferner die Geschichte der frühen christlichen Friedensbewegung vor dem ersten Weltkrieg. Als wichtigste Dokumente zur Behandlung der Friedensfrage im deutschen Protestantismus werden die Friedensappelle deutscher Theologen von 1907/08 und 1913 zu Grunde gelegt. In den Blick rückt damit eine Gruppe von Theologen, die Axiome der liberalen Theologie mit den Prinzipien des Pazifismus koordinieren. Neben dem Liberalismus wird der religiöse Sozialismus als zweiter Pfeiler der christlichen Friedensbewegung untersucht. Bredendiek steht hier neben anderen im Kreis um Emil Fuchs, der durch die Herausgabe der Zeitschrift ‚Glaube und Gewissen‘ ‚Traditionen christlichen Friedenskampfes‘ für die Gegenwart zu interpretieren versuchte, in den letzten Jahren oft unter schweren Vorwürfen gegen die Kirchenführer in der BRD, bei denen man z. T. deutliche Worte der Distanzierung von friedensfeindlichen Traditionen oder gar eigenen Äußerungen vermisste.“ (Reinhard Gaede: Kirche-Christen-Krieg und Frieden. Die Diskussion im deutschen Protestantismus während der Weimarer Zeit, Hamburg-Bergstedt 1975, S. 11)

Walter Bredendiek ist nur 58 Jahre alt geworden. 27 Jahre nach seinem Tod hat sein Sohn Hans-Otto, gelernter Baufacharbeiter, Theologe, Historiker, zusammen mit Dr. Hans-Joachim Beeskow, ehem. Direktor des Wittenberger Lutherhauses, Dozent und Religionslehrer, einen Teil seiner Schriften herausgegeben. Die Herausgeber erläutern den Titel des Werks Kirchengeschichte von „links“ und von „unten“ so: „Der Titel signalisiert seine kirchengeschichtliche Inten-

tion, die sich wie ein ‚roter Faden‘ durch sein wissenschaftliches Werk zieht. Er bemühte sich vor allem um jene, die als Außenseiter und ‚Irreguläre‘ in der Kirchengeschichte galten und gelten, um der Kirche vor Augen zu führen, dass auch jene Außenseiter zu der ‚Wolke von Zeugen‘ (Hebr. 12,1) gehören.“

Zur Biographie (vgl. H.O. Bredendiek, www. Wikipedia, sowie das Nachwort im Gedenkband von Carl Ordnung): Walter Otto Wilhelm Bredendiek (* 7. April 1926 in Swinemünde; † 26. Juli 1984 in Berlin) war als Pädagoge, Hochschullehrer für Kirchengeschichte und Funktionär der DDR-CDU tätig. Der Sohn eines Lehrerehepaares wuchs nach dem frühen Tod der Eltern in Gramzow bei Prenzlau/Uckermark auf. Er besuchte die Grundschule in Swinemünde, die Oberschule in Swinemünde, Camin (Pommern) und Angermünde, wo er 1943 seine Reifeprüfung ablegte. Nachdem er an der Berliner Universität ein Semester Geschichte und Germanistik studiert hatte, wurde er 1943 zum Reichsarbeitsdienst und 1944 zur Wehrmacht eingezogen. Nach der Entlassung aus der amerikanischen Kriegsgefangenschaft im Herbst 1945 studierte er ein Semester Theologie in Hamburg, ging 1946 nach Gramzow zurück und wurde dort zunächst Lehrer und später stellvertretender Schulleiter. Anschließend studierte er an der Berliner Humboldt-Universität Pädagogik, Geschichte und Germanistik. 1947 trat Bredendiek nach einer Zeit als LDP-Mitglied der (Ost-) CDU bei.

Im Laufe der Zeit übernahm er sehr viele Ämter und Funktionen dieser Partei – von 1958–1969 gehörte er zum Hauptvorstand – schrieb Artikel in ihren Organen, war Mitglied in gesellschaftlichen Organisationen der DDR – im Friedensrat gehörte er seit 1956 zum Präsidium – und erhielt zahlreiche Auszeichnungen des Staates. Die Ergebnisse seiner historischen Studien übernahmen

der Weltfriedensrat und die Christliche Friedenskonferenz, deren Mitglied er war. Emil Fuchs, einer der führenden religiösen Sozialisten in der Weimarer Zeit, Prof. für Systematische Theologie und Religionssoziologie in Leipzig, war sein Lehrer und Förderer. 1967 trat er eine wissenschaftliche Aspirantur an der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität. Im Mai 1971 wurde er dort zum Doktor der Theologie promoviert. Seit 1972 besaß er die Lehrbefähigung für Neuere und Neueste Kirchengeschichte und wurde umgehend mit einer Dozentur für Kirchengeschichte zuerst an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität in Greifswald und noch im gleichen Jahr an der Martin-Luther-Universität in Halle berufen. 1983 erfolgte die Berufung an die Humboldt-Universität zu Berlin, an der er nur kurze Zeit, bis zu seinem Tod 1984, wirkte. Seit ihrer Gründung gehörte er zum Herausgeberkreis der evangelischen Zeitschrift *Standpunkt*. Auf zahlreichen Reisen ins Ausland referierte er auf wissenschaftlichen Tagungen und Kolloquien zu den Themen seiner Spezialgebiete. Nach anfänglichem Zögern öffneten sich ihm auch die Kirchen der DDR für die Einladung zu Referaten. W. Bredendiek war verheiratet mit der Lehrerin Marianne, geb. Watzke, und Vater von drei Söhnen und einer Tochter. Nach seinem Tod wurde seine Privatbibliothek mit circa 4.000 Bänden zu Geschichte, Kirchengeschichte, Theologie und Ökumene als Depositum dem Berliner Missionswerk überlassen. Der schriftliche Nachlass befindet sich in der Zentral- und Landesbibliothek Berlin.

Bei grundsätzlicher Anerkennung der Führungsrolle der SED war der CDU-Politiker ein Fürsprecher für die Anliegen der christlichen Lehrer, für die er Freiheit ihres Bekenntnisses und berufliche Anerkennung forderte. „Fragen der christlichen Lehrer“,

heißt ein Artikel. Auf der anderen Seite musste er bei den Kirchen Offenheit zur Mitgestaltung anmahnen. Das Nachwort von Carl Ordnung erinnert an die Verweigerungshaltung kirchlicher Vertreter, obwohl das sowjetische Militär die Kirche zunächst als „antifaschistische Größe“ angesehen und zur Mitarbeit eingeladen hatte.

Das Buch enthält im letzten Kapitel „Stimmen über Walter Bredendiek“: Die Reden von Käte Gaede und Heinrich Fink bei der Beerdigung; Günter Wirth würdigt ihn als politischen Publizisten, Mittler zwischen den Fronten und christlichen Sozialisten, Fritz Klein sieht ihn als Historiker der deutschen Geschichte und Biographen von Walter Rathenau; Elisabeth Adler schreibt über ihn als einen aus der Wolke der Zeugen, den Referenten in der Evangelischen Akademie, Arno Sames, Ulrike Treu und Bernd Wittchow haben ihn als Erzieher und Hochschullehrer gewürdigt, Friedemann Stengel schrieb über seine akademische Laufbahn. Eberhard Klages und Hartmut Ludwig berichteten über die akademische Gedenkfeier, Herbert Trebs hat ihn als Kirchenhistoriker und Politiker porträtiert. Die Evangelische Monatsschrift *Standpunkt* brachte Nachrufe von Stephen Glencross Brown, Anneliese Feurich, Hans Gottschalk, Egon Grübel, Fritz Klein, Fritz Rathig, Bruno Theek. Zum 80. Geburtstag des früh Verstorbenen erschienen in Zeitungen Beiträge von Käte Gaede und Ina Matthes. Hans Otto Bredendiek berichtet über die 800 Jahrfeier in Gramzow, bei der die Einladung für den Pazifisten Martin Niemöller, damals Kirchenpräsident, wegen der „ideologischen Lage“ zurückgenommen wurde und Walter Bredendiek aus Solidarität seinen Vortrag absagte. Der Pfarrer Heinemann-Gründer gab dann den Kommentar: Christliche Liebe fügt sich in kein Freund-Feind-Schema, nimmt den Maßstab für gut und böse nicht

aus einem Gesellschaftssystem, sondern orientiert sich an Christus.

W. Bredendiek untersucht den Protestantismus auf seine Rolle als „Integrations- und Stabilisierungsfaktor für die junkerlich-bürgerliche Gesellschaft in Deutschland“, achtet dabei zugleich aber auch auf das „progressive Erbe“ im „Widerspruch und Protest“ gegen die „Brutalität der Klassengesellschaft“ (12). Er folgte damit seinem Lehrer Emil Fuchs: „Es müssen immer einzelne Christen wagen, aus den eingefahrenen Bahnen eines bloßen Gewohnheitschristentums auszubrechen und auf neuen Wegen voranzugehen, auch wenn sie nicht gleich von allen verstanden werden, sondern Verknennung und Diffamierung auf sich nehmen müssen ... Entscheidend für die christliche Existenz kann niemals eine kirchliche Durchschnittsmeinung sein, sondern der Gehorsam gegen den Ruf Christi.“ Als Träger des progressiven Erbes, als Warner, Mahner und Vorläufer“ hat W. Bredendiek die religiösen Sozialisten identifiziert. Ergebnis seiner Studien: Der BRSD war „die wichtigste und geschlossenste antifaschistische Gruppe im deutschen Protestantismus vor 1933“ (13). Für die Frage nach „Lehren“ aus der Geschichte ist festzuhalten: Die „Außenseiter“ von damals waren „nicht nur Warner und Mahner zur Umkehr, sondern vor allem auch Vorläufer und Wegbereiter von Einsichten“, die sich „heute in der Ökumene durchgesetzt haben“ (17). Vor allem das Wort des Bruderrates der EKD, das Darmstädter Bekenntnis vom 8. August 1947 (verfasst von Hans Joachim Iwand und Karl Barth), zitierte W. Bredendiek öfter, weil es endlich den überhörten frühen Warnungen und Mahnungen Recht gab: „Das Bündnis der Kirche mit den das Alte und Herkömmliche konservierenden Mächten hat sich schwer an uns gerächt. Wir haben die christliche Freiheit verraten, die

uns erlaubt und gebietet, Lebensformen abzuändern, wo das Zusammenleben der Menschen solche Wandlung erfordert. Wir haben das Recht zur Revolution verneint, aber die Entwicklung zur absoluten Diktatur geduldet und gutgeheißen.“ ((3. These)

In diesem Gedenkbuch lesen wir die Lebensgeschichten von Menschen, die zu ihrer Zeit angefeindet waren, dann vergessen wurden, aber zu den Wegbereitern einer friedlichen und gerechten Ordnung gehörten: z. B. die frühen Bundesgenossen der Arbeiter: Julius Rupp, 1945 von seinem Amt als Pfarrer in Königsberg vertrieben. Er hatte das Recht des Volkes zur Revolution bejaht, wenn bestehende Gesetze „im Widerspruch mit der ewigen Gerechtigkeit“ stehen. Ludwig Würkert wurde 1849 wegen seiner Beteiligung am Dresdener Mai-Aufstand seines Amtes enthoben und zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Bei Wahlen zum Norddeutschen Reichstag 1867 kandidierte er in Leipzig für die Arbeiterpartei. Friedrich Ludwig Weidig hatte mit Georg Büchner den „Hessischen Landboten“ verfasst; er wurde 1835 verhaftet und starb nach seinen Drangsalen. In der Weimarer Zeit dann die religiösen Sozialisten. Bisher nicht bekannte Namen werden der Vergessenheit entrissen: Erhard Boehm, Pfarrer in Schwarzhausen bei Gotha, Oswald Damian, Pfarrer von Pirmasens – so der richtige Name, der in einer zweiten Auflage zu korrigieren wäre –, Fritz Honecker, Pfarrer in württembergischen Gemeinden, Pfarrer Dietrich Tittmann in Zella-Mehlis, Hans Richter in Leopoldshall, Pfarrer Walter Heide in Bernburg, Pfarrer Hermann Kötzschke, Pfarrer in Prosen bei Elsterwerda (28).

In einem Kapitel untersucht W. Bredendiek Christen und Kirchen an den „Wendepunkten der Geschichte. Typisch waren „religiöse Gefühle“ gegenüber dem Staat, die „evangelische Staats-Gesinnung (Ernst v.

Dryander), für die man eine Linie von Luther zu Friedrich dem Großen zu Bismarck zog (34) Der Krieg galt als „Prüfstein der Kraft und Tüchtigkeit“ (Heinrich Claß, Vors. des Alldeutschen Verbands). „Das sittliche Recht des Krieges“ (Ferdinand Kattenbusch) war Voraussetzung des Denkens (37), das sich nicht scheute, vom „deutschen Gott“ zu reden, und eine makabre Todesmystik pries das „selige Sterben“ des Soldaten. Der Geist, der den Protestantismus im Weltkrieg beherrschte, lebte in der Weimarer Republik weiter. Fazit: „Das revanchistische und restaurative Verständnis von Nation und Volk, wie es für den deutschen Protestantismus in der Zeit der Weimarer Republik charakteristisch war, hatte für die Kirchen und Christen katastrophale Folgen: Es verwüstete die Verkündigung. Es blockierte weitgehend die Möglichkeit, die Revolution von 1918 als Impuls oder wenigstens als Menetekel für eine tief greifende Erneuerung der Kirche vom Evangelium her zu begreifen, sich dem Gericht zu stellen, das über die falschen und bösen Wege einer Kirche hereingebrochen war. ... Es machte die Pfarrer und Gemeinden weithin unfähig, die Gefahr zu erkennen, die der Faschismus nicht nur über die Gesellschaft, sondern gerade auch über die Kirche selbst heraufbeschwor (39).“ Gegen Ende der Weimarer Zeit dokumentierten die religiösen Sozialisten „eine Lawine pro- und präfaschistischer Handlungen und Äußerungen im deutschen Protestantismus“. „Bei so genannten ‚Gottesdiensten‘ wurden Stahlhelm, Säbel und Karabiner auf den mit der Hakenkreuzfahne drapierten Altar gelegt“ (115). 1931 bildeten sich die ersten „Arbeitsgemeinschaften nationalsozialistischer Pfarrer“. Große Verbände und evangelische Tageszeitungen tolerierten oder unterstützten solches Treiben. „90 Prozent der evangelischen Theologen“ seien mit dem „Parteiabzeichen

der Nationalsozialisten im Kolleg“ erschienen, berichtete 1930 die Zeitschrift „Deutsche Republik“ (116).

Dem Nationalprotestantismus standen die christliche Friedensbewegung und der religiöse Sozialismus gegenüber.



Walter Bredendiek

Ein Kapitel widmet sich der „Erklärung deutscher Protestanten zur Friedensfrage“ vom Herbst 1917. Die Berliner Pfarrer Lic. Dr. Karl Aner, Walter Nithack-Stahn, Otto Pless, Lic. Dr. Friedrich Rittelmeyer und Lic. Rudolf

Wielandt hatten eine Erklärung verfasst, darin hieß es: „Wir deutschen Protestanten reichen im Bewusstsein der gemeinsamen christlichen Güter und Ziele allen Glaubensgenossen, auch denen in den feindlichen Staaten, von Herzen die Bruderhand. Wir erkennen die tiefsten Ursachen dieses Krieges in den widerchristlichen Mächten, die das Völkerleben beherrschen, in Misstrauen, Gewaltvergötterung und Begehrlichkeit und erblicken in einem Frieden der Verständigung und Versöhnung den erstrebenswerten Frieden.“ Sie strebten „im Namen des Christentums“ danach, „dass der Krieg als Mittel der Auseinandersetzung unter den Völkern aus der Welt verschwindet“ (77). W. Bredendiek bietet ganze Listen von Namen der vergessenen und damals angefeindeten Friedensfreunde. In dem Abschnitt „Vor der Feuerprobe“ findet sich die Geschichte vom Disziplinarverfahren gegen die Antifaschisten Emil Fuchs und Karl Kleinschmidt, im folgenden Abschnitt „Früher Widerstand“ finden sich die Thesen von Emil Fuchs „Der Faschismus – eine

Gefahr für das Christentum“ und seine Erklärung zusammen mit Karl Kleinschmidt „Noch ist es Zeit“.

Eine Dokumentation widmet sich dem Verhältnis von Emil Fuchs zur Arbeiterbewegung. Und wie bei einer ganzen Anzahl heutiger Studien gibt es einen Abschnitt zum „Halleschen Universitätskonflikt“ über einer Rede Günter Dehns, weil sie den Übergang bürgerlicher, „völkisch“ denkender Schichten zum Faschismus wiedergibt. Entsprechend auch einen über die Fronten im Frühsommer 1933. Den Konflikt über dem Volksbegehren „Enteignung der Fürsten“ stellt Walter Bredendiek ausführlich dar. Während der Nationalprotestantismus die Forderungen der Fürsten mit dem Argument von der „heiligen“ Ordnung des Eigentums verteidigte, sahen die religiösen Sozialisten auf „dies gegenwärtige Unrecht, in dem ungeheurer Reichtum Millionen in ungeheure Armut und Verelendung und Rohheit drückt“ (E. Fuchs) (151). Der Artikel enthält die Namen der Kämpfer für Gerechtigkeit, denen Disziplinarverfahren ihrer Kirche drohten. Das „Lutherbild“ ist ein Thema von der nationalistischen Überfremdung der Kirche. Andere Studien widmen sich den Lebensbildern von Wilhelm Zimmermann, Historiker des Bauernkriegs, von Julius Rupp, dem Demokraten, von Dr. Carl Vogl, dem Anwalt der Verfolgten, von Georg Fritze, dem Antifaschisten und Führer der rheinländischen religiösen Sozialisten, von Paul Kohlstock, dem Pionier der Friedensbewegung. Einige der gewürdigten religiösen Sozialisten waren Freunde zu Lebzeiten W. Bredendieks: Karl Kleinschmidt, Erich Hertsch, Johannes Herz. Bertha von Suttner und die „klassische“ Friedensbewegung werden geehrt. Ihr Symbol von ineinander greifenden Zahnrädern meinte „internationales Friedensrecht“ (242). W. Bredendieks Studien schließen mit den

frühen Beiträgen über Wilhelm von Kügelgen und seine beliebte Biographie und über Danilo Dolci, den Sozialreformer Siziliens.

W. Bredendieks umfangreiches Werk bietet eine großartige Dokumentation der Zeitgeschichte und Theologiegeschichte. Es gibt historische Aufklärung über Irrwege und Katastrophen der Neuzeit und informiert über zukunftssträchtige Konzeptionen und Aktionen, die sich zu ihrer Zeit zwar nicht durchsetzen konnten, aber an die wir heute anknüpfen können und die wir fortschreiben müssen. Prophetische Stimmen werden der Vergessenheit entrissen. Sie ermöglichen den Bewegungen für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Frieden die Kontinuität mit frühen Ansätzen, nachdem diese durch Restauration, Faschismus und Krieg unterbrochen waren. Die Würdigung vergessener Gegen- und Unterströmungen macht hell-sichtig für die Fragen des Lebens und Überlebens, die hinter politischen Entscheidungen liegen. Der Band gibt der Welt ein Beispiel, wie Religiöser Sozialismus und Christliche Friedensbewegung zu bewahren und fortzuschreiben sind: Prophetischer Kampf gegen die Dämonisierung des sozialen Lebens, geduldige Arbeit für eine Wirtschaft im Dienst des menschlichen Lebens und Humanisierung der Gesellschaft, Zeugnis für das kommende Reich Gottes, in dem „Gerechtigkeit und Friede sich küssen“ (Ps. 85,11).

Möge das Buch weite Verbreitung finden!

**Walter Bredendiek: Kirchengeschichte von „links“ und von „unten“. Studien zur Kirchengeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts aus sozialhistorischer Perspektive. Hg. Hans-Joachim Beeskow und Hans-Otto Bredendiek. Nachwort: Carl Ordnung, Thurneysser Verlag Berlin und Basel. ISBN-13: 978-3939176831, 14 Euro*

Ein Beitrag zur Erinnerungskultur des religiösen und des demokratischen Sozialismus

Hundert Jahre „Neue Wege“ als Online-Angebot

Von Willy Spieler

Was wir heute feiern, ist ein nachträgliches Jubiläumsgeschenk für die Trägerschaft der Neuen Wege, aber auch eine Pioniertat des Sozialarchivs für die Geschichtsforschung. Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten lacht das Herz im Leib, wenn ihre Zeitschrift auf diese Weise allen zugänglich wird, in eine Allmende des Wissens eingeht.

Bedeutung für die Geschichtsforschung in CH

Es ist naturgemäss die Geschichtsforschung, die in den ersten 100 Jahrgängen der Neuen Wege einen bislang weitgehend brachliegenden Fundus findet. Dazu drei aktuelle Beispiele:

– Eben hat Georg Kreis ein Buch neu herausgegeben und kommentiert, das 1964 erstmals erschienen ist: Max Imbodens Helvetisches Malaise. Aber weder bei Imboden noch bei Kreis findet sich ein Hinweis, dass dieser Begriff eine Geschichte hat, die in die Zeit des Zweiten Weltkriegs zurückreicht. Suche ich in den Neuen Wegen nach Malaise, gelange ich ins Dezemberheft 1945. Unter der Rubrik Zur schweizerischen Lage schreibt Ragaz wenige Tage vor seinem Tod: „Jetzt geht es für die Schweiz ans Bezahlen“. Der Schlüsselbegriff dieses Schlüsseltextes heisst „malaise“. Im Gegensatz zu andern Völkern zeige die Schweiz keine Fröhlichkeit, keine Lebensfreude, schreibt

Ragaz. Andere Völker hätten „an dem Weltkampfe für Recht, Freiheit und Menschlichkeit teilgenommen. [...] Wir aber bezahlen mit unserer Malaise unsere Neutralität.“ (12/1945, 661f.)

- Ein weiteres Beispiel: Dieser Tage jährt sich zum 100. Mal die Einführung des Gesamtarbeitsvertrags durch das 1911 revidierte Obligationenrecht. Was steht dazu in unserer Zeitschrift? Sie verwendet noch lange den Begriff Tarifvertrag und verwirft die Vorstellung eines sozialen Friedens mit dem friedlosen Kapital. Das ‚Friedensabkommen‘ kommentiert Ragaz im Juli/Augustheft 1937: „Wenn man nun aber für eine unbestimmte Zeit den Sozialismus aufgibt, meint man, den nachher wieder holen zu können? Kann man den wie geräuchertes Fleisch in einer Vorratskammer aufbewahren? Ich fürchte, da er nur als lebendiges Wesen einen Sinn hat, man werde ihn, wenn man ihn wieder holen will, tot finden.“ (NW 7–8/1937, 341)
- Die Neuen Wege enthalten auch reichlich Dokumentationsmaterial für zwei Jubiläen im nächsten Jahr: Je 100 Jahre seit dem Friedenskongress in Basel und seit dem Zürcher Generalstreik. Immer geht es um den Kampf für einen demokratischen und gewaltfreien Sozialismus. Die Spannungen zwischen Leonhard Ragaz und Robert Grimm wären in diesem Zusammenhang ein lohnendes Thema. Robert Grimm hat 38 Treffer, Grimm allein 184. Freilich meint das Wort mehr als nur diesen Namen. So wenn Mose seinen

Jahwe bittet: „Kehre Dich vom Grimm
Deines Zornes ...“

Bedeutung für die Erinnerungs- kultur der Neuen Wege

Die Digitalisierung der Neuen Wege erlaubt es, nach verschiedensten Aspekten des religiösen Sozialismus zu suchen und so die Erinnerungskultur unter den Leserinnen und Lesern der Zeitschrift zu vertiefen. Ich denke an die grossen Auseinandersetzungen zwischen Ragaz, Barth und Brunner. Warum nimmt niemand zur Kenntnis, dass sich Ragaz' Deutung des Reiches Gottes und seiner Gerechtigkeit für die Erde in der Ökumene gewissermassen inkognito durchgesetzt hat. Es kömmt nur darauf an, die politischen Konsequenzen zu ziehen.

Ich höre von einem Nationalfondsprojekt über die Geschichte der religiös-sozialen Frauen. Da tritt ein veritabler *embarras de richesse* zu Tage, wenn diese Wolke von Zeuginnen namentlich abgerufen wird, Clara Ragaz mit 311 Treffern, wobei *retro.seals*.ch freundlicherweise nicht zwischen Clara mit C und Klara mit K unterscheidet; Dora Staudinger erhält 44 Treffer, während weitere 8 auf Dorothea Staudinger reagieren; die Friedensfrau und erste Chemieprofessorin im deutschen Sprachraum Gertrud Woker weist 94 Einträge auf; die jüdische Schriftstellerin Margarete Susman ist Autorin von 69 Texten. Nächstes Jahr begehen wir zudem die zehnten Todestage von Vre Karrer (135 Treffer) und Rosmarie Kurz. Die 267 Einträge für Rosmarie Kurz rühren daher, dass sie Mitglied der Redaktionskommission war und deshalb während fünfzehn Jahren im Impressum jedes Hefts erwähnt wird.

Eine der verhalten geführten Debatten zwischen religiös-sozialen Frauen und Ragaz galt der Psychoanalyse. Freud sei ein „Zerstörer“, kein „Entzauberer“ gewesen

(7–8/1939, 363), meinte Ragaz, während seine ebenbürtige Freundin, die holländische Schriftstellerin Henriette Roland-Holst das genaue Gegenteil betonte. Als „Entschleierer“ bezeichnete sie Freud (5/1930, 225). Hier gibt es allerdings ein technisches Problem. Bei der Suche nach Psychoanalyse erziele ich für die Zeit von Ragaz nur zwei Treffer. Des Rätsels Lösung ist die Frakturschrift: Das kleine s ist so lang gestreckt wie das kleine f. Gebe ich Pfychoanalyfe ein, dann komme ich für die Zeit bis 1945 auf 14 weitere Treffer. Es sind kleine und unvermeidliche Tücken, mit denen sich bei einigem Üben aber gut umgehen lässt.

Was sonst noch alles in den alten Neuen Wegen zu finden sein könnte, geht aus unserem ‚Jahrhundertbuch‘ Für die Freiheit des Wortes. Neue Wege durch ein Jahrhundert im Spiegel der Zeitschrift des religiösen Sozialismus hervor. Die Kapitel zur Theologie, zum Sozialismus und zur Friedensarbeit, enthalten zahlreiche Hinweise, die sich jetzt anhand des Quellenmaterials vertiefen lassen. Geschichten des Gelingens wechseln ab mit Geschichten des Scheiterns. Beide Geschichten sollten erinnert werden, sei es als Trost, sei es als Ermutigung. Hoffen wir, „unsere Enkel fechten's besser aus“, dann müssen wir ihnen die Geschichten überliefern, die wir selbst erzählt bekamen und die wir – wie unzulänglich auch immer – fortgeschrieben haben.

Dank

Das Schweizerische Sozialarchiv hat mit den gleichaltrigen Neuen Wegen ein Pionierprojekt verwirklicht, das seinesgleichen sucht. Zu verdanken ist diese gelungene Geschichte der Leiterin des Sozialarchivs Anita Ulrich und ihrem Stellvertreter Urs Kälin. Die Neuen Wege gehören nun zum „kollektiven Gedächtnis“, zu dessen Sicherung das Sozialarchiv gemäss seinem Leitbild

beitragen will. Auch die Digitalisierung der Neuen Wege macht bei den ersten 100 Jahren nicht halt, sondern geht weiter, dank dem Sozialarchiv.

Ein weiterer Dank geht an die Leonhard Ragaz-Stiftung, die sich mit dem Sozialarchiv in die Finanzierung des Projekts geteilt hat. Die Stiftung hat mit dieser letzten Beitragsleistung ihren Zweck erfüllt, aber auch ihre Mittel ausgeschöpft und sich mit gutem Gefühl aufgelöst. Ich danke den hier anwesenden Mitgliedern des ehemaligen Stiftungsrates: Elisabeth Rich, Hans Ulrich Jäger-Werth, Renata Huonker und Bernd Borath.

Schliesslich bleibt mir noch ein ganz besonderer Dank. Er geht an Frau Bettina Roncelli, die während sechs Monaten der Digitalisierung der 100 ersten Jahrgänge zugearbeitet hat. Sie tat es äusserst gewissenhaft und sorgfältig. Jeder Jahrgang ist mit Titelseite und Inhaltsverzeichnis abrufbar. 100mal elf Hefte, also 1100 Hefte, insgesamt um die 50.000 Seiten, mussten erfasst, mitunter auch nachgescannt werden. Es kam da ein riesiges Datenpaket zusammen, das wir jetzt in digitalisierter Form zu allen Tages- und Nachtstunden abrufen können. Ich möchte Ihnen, liebe Frau Roncelli, dafür mit Blumen und unserem „Jahrhundertbuch“ herzlich danken.

Willy Spieler, geboren am 6. August 1937 in Glarus, aufgewachsen in Glarus und Zürich.

Katholisch sozialisiert, vor allem im Benediktinerkloster Engelberg, dem ich mich nach 5 Jahren in einem ersten emanzipatorischen Anflug entzog. Das Präsidium des Schweizerischen Studentenvereins 1961/62 konfrontierte mich mit dem damaligen Parteikatholizismus. Ich zog den „Skandal“ vor, der SP beizutreten. Nach Juristerei und Philosophie an den Universitäten Zürich und Löwen (Belgien) verfasste ich sozialethische Schriften wie „Kirche und Mitbestimmung“ (1976 hg. von der Nationalkommission *Justitia et Pax*). Ich vertrat ab 1977 die „Christen für den Sozialismus“ in der Redaktion der *Neuen Wege*. Sozialismus interessierte mich auch in der Praxis, z.B. in meiner früheren Wohngemeinde Küsnacht, wo ich 1982 bis 1990 Gemeinderat (Fürsorgevorstand) war, oder später im Zürcher Kantonsrat, insbesondere als Präsident der SP-Fraktion (bis 2001). Die *Neuen Wege* habe ich noch bis zur Zentenaarfeier unserer Zeitschrift im Jahr 2006 redigiert.



Willy Spieler

Ina Gschlössl, Theologin, Gegnerin der Nazis*

Von Klaus Schmidt

Ina Gschlössl stammte aus einer Kölner Familie; ihr Vater war Postassistent, die Mutter Kindergärtnerin. Das aufgeweckte und außergewöhnlich begabte Kind schaffte es, obwohl es aus dem Arbeiterviertel Nippes

kam, das Oberlyzeum der städtischen Königin-Luise-Schule zu absolvieren. Dort legte sie 1920 das Reifezeugnis ab. Zwar hatte sie mit diesem Abschluss zugleich das Lehrerinnenexamen abgelegt, doch sie beschloss weiterzustudieren: zunächst Sozialwissenschaften in Köln, dann in Bonn

Philologie. 1922 wechselte sie zur Theologie, obwohl für sie zu diesem Zeitpunkt keine Möglichkeit bestand, im Kirchendienst tätig zu werden. Ab Mai 1924 setzte sie ihr Studium in Marburg fort, wo sie unter anderem bei Rudolf Bultmann und Paul Tillich studierte. Dort lernte sie einige andere Theologiestudentinnen kennen, mit denen sie 1930 die „Vereinigung evangelischer Theologinnen“ gründete. Diese Vereinigung forderte im Gegensatz zu dem bereits bestehenden „Verband evangelischer Theologinnen“ das volle Pfarramt für Frauen.



Nikolaina Gschlössl

Nach Abschluss ihres Studiums 1927 begann sie kurzzeitig ein Vikariat bei dem Religiösen Sozialisten Georg Fritze an der Kartäuserkirche. Er befürwortete zwar die Ordination von Frauen, doch war das in der Altpreußischen Union damals nicht durchzusetzen. Wegen ihrer unbequemen Ansichten musste sie auf Beschluss des Presbyteriums ihr Vikariat im November 1927 abbrechen. Die Stadt Köln stellte sie als hauptamtliche Berufsschullehrerin an. Um 1928 wurde sie Mitglied der SPD. 1932 äußerte sie sich in einem Sammelband mit Stellungnahmen aus dem Raum der Kirche äußerst kritisch zum Nationalsozialismus: Sie brandmarkte die „Vergötzung des Blutes“ und die Rassenideologie.

Im Sommer 1933 wurde sie aus dem Berufsschuldienst entlassen, da sie im Religionsunterricht „ungeziemende Bemerkungen“ über Reichskanzler Hitler gemacht habe und sich über die Judenfrage „in einer Art und Weise ausgelassen“ habe, „die jedes

Verständnis für den nationalen Standpunkt vermissen“ ließe. Da sie vier Jahre lang keine neue Anstellung fand, unterrichtete Gschlössl behinderte Kinder und betreute eine jüdische Familie. Ab dem 1. Januar 1938 konnte sie auf Vermittlung von Pfarrer Hans Encke als Fürsorgerin im Kirchenkreis Köln im Rahmen der Inneren Mission arbeiten, allerdings ohne Besoldung; unter anderem hatte sie Vormundschaften wahrzunehmen und in der Gefangenenseelsorge zu wirken.

Nach Kriegsende reorganisierte sie den Berufsschulunterricht in Köln und überwand viele Schwierigkeiten, denn in der zerstörten Stadt gab es keine Klassenräume, wenig ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer, keine Lehrpläne und kein Arbeitsmaterial. 1949 wurde Gschlössl zur Leiterin des evangelischen Religionsunterrichts an Berufsschulen in Köln ernannt, eine Tätigkeit, die sie bis 1966 ausübte. Sie starb 1987 in Neusäß bei Augsburg. Im Jahr 2005 wurde auf Antrag der Evangelischen Gemeinde Köln ein Weg in der Nähe der Antoniterkirche „Ina-Gschlössl-Weg“ genannt.

Nikolaina Gschlössl
* 13.12.1898 in Köln
† 20.1.1989 in Neusäß

**vgl. auch zu ihrem Leben die Dokumentation evangelischer-widerstand.de., in welcher der Artikel bearbeitet wurde. Für den Druck erhielten wir die freundliche Erlaubnis von Prof. Dr. Siegfried Hermle, Kommission der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte.*

Klaus Schmidt, geb. 1935. Theologe und Historiker. Berufsarbeit bis 1999 in Kölner berufsbildenden Schulen, der ev. Studentengemeinde (1969–78), in den Philippinen (1987/88, als Dozent und Menschenrechtsarbeiter). Veröffentlichungen (Auswahl):

Gerechtigkeit, das Brot des Volkes. Johanna und Gottfried Kinkel. Eine Biographie. Radius-Verlag, Stuttgart, 1996.

Andreas Gottschalk. Jude und Protestant, Armenarzt und Pionier der Arbeiterbewegung. Greven Verlag Köln, 2002.

Günther von Norden/ Klaus Schmidt. (Hg): Sie schwammen gegen den Strom. Widersetzlichkeit und Verfolgung rheinischer Protestanten im „Dritten Reich“, Köln 2006.

Glaube, Macht und Freiheitskämpfe. 500 Jahre

Protestanten im Rheinland. Greven Verlag, Köln 2007.

„Ich habe aus Mitglied gehandelt.“

Der Kölner Waisenhausdirektor und NS-

„Euthanasie“-

Beauftragte Friedrich Tillmann (1903–

1964), Berlin 2010.



Klaus Schmidt

Evangelische Friedensarbeit nach Aussetzung der Wehrpflicht

Von Christian Griebenow

Friede ist keine Selbstverständlichkeit. Ihn zu wahren, zu fördern und zu erneuern, ist eine immerwährende Aufgabe.“ Mit diesem Leitsatz nimmt der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in seiner Denkschrift „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“¹ (2007) den Titel seiner ersten expliziten Friedensdenkschrift von 1981 auf.

Die Friedensarbeit im Raum der Evangelischen Kirche in Deutschland hat in den vergangenen vier Jahren, nicht zuletzt bedingt durch die Aussetzung der Wehrpflicht, ihre Strukturen und Inhalte neu konzipiert und grundlegend überarbeitet. Im Dezember 2011 wurde dem Rat der EKD ein neues Konzept vorgelegt, in dem die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) und die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) als Partner der evangelischen Friedensarbeit auf gesamtkirchlicher Ebene ihre Aufgaben und Funktionen (neu) beschrieben haben. Die neuen Strukturen und Organi-

sationsformen haben die Bündelung und Stärkung und damit eine qualitative Weiterentwicklung der Friedensarbeit im Raum der EKD zum Ziel. Ausgangspunkt hierfür waren die Beratungs- und Entscheidungsprozesse im Zuge der Verabschiedung der Friedensdenkschrift der EKD im Jahr 2007. Die bestehende landes- und freikirchliche Friedens- und Kriegsdienstverweigerungs (KDV)-Arbeit, welche in der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden organisiert ist, wird nun seit 2009 durch die einmal im Jahr tagende Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD ergänzt, in der ein breiteres Spektrum der evangelischen Friedensarbeit vertreten ist. Mit dem Friedensbeauftragten des Rates der EKD, Renke Brahm, hat die Evangelische Kirche das Amt eines Sprechers geschaffen, der den kirchlichen Beitrag zu Fragen des Friedens und des Krieges nachhaltig in gesellschaftliche und politische Debatten einbringen kann, und der auch innerkirchlich Gewicht hat. Die gemeinsame Geschäftsstelle der AGDF und der EAK in Bonn unterstützt und begleitet die Arbeit

des Friedensbeauftragten und organisiert und gestaltet die Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD.

Friedens- und Gewissensbildung

Die Friedensdenkschrift der EKD „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ aus dem Jahr 2007 beschreibt Bildung und Erziehung als Aufgaben auf dem Weg zum gerechten Frieden. Neben Kindertagesstätten, gemeindlicher Jugend- und Konfirmandinnen- und Konfirmandenarbeit und Gottesdiensten werden hier kirchliche Schulen und Religionsunterricht als Arbeitsfelder für die Friedens- und Gewissensbildung der Kirche genannt. Eine Kirche, die aus Gottes Frieden lebt, muss ihre Verantwortung wahrnehmen und dafür sorgen, dass im Religionsunterricht, aber auch darüber hinaus in den Schulen überhaupt, die Friedensbildung stärker präsent ist. Denn Friedensbildung ermöglicht den Erwerb von Kompetenzen für einen individuellen Friedensdienst als Baustein für gesellschaftliche Friedensprozesse und ist so grundlegender Bestandteil des christlichen Friedensauftrags – wie es in der Friedensdenkschrift in einem der Grundsätze heißt: „Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten.“

Im Jahr 2008 haben das Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen und das Wehrbereichskommando II der Bundeswehr eine Kooperations-Vereinbarung² geschlossen. Darin wird vereinbart, dass Jugendoffiziere im schulischen Kontext über die „zur Friedenssicherung möglichen und/oder notwendigen Instrumente der Politik“ informieren und dabei „Informationen zur globalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung genauso wie Informationen zu nationalen Interessen einzubeziehen“ seien. Unter dem Stichwort „Friedenssicherung“ sollen die Informationsveranstaltungen stattfinden.

Seitdem sind in sieben weiteren Bundesländern Kooperations-Vereinbarungen mit der Bundeswehr geschlossen worden. Auch wenn die Jugendoffiziere nicht für Tätigkeiten innerhalb der Bundeswehr werben, vermitteln sie eine Sicht auf die politischen Handlungsspielräume und Notwendigkeiten, die in der Friedensarbeit in ihrem Grundansatz kritisch gesehen wird. Um dem im Beutelsbacher Konsens vereinbarten Neutralitätsgebot der schulischen Bildung gerecht zu werden, bräuchte es zumindest eine gleichwertige Einbeziehung von Referentinnen und Referenten aus dem Bereich der Friedensbildung, die ihre Sicht auf zwischenstaatliche Beziehungen, „friedensschaffende Maßnahmen“, Sicherheit und zivile Konfliktbearbeitung darstellen.

Das bestehende Netz der aktiven Berater und Beraterinnen für Kriegsdienstverweigerung und Beauftragten für Friedensarbeit in den verschiedenen Landeskirchen wird auch in den kommenden Jahren in der Beratung bei Gewissensentscheidungen und in der Friedensbildung aktiv sein. Die Strukturen in den einzelnen Landeskirchen sind allerdings sehr verschieden und so auch die Aktivitäten der jeweiligen Beauftragten und Berater.

Ein Ziel für die evangelische Friedensarbeit nach der Aussetzung der Wehrpflicht ist es, die frei werdenden Kapazitäten dieser Beauftragten noch stärker in die Friedensbildung in der Schule und in die Gewissensbildung einzubringen. Diesbezüglich sind die 16–19 Jährigen die vorrangigen Adressaten dieser Arbeit, da Jugendliche seit der Aussetzung der Wehrpflicht nicht mehr automatisch mit der Gewissensfrage nach Krieg und Frieden konfrontiert werden. AGDF und EAK haben nicht zuletzt deshalb das Projekt „Friedensbildung, Bundeswehr & Schule“ initiiert, innerhalb dessen sie mit dem Evangelischen Entwicklungsdienst

(EED), der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Pax Christi und der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) zusammenarbeiten. Koordination und Projektleitung liegen bei der gemeinsamen Geschäftsstelle, d.h. hier sind die zentralen Funktionen



wie bundesweite Öffentlichkeitsarbeit, zentrale Informationsstelle und ein Materialpool angesiedelt. Neben einer Materialiensammlung wird auch die Dokumentation der wichtigsten politischen Entscheidungen im Themenbereich Friedensbildung, Bundeswehr und Schule geleistet. Ein Newsletter informiert über aktuelle Entwicklungen. Für die Schulen ist Friedensbildung im Sinne dieses Projektes ausdrücklich auch als Alternative zu den Besuchen von Jugendoffizieren in Schulen angelegt. Die Herausforderungen bestehen darin, pädagogische Materialien für die Friedensbildung zu entwickeln, die die Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung verdeutlichen, und die praktischen Ansätze, wie z.B. die Friedensdienste, durch Personen erfahrbar und erlebbar zu machen.

KDV-Beratung – weiterhin eine wichtige Aufgabe

Die Aussetzung der Wehrpflicht und damit die de facto Abschaffung des militärischen und zivilen Zwangsdienstes ist eine gute und richtige Entscheidung gewesen.

Wir haben nun als freie Gesellschaft die Chance, die Freiwilligendienste zu stärken und Interessentinnen und Interessenten für den freiwilligen Wehrdienst kritisch zu beraten und ihnen in ihrer Gewissens-Entscheidung beizustehen. Die KDV-Verfahren von Berufssoldatinnen und Berufssoldaten werden auch weiterhin von Beraterinnen und Beratern sowie Seelsorgerinnen und Seelsorgern begleitet und die Kontakte zu den entsprechenden Fachanwälten werden auch künftig durch sie vermittelt. Das schließt die Beratung in Fragen des freiwilligen Wehrdienstes und der zivilen Alternativen in den Freiwilligen- und Friedensdiensten ein.

Als Teil der evangelischen Friedensarbeit mischt die EAK sich in die grundsätzlichen Debatten der Friedenspolitik, Friedensethik und Friedenstheologie ein und gibt dem pazifistischen Denken in den Evangelischen Kirchen Raum und Stimme. Sie steht dabei auch in einem kritischen Austausch mit der Seelsorge in der Bundeswehr. Viele Seelsorger/innen der Soldatenseelsorge nutzen bei der Beratung auch die Angebote und die vielfältigen Kontakte zu den Mitgliedern der EAK, um den Soldaten und Soldatinnen mit Gewissens-Entscheidungen einen unabhängigen Beistand z.B. in KDV-Fragen zu ermöglichen.

Wie sich die KDV-Beratung zukünftig gestalten wird, ist offen. Die Verweigerung oder Ablehnung des Kriegsdienstes wird wohl auch davon beeinflusst sein, wie sich das Thema Kriegsdienstverweigerung weiterhin in der Gesamtgesellschaft verankern



Plakat der SPD, 1957.

lässt und somit als eine Gewissensentscheidung nicht nur vom Staat, sondern auch von den Bürgerinnen und Bürgern (in- und außerhalb des Militärs) akzeptiert wird.

Zivil statt militärisch

Die wichtigste Herausforderung für die zukünftige Friedensarbeit sieht die Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD darin, den Grundsatz „Vorrang für zivil“ mit seiner Zielrichtung „gewaltfreie Konflikttransformation“ zum Zuge zu bringen. Es gibt heute viele gesellschaftliche Arbeitsfelder im Inland und internationale Erfahrungen mit Modellen ziviler Konflikttransformation, die weiter verbreitet und ausgebaut werden müssen. Im politischen Denken ist ein Paradigmenwechsel notwendig, der weg von einem militärisch ausgerichteten Sicherheitsdenken hin zu einem gerechten Frieden führt, der auf dem Konzept der menschlichen Sicherheit gegründet ist. Eine weitere Herausforderung besteht in der

nicht erst seit Aussetzung der Wehrpflicht gestiegenen Bedeutung von Freiwilligendiensten in unserer Gesellschaft. Um diese Chance zu nutzen und zu gestalten, bedarf es zukünftig einer verstärkten Bemühung der Friedensarbeit bzw. der Träger freiwilliger Friedensdienste, ihre Angebote entsprechend zu profilieren, sowie Freiwillige dafür zu gewinnen.

Auch wenn sich die Methoden des militärischen Handelns in den letzten 50 Jahren durchaus verfeinert haben und die Bundeswehr sehr darum bemüht ist, Schaden von Mensch und Natur abzuwenden, bleiben die dem Militär zur Verfügung stehenden Mittel oft unverhältnismäßig.



Die Verbrechen- und weite Teile der Terrorbekämpfung obliegen daher im Inland der Polizei.

Die Sicherung und Wiederherstellung der inneren Ordnung wird dabei von ihr garantiert und umgesetzt. Polizeiliche Methoden haben andere Ansätze als die militärischen und folgen einer anderen Logik. Mit Blick auf das Militär gilt: Die Asymmetrie zwischen Konfliktparteien, die sich durch die High Tech Armeen (vor allem der NATO Staaten) auf der einen und die vor allem mit einfacheren Waffensystemen und Sprengstoffen ausgerüsteten Terroristen und Kriminellen auf der anderen Seite, ergeben hat, kann durch eine weitere Aufrüstung nicht überwunden werden. Kriegerische Operationen der technisch Unterlegenen werden zunehmend mit einer Form der Guerilla betrieben, und das Militär sollte nicht versuchen, sich dieser Ebene mit „Kriegern“ und „Einzelkämpfern“ anzunähern, da es dabei zwangsläufig die demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätze ihrer entsendenden Länder in Frage stellen müsste.

Statt der Bundeswehr mit dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform wären viel-

mehr „Staatsbürger in Zivil“ notwendig, die in subsidiärer Verantwortung vor allem in der Krisenprävention tätig sind und die bei Konflikten Krisenhilfe und Konfliktbearbeitung durchführen und koordinieren könnten. Das wäre ein echter „Vorrang für Zivil“ in der internationalen Konfliktbearbeitung. Dabei gilt auch zu beachten, dass die Schutzverantwortung (responsibility to prevent/protect) nur dann wahrgenommen werden darf, wenn es durch die UNO ausdrücklich legitimiert worden ist. Jede Intervention, ob zivil oder militärisch, verletzt die Souveränität eines Gemeinwesens und muss somit zwingend internationalem Recht genügen und wohl überlegt sein.

Es ist an der Zeit, dass wir in unserer Gesellschaft die politische Diskussion über Ziele und Mittel der auswärtigen Politik offen führen. Hierbei muss die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle spielen. Wir müssen uns darüber klar werden: Welches sind unsere entwicklungspolitischen Ziele, welches vielleicht auch unsere wirtschaftlichen Interessen – letztendlich: was sind unsere geostrategischen Interessen? Die Antwort auf diese Frage muss nicht zwangsläufig so kurz ausfallen, wie sie der frühere Bundespräsident Köhler und der ehemalige Verteidigungsminister Guttenberg beantwortet haben. Einen Zusammenhang „von regionaler Sicherheit und Wirtschaftsinteressen“ herzustellen, greift hier deutlich zu kurz.³ Diese beiden Politikfelder sollten getrennt voneinander in den Blick genommen werden. Nach einer Einigung über die Ziele und Interessen in unserer Gesellschaft muss es dann eine neue gesamtgesellschaftliche Debatte über die Mittel und Strukturen zu ihrer Erreichung geben. Als Evangelische Kirche können und wollen wir einen Raum für solche Diskussionen schaffen und damit diese Auseinandersetzung mit friedensethischen und friedenspolitischen Akzenten be-

reichern. Es gibt ein großes friedenspolitisches Potenzial in unserer Gesellschaft, so dass am Ende einer solchen Debatte durchaus ein besseres Konzept für Krisenprävention und Krisenreaktion stehen könnte als jenes, welches die deutsche Politik zurzeit kennzeichnet. Die so oft beschriebene „Kriegsmüdigkeit“ der Menschen in Europa und Nordamerika ist dabei nicht ein Makel, sondern eine große Chance. Die richtige Antwort auf globale Bedrohungen durch Terrorismus und transnationale organisiertes Kriminalität ist noch nicht gefunden. Vermutlich gibt es auch nicht nur eine. Wer als einziges Werkzeug einen Hammer hat, neigt dazu, alle Probleme als Nägel anzusehen. Es wird Zeit sich auf einen anderen Weg zu begeben und den zivilen Methoden der Konfliktbearbeitung den Vorrang zu geben.

- 1 http://www.ekd.de/download/ekd_friedensdenkschrift.pdf
- 2 <http://www.eak-online.de/friedensbildung-bundeswehr-und-schule>
- 3 Karl Theodor zu Guttenberg am 9. November 2010 in der Eröffnungsrede zur 9. Berliner Sicherheitskonferenz

Christian Griebenow ist seit April 2010 Geschäftsführer der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden in Bonn. Er ist Jahrgang 1980 und studierte Politikwissenschaft, Rechtswissenschaft und Geschichte in Dresden und Rom. Vor seiner Tätigkeit bei der EAK war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag tätig.



Christian Griebenow

Jahresbilanz der internationalen Kreditgenossenschaft Oikocredit

Solidarische Ökonomie als Alternative zu entfesselten Finanzmärkten

Von Ulrike Pfab

Frankfurt, 13. März 2012 – Soziale Verantwortung und Wirtschaftlichkeit schließen sich nicht aus. Das zeigt die internationale Kreditgenossenschaft Oikocredit, die heute in Frankfurt ihre Jahresbilanz für 2011 vorlegt. Solidarität statt Gewinnmaximierung, Kredite statt Almosen – mit diesen Prinzipien gewinnt Oikocredit auch in Deutschland immer mehr Anleger, für die ethische Verantwortung nicht beim Geld aufhört.

2011 steigerte die Kreditgenossenschaft ihre Bilanzsumme um fünf Prozent auf 672 Mio. Euro. Mehr als 85 Prozent davon sind Eigenkapital. Einen wesentlichen Beitrag dazu haben deutsche Anleger geleistet: mit Neuanlagen von 27,6 Mio. Euro. Dadurch wuchsen die Anlagen aus Deutschland um 13 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Zahl der deutschen Anleger stieg 2011 um fast sechs Prozent auf über 19.700. Insgesamt haben sie 242,5 Mio. Euro bei Oikocredit investiert. „Diese Anleger wollen nicht auf Termingeschäfte spekulieren oder in Fonds investieren, deren Kapital in sozial unverträgliche Industrien fließt“, erklärt Dr. Florian Grohs, Geschäftsführer von Oikocredit Deutschland. „Ihnen ist die soziale Wirkung ihrer Investition wichtiger als spekulative Gewinne.“ Die Investoren geben über Oikocredit Darlehen an Unternehmen, die bei örtlichen Banken kaum Kredite bekommen, und fördern so Entwicklung und Gerechtigkeit in fast 70 Ländern.

Acht Prozent mehr für Entwicklung

Das Entwicklungsfinanzierungsportfolio von Oikocredit International – die Summe, die als Kredit oder Kapitalbeteiligung an Partnerorganisationen vor Ort vergeben wird – wuchs 2011 um acht Prozent auf 520 Mio. Euro. Oikocredit unterstützt damit fast 900 Mikrofinanz-Organisationen, Genossenschaften und Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern. „Diese Form einer solidarischen Ökonomie zeigt eine Alternative zu den unregulierten Finanzmärkten“, bestätigt auch Volker Weber, Vorstandsvorsitzender des Forums Nachhaltige Geldanlagen, auf der Oikocredit-Presskonferenz. „Denn diese ethischen Investments fließen dorthin, wo Kapital benötigt wird: in die Realwirtschaft von Entwicklungs- und Schwellenländern. Sie erfüllen damit Aufgaben, die die Finanzmärkte zunehmend weniger leisten“, so Weber. Ein Schwerpunkt lag 2011 zum Beispiel auf Afrika, wo Oikocredit 75 Mio. Euro bei 188 Partnern in 17 Ländern investiert hat.

Stabile Rendite

Die Idee ist seit der Gründung von Oikocredit im Jahr 1975 erfolgreich. „Wir können das Kapital der Investoren seit Jahren stabil verzinsen. Dank der diversifizierten Investitionen in Landwirtschaft, Handel und Mikrofinanz in fast 70 Ländern verzeichnen wir bislang keinerlei Wertverlust der Anlagen“, so Florian Grohs. „Und das, obwohl Oikocredit gezielt in Ländern in-

vestiert, die als risikoreich eingeschätzt werden, und in Unternehmen mit wenig Sicherheiten. Denn in diesen Ländern erreichen die Investitionen die größte soziale Wirkung.“ Grohs hebt die Selbstbegrenzung der Rendite auf zwei Prozent hervor: „Damit unterstreicht Oikocredit seine Ausrichtung auf Entwicklungsförderung, Armuts-

Soziale Wirksamkeit und Transparenz

Oikocredit überprüft systematisch die sozialen Auswirkungen ihrer eigenen Arbeit und der ihrer Mikrofinanzpartner. Oikocredit sucht sich gezielt Partner mit den gleichen sozialen Zielen und Werten, denen es in ihrer Arbeit vor allem darum geht, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Eine eigene Abteilung von Oikocredit widmet sich dem sozialen Wirkungsmanagement. 2010 wurde Oikocredit durch die Consultative Group to Assist the Poor (CGAP) als vorbildlicher Mikrofinanz-Investor gewürdigt und mit dem sogenannten ESG-Award für Umweltverträglichkeit, soziale Leistungsfähigkeit und verantwortungsvolle Unternehmensführung ausgezeichnet.



Banner-Ausstellung

bekämpfung und solidarisches, verantwortliches Wirtschaften.“

2011 erzielte die internationale Kreditgenossenschaft einen Nettoertrag von 15,9 Millionen Euro. Davon sind 9,7 Millionen Euro zur Ausschüttung an die Anleger als zweiprozentige Dividende vorgeschlagen. Die Restsumme wird in Beratung und Schulung der Oikocredit-Projektpartner investiert und für Rücklagen verwendet.

Kurzinfo: Oikocredit – einer der führenden privaten Entwicklungsfinanzierer

Oikocredit vergibt Kredite und Kapitalbeteiligungen an Mikrofinanzinstitutionen, Genossenschaften und andere Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Vielen Menschen wird dadurch der Weg in die wirtschaftliche Eigenständigkeit ermöglicht. Das Kapital geben Anleger, die ihr Geld sozial verantwortlich investieren möchten – Privatpersonen, Kommunen, kirchliche und andere Organisationen.

Oikocredit ist eine internationale Genossenschaft, die auf Entwicklungsförderung und Armutsbekämpfung setzt und dabei eine stabile Rendite erzielt

„Hilfe zur Selbsthilfe“ – diese Idee verfolgt Oikocredit bereits seit über 35 Jahren und zählt heute zu den weltweit führenden nicht-staatlichen Entwicklungsfinanzierern.

Das Kapital geben Anlegerinnen und An-

leger, die ihr Geld sozial verantwortlich investieren möchten – Privatpersonen, Kommunen, kirchliche und andere Organisationen. Beteiligungen sind ab einem Betrag von 200 EUR möglich.

Oikocredit in Zahlen (Stand 31.12.2011)

Bilanzsumme: 672 Millionen Euro
Entwicklungsfinanzierungs-Portfolio insgesamt: 520 Millionen Euro
Durchschnittliche Kredithöhe: 406.287 Euro
896 Partner, davon 607 Mikrofinanzinstitutionen in fast 70 Entwicklungs- und Schwellenländern
Die Oikocredit-Mikrofinanz-Partner erreichen über 26 Millionen Menschen
45.000 Anlegerinnen und Anleger, davon über 19.700 in Deutschland
Rendite für Anleger:
In der Regel 2 Prozent
Sitz der internationalen Oikocredit-Zentrale: Amersfoort/Niederlande
Kontakt Oikocredit Deutschland

Ulrike Haug Oikocredit
Geschäftsstelle Deutschland
Göttelmannstr. 13
55130 Mainz
Tel.: 0 61 31/3 29 32 23
uhaug@oikocredit.org

Ulrike Pfab arbeitet seit einem Jahr als Referentin für Öffentlichkeitsarbeit beim Oikocredit Förderkreis Baden-Württemberg e.V. Davor war sie sieben Jahre im europäischen Vertrieb in einem internationalen IT Konzern tätig. Ulrike Pfab hat einen Studienabschluss als Master in Germanistik und ein Universitätsdiplom für interkulturelle Kommunikation. Die 38-Jährige ist verheiratet und Mutter eines Sohnes.



Ulrike Pfab

Christlicher Sozialismus, christlicher Glaube und soziales sowie politisches Engagement*

Von Herman Noordegraaf

Christlicher Sozialismus als politische Bewegung entstand in der westlichen Gesellschaft im neunzehnten und in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts¹. Er verband sich selbst mit der sozialistischen Bewegung, die ins Dasein kam als eine Reaktion gegen den Kapitalismus, ein ökonomisches System, in dem die Mittel der Produktion Privateigentum waren

und in dem die Produktion am Markt auf der Basis des Profit-Motivs im Wettbewerb mit anderen Produzenten stattfand.

Der Hauptstrom des Sozialismus in seiner ersten Phase war stark vom Marxismus beeinflusst. In nur wenigen Worten gesagt: Der Marxismus erklärte, dass die sozialistische Gesellschaft den Kapitalismus ersetzen würde, weil die Analyse des Systems durch Marx gezeigt hatte, dass es wegen seiner eigenen Widersprüche umkommen

würde. Dann würde die sozialistische Gesellschaft da sein – eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, in der die Mittel der Produktion von der Gesellschaft kontrolliert würden, ein Gemeineigentum der Produktionsmittel, welches es möglich macht, dass es eine Produktion für die Bedürfnisse der Mitglieder der Gesellschaft gäbe und nicht für Profit.

Der revolutionäre Prozess wäre unvermeidlich, dadurch dass die Proletarier diesen Prozess beschleunigen könnten, indem sie eine ausgleichende Kraft in Opposition zum Kapitalismus formten.

Christlicher Sozialismus ist einverstanden mit Teilen der marxistischen Analyse, aber ihre fundamentale Motivation begründete sich auf andere namhafte religiös-ethische Erwägungen. Ich erinnere an die Haupt-Motive:

Soziale Gerechtigkeit. Dies ist das vorherrschende Motiv (auch in den Berichten der besten Praxis der ILRS-Mitglieds-Organisationen). Das hat zu tun mit der biblischen vorrangigen Option für die Armen, wie man sie finden kann in den sozialen Gesetzen im Alten Testament, den prophetischen Protesten gegen den Bruch dieser Gesetze sowie dem Leben Jesu und der Praxis der frühen christlichen Gemeinde.

Die Würde des menschlichen Seins. Das hat zu tun mit dem menschlichen Sein, wie es geschaffen ist nach dem Bild Gottes. Das bedeutet, dass jedes menschliche Sein Wert in sich selbst hat und so ein Recht auf Leben ungeachtet der ökonomischen Produktivität, des Alters, des ethnischen Hintergrunds, Geschlechts und so weiter.

Die Nutzung der Güter der Erde für jede(n), nicht nur für privilegierte Leute, die wohlhabend und mächtig sind. (In der holländischen Zeitschrift der Religiösen Sozialisten konnte man viele Jahre lang beim Presse-Kopf ein Zitat aus Psalm 24, 1

finden: „Die Erde ist des Herrn und was darinnen ist/der Erdkreis und die darauf wohnen.“) Das meint eine faire Verteilung (das hat zu tun mit Gleichheit) und einen Zugang zu den Mitteln des Lebens (Essen, sauberes Wasser, aber in modernen Zeiten ebenso Bildung, Gesundheitsdienste, Kultur, gute Umwelt und so weiter).

Verantwortung. „Soll ich meines Bruders Hüter sein?“ (So die Frage Kains, Gen. 4,9). Freiheit und Verantwortung sollte verbunden sein. Freiheit ist ein sehr wichtiges Ziel und Bedingung für gutes Leben. Demokratie ist begründet auf diesem Ausgangspunkt und den Freiheitsrechten (Freiheit der Rede, der Religion, der Versammlung und so weiter), und die politischen Rechte implizieren das. Jedoch der Prozess der Individualisierung, der in westlichen Gesellschaften so dominant ist, sollte verbunden werden mit der Verantwortung für die Gesellschaft und besonders für die, die dringend etwas brauchen. Individualisierung, die Leben für sich selbst ohne Blick auf Andere meint, ist eine Art von Individualismus, die zurückgewiesen werden sollte.

Schlussfolgerung 1: Die Option für Christlichen Sozialismus hat zu tun mit der Analyse der Gesellschaft und mit religiös-ethischen Überzeugungen.

These 1: Eine kritische Sicht des Kapitalismus in seiner globalisierten Form ist ein weitergehendes Anliegen, weil dieses sozialökonomische System nicht fähig ist, eine gerechte und nachhaltige Gesellschaft zu schaffen. Ohne ausgleichende Kräfte, die dieses System beeinflussen, werden Armut und Verwüstung der Schöpfung andauern.

These 2: Christliche Sozialisten sollten die fundamentalen Gesichtspunkte voranbringen in der öffentlichen Diskussion und in der Politik, um die Diskussion um Ziele

und Richtung der Entwicklung der Gesellschaft anzuregen.

Beziehungen zwischen Kirchen/Christen: Christlicher Sozialismus hatte und hat sich selbst zu beziehen auf zwei Fronten: Kirchen und andere Christen und sozialistische Parteien. Zuerst etwas über die ersten Beziehungen:

Lange Zeit während der Entwicklung des industriellen Kapitalismus waren die meisten der Kirchen und Christen in fast allen Staaten konservativ. Christlicher Sozialismus hatte einen Beitrag zu leisten für eine höhere und tiefere Ebene von moralischem Bewusstsein in Kirchen bei der Aufklärung der strukturellen Probleme, die vom industriellen Kapitalismus geschaffen waren, und bei der Verbindung dieser Aufklärung mit biblischen Konzepten der sozialen Gerechtigkeit. Das wirkte als Herausforderung für Kirchen und Christen. Es zeigte sich, dass eine Annäherung an die Nächstenliebe nicht ausreichend war, und es konnte gerade einen Beitrag für das Ertragen der sozialen Probleme geben. Auch wurden Ansichten wie diese abgelehnt:

- a) christlicher Glaube wäre nur für das private Leben da; in diesen Ansichten mussten Christen sich von der Welt trennen;
- b) die bestehende Ordnung war mit dem christlichen Glauben in einer unkritischen Weise verbunden.

Christlicher Sozialismus wollte, dass der christliche Glaube ein in der Öffentlichkeit wirksamer Glaube wäre, der solche Bewegungen unterstützte, die nach einer Wandlung der Gesellschaft in Richtung einer gerechten Gesellschaft suchten². Sogar solche Menschen in den Kirchen, die christlichen Sozialismus zurückwiesen, mussten sich selbst zu christlichem Sozialismus und zu den Gesichtspunkten, dieses voran zu bringen, in Beziehung setzen.

Christlicher Sozialismus machte ebenso den Leuten außerhalb der christlichen Kirchen klar, dass es andere Möglichkeiten gab als die Verbindung zwischen Konservatismus und christlichem Glauben.

Glücklicherweise hat sich die Lage geändert. Die Gesichtspunkte des christlichen Sozialismus kann man in vielen Kirchen, der Ökumenischen Bewegung (dem Weltrat der Kirchen) und internationalen Kirchengemeinschaften wie dem Lutherischen Weltbund finden. Zum Beispiel sind sie stark und kritisch in der Debatte über Globalisierung involviert. Trotzdem, die Herausforderung ist noch da, wenn wir auf das Wachsen des religiösen Konservatismus und der Religiösen Rechten sehen, in den USA und anderswo mit ihrem freien Markt und der nationalistischen Ideologie, welche sie geradewegs legitimieren mit einer Berufung auf Gott.

Schlussfolgerung 2: Christliche Sozialisten sind nicht mehr nur einsame Personen, sondern ihre herausfordernde Position hat eine neue Aktualität.

These 3: Christlicher Sozialismus sollte solche Gruppen und Personen innerhalb der Kirchen und der ökumenischen Bewegung unterstützen, die für eine gerechte und nachhaltige Gesellschaft arbeiten.

These 4: Christliche Sozialisten sollten klar machen, dass die christliche Rechte eine Ideologie hat, die sich zu Unrecht christlich nennt.

Beziehung zu sozialdemokratischen Parteien: In der ersten Phase der Geschichte war die Verwandtschaft zwischen christlichem Sozialismus und Sozialismus nicht einfach. Viele Sozialisten waren gegenüber Kirchen und Christen feindselig. Das war verständlich, weil Kirchen und Christen mehrheitlich konservativ und selbst stark im Gegensatz zum Sozialismus standen. Ein anderer Grund war die marxistische

Theorie, in der Religion bloß als ein Reflex der sozial-ökonomischen Bedingungen gesehen wurde. So hatte Religion keinen Wert und Bedeutung in sich selbst („Opium des Volkes“).

Christliche Sozialisten wurden in der Partei solange akzeptiert, wie sie ihren Glauben nicht in der Partei äußerten, oder sie waren in soweit akzeptiert als sie nützlich waren, um Kirchenmitglieder für den Sozialismus zu fangen. Der Grad der Distanz war unterschiedlich pro Land.

Heutzutage ist die meiste Feindseligkeit verschwunden; es kann eine positive Haltung von Gleichgültigkeit geben. Das ist ebenso unterschiedlich pro Land.

Nach meiner Meinung kann christlicher Sozialismus mindestens drei Funktionen für soziale Demokratie haben:

These 5: Christliche Sozialisten sollten einen Beitrag zur Diskussion darüber geben, was Soziale Demokratie heute bedeutet, indem sie politische Fragen zu fundamentalen Ansichten über menschliches Sein (Anthropologie) und über Gesellschaft und über fundamentale Werte in Beziehung setzen.

These 6: Christliche Sozialisten sollten ihren Genossen in der Sozialdemokratischen Bewegung Diskussionen innerhalb der Kirchen über soziale Fragen bewusst machen und ihnen viele Aktivitäten seitens der Kirchen zugunsten der Armen bewusst machen. Christliche Sozialisten können eine Brücke in dieser Weise sein.

These 7: Christliche Sozialisten sollten eine Vision vom Patz der Religion und religiösen Institutionen in der heutigen Gesellschaft haben und zum Ausdruck bringen. Sie sollten darüber in Diskussionen innerhalb der Sozialdemokratie und in der Gesellschaft allgemein einen Beitrag leisten.

Fragen in diesem Bereich sind zum Beispiel das Verhältnis zwischen Staat auf der

einen Seite, und Kirchen und anderen religiösen Institutionen auf der anderen Seite. Diese Beziehung ist unterschiedlich pro Land. Da gibt es Länder, die noch eine Staatskirche haben (England, Dänemark, Norwegen), Länder, in denen religiöse Äußerungen im öffentlichen Bereich nicht erlaubt sind, und Länder, in denen religiöse Institutionen nicht nur anerkannt sind, sondern manchmal sogar noch vom Staat unterstützt werden mit Finanzen und in anderer Weise, um sich selbst im öffentlichen Bereich kund zu tun innerhalb der Grenzen von fundamentalen demokratischen Prinzipien. Der Staat ist sozusagen neutral hinsichtlich der Religionen. Das ist zu sagen: Keine religiöse Institution sollte vom Staat anderen gegenüber bevorzugt werden.

Die Frage der Beziehung zwischen Kirche und Staat hat ebenso einen praktischen Kernpunkt:

Mit der Umstrukturierung des Wohlfahrtsstaates wächst die Rolle der so genannten auf Glauben basierenden Organisationen auf dem Gebiet der Wohlfahrt andauernd, sogar in Ländern, in denen der Staat die Hauptrolle beim der Erstellung von Wohlfahrts-Diensten spielt³.

Beziehung zu anderen Religionen: Das bringt mich zu der Frage, wie christliche sozialistische Organisationen sich selbst zu Leuten anderer Religionen verhalten. Bis jetzt habe ich über christlichen Sozialismus gesprochen, weil sich die Organisationen selbst so genannt haben. Als sie sich religiöse Sozialisten genannt haben wie die ILRS, waren sie in Wirklichkeit hauptsächlich christliche Organisationen, sogar mehrheitlich protestantisch. Als diese Organisationen gegründet wurden, waren bei weitem die meisten Leute Christen. In einigen Ländern waren Juden Teilnehmende.

In der Schweiz zum Beispiel war der gut bekannte jüdische Philosoph Martin

Buber ein Mitglied der Schweizer religiös-sozialistischen Bewegung. Der Leiter der Bewegung, Leonhard Ragaz, war ein Pionier im Dialog zwischen Christen und Juden.

Wie wir in den Berichten der Mitgliedsorganisationen der ILRS über ihre beste Praxis lesen können, sind alle darin involviert, Beziehungen speziell zu Muslimen aufzubauen. Einige Mitglieder der ILRS entwickeln sich zu inter-religiösen Gruppen, andere haben unterschiedliche Gruppen und arbeiten zusammen.

Für mich selbst ist es schwierig, allgemeine Schlüsse zu diesem Kernpunkt zu ziehen, weil eine Menge von spezifischen Umständen abhängt. Nach meiner Meinung ist der Hauptpunkt, dass die Zusammenarbeit entwickelt wird zwischen all diesen religiösen Gruppen, welche die Prinzipien, die ich oben erwähnt habe, unterschreiben, und die sich selbst engagieren wollen in sozialdemokratischer/sozialistischer Politik. Ein gemeinsamer Standpunkt kann auf den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit und so weiter gefunden werden. Im Dialog können diese Prinzipien zusammen ausgearbeitet werden. Eins der Ziele könnte sein, die Position von Menschen mit anderem Glauben als dem christlichen zu verbessern und dafür Aufmerksamkeit zu fordern auch unter sozialdemokratischen oder sozialistischen Parteien in ihrem Land.

These 8: Christliche sozialistische Organisationen sollten in der einen oder anderen Weise zusammenarbeiten mit Menschen anderen Glaubens, um im Dialog fundamentale Prinzipien zu entwickeln und zu verstärken mit dem Ziel einer besseren Position für Menschen anderen Glaubens in der Gesellschaft und ihrer Rolle in sozialdemokratischen/sozialistischen Parteien.

2 *Vergleiche zu den Möglichkeiten der Beziehungen zwischen Christen und Kultur/Gesellschaft in der Geschichte die klassische Arbeit von H. Richard Niebuhr, Christ and Culture, San Francisco 2001 (1951).*

3 *Vergleiche zum Beispiel: Danielle Diercks, Jan Vranken, Wendy Kerstens (eds.), Faith Based Organisations and Social Exclusion in European Cities. National Context Reports, Leuven/Den Haag 2009; Anders Bäckström, Grace Davie, Ninna Edgardh, Per Pettersson, Welfare and Religion in 21st Century Europe: Volume 1. Configuring the Connections, Farnham 2010; idem Volume 2 Gendered, Religious and Social Change, Farnham 2011.*

**Rede auf der Konferenz des Internationalen Bundes der Religiösen Sozialisten/innen (ILRS) am 15. Oktober 2011 in Den Haag.*

Übersetzung aus dem Englischen von Reinhard Gaede

Noordegraaf, Herman, geb. 1951, verheiratet, zwei Söhne, studierte Soziologie und Theologie, arbeitete auf dem Gebiet Kirche und Gesellschaft in der Niederländischen Reformierten Kirche und dem ökumenischen Rat der Kirchen und ist jetzt Professor für Diakonie der Protestantischen Theologischen Universität in Leiden.



Herman Noordegraaf

und ist jetzt Professor für Diakonie der Protestantischen Theologischen Universität in Leiden.

1 *John C. Cort, Christian Socialism. An Informal History, Maryknoll 1988.*

REZENSIONEN

Von Liebe und Widerstand – das Leben von Magda und André Trocmé

Hanna Schott: Von Liebe und Widerstand – das Leben von Magda und André Trocmé; Schwarzenfeld: Neufeld-Verlag, 2011; ISBN 978-3-86256-017-2

Von Dietlinde Haug

Es musste viel geschrieben werden, um die zahlreichen und grausamen Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzuprangern, die in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts geschehen sind. Leider konnten solche Verbrechen im 21. Jahrhundert nicht gebannt werden und geschehen weiterhin. Um nicht den Mut zu verlieren, sind Erfolgsgeschichten nötig, die zeigen, dass es möglich ist, sich solchen Untaten entgegen zu stellen. Wir brauchen Beispiele von Menschen, die auch unter diktatorischen Regimes ihre Menschlichkeit behalten und Solidarität mit den Opfern bewiesen haben.

Ein erstaunliches Beispiel aus dem französischen Protestantismus ist hier anzuzeigen, die Biographie des Pfarrers André Trocmé mit seiner Familie und die Geschichte des Dorfes Le Chambon sur Lignon nahe der Cévennen.

Als überzeugter Pazifist und

Kriegsdienstverweigerer fand Pfarrer Trocmé nach mehreren Bewerbungen (er hätte eine Stadtgemeinde bevorzugt) nur in diesem sehr abgelegenen Dorf eine Pfarrstelle – und dort die Aufgabe seines Lebens. Es fügte sich, dass dort während des zweiten Weltkriegs gerade wegen der Abgeschiedenheit der Gegend Juden aus ganz Europa Zuflucht suchten und auf den verstreut liegenden Bauernhöfen versteckt wurden. Dies musste natürlich vor den Behörden der Vichy-Regierung geheim gehalten werden. Erleichternd dafür war, dass in dieser urprotestantischen Gegend auch die einheimische hugenottische Bevölkerung in Abgrenzung zum Katholizismus alttestamentliche und damit jüdische Namen trug. Packend wird geschildert, wie sich das städtisch geprägte Pfarrehepaar Trocmé in das Dorfleben hineinfand, wie die Versorgung der schutzsuchenden Juden organisiert wurde (u. a. wurde zur Unterrichtung von ca. 300 Flüchtlingskindern eine Friedensschule gegründet).

Nach Kriegsende gab der Staat Israel dem Dorf Le Chambon sur Lignon einen Ehrenplatz in der Gedenkstätte Yad



Vashem unter den Gerechten der Völker. Da von den damals geretteten Juden nach 1945 viele in die USA auswanderten, ist das Dorf auch dort bekannt. Anlässlich eines Staatsbesuchs in Frankreich 2009 machte auch Präsident Obama dort Station. Die Friedensschule wird bis heute als Internatsschule mit internationaler Schülerschaft weitergeführt. Sie heißt heute Collège-Lycée Cévenol International; in den unterrichtsfreien Sommerferien finden dort Camps

und Workshops zur Friedenserziehung und Gewaltfreiheit statt.

Pfarrer Trocmé und seine Frau Magda engagierten sich nach 1945 im Internationalen Versöhnungsbund – das wird im vorliegenden Buch aber leider nur noch gestreift.

Dem Neufeld-Verlag und dem Mennonitischen Friedenskomitee sei gedankt, dass sie diese wunderbare und Mut machende Geschichte auch in Deutschland bekannt gemacht haben.

Die Armut besiegen

Muhammad Yunus: Die Armut besiegen. 311 Seiten. Carl Hanser Verlag, München 2008, ISBN 978-3-446-41236-1.

Von Gerd Büntzly

Yunus ist der Erfinder der Mikrokredite. Als junger Wirtschaftsprofessor kam er mit den Ärmsten der Armen in Kontakt und stellte fest, dass ihr Problem die Geldverleiher waren: Um nur einen ganz geringen Kredit zu erhalten, mussten sie praktisch ihre ganze Existenz dem Wucherer ausliefern. Um diese Lage zu verbessern, entwickelte Yunus das System der Mikrokredite, die ohne Sicherheiten vergeben wurden. Und der Erfolg gab ihm Recht: 99% der Kredite wurden zurückgezahlt. Allerdings stützte sich

Yunus dabei auf die sozialen Netzwerke, die es bereits gab: Er forderte seine Kreditnehmerinnen (denn er verließ sich irgendwann hauptsächlich auf die Frauen) auf, mit ihren Freundinnen kleine Gruppen zu bilden, die einander im Erfahrungsaustausch und in der Zahlungsmoral unterstützen sollten. Er vertiefte sich genauestens in die Bedingungen für Armut, um dann die Armen selbst das passende Projekt entwerfen zu lassen, mit dem sie ihre Lage verbesserten. Seine Ideen könnten nicht nur bei uns, sondern z. B. auch bei Roma in Serbien oder im Kosovo eingesetzt werden, die im Augenblick im größten Elend leben und ihre Existenz aus den Müllkippen bestreiten müssen. Übrigens erwähnt Yunus Projekte im Kosovo.



Liebe widern

VON MAGDA &





Yunus fordert inzwischen eine neue Art von Unternehmen: das Sozialunternehmen. Es soll ein Unternehmen sein, das sich selbst trägt, aber keine Gewinne machen darf (oder seine Gewinne in sein Hauptprojekt reinvestieren muss). Das Ziel eines solchen Unternehmens ist ein soziales: zur Verbesserung der Lebenssituation armer Menschen beizutragen. Yunus wirft der herrschenden Wirtschaftslehre vor, von einem „eindimensionalen Menschen“ auszugehen, der kein anderes Interesse als das der Gewinnmaximierung habe. Er sagt zutreffend, dass die Menschen aus vielen anderen, vor allem aber aus sozialen Motiven handeln und dass es besonders bei Armen wichtig ist, ihrer Kreativität wahrzunehmen und freizusetzen. Yunus hat selbst zahlreiche solcher Unternehmen gegründet und inzwischen eine europäische Weltfirma (die französische Joghurtfirma Danone) davon überzeugt, sich an einem solchen Sozialunternehmen zu beteiligen.

Wie definiert man Armut? Yunus lehnt die pauschalen Quantifizierungen (wie: weniger als 1 Dollar Einkommen pro Tag) ab und fordert eine Definition, die den örtlichen Gegebenheiten entspricht. So hat er für sein Heimatland Bangladesch 10 Punkte entwickelt, die erlauben, von einer Überwindung der Armut zu sprechen:

1. Leben in einem Haus mit Blechdach, das mindestens 23000 Taka (ca. 370 \$) wert ist. Die Familienmitglieder schlafen nicht auf dem Boden, sondern auf Feldbetten oder Bettgestellen.
2. Die Familienmitglieder trinken sauberes Wasser aus der Leitung, abgekochtes oder sonst wie gereinigtes Wasser.
3. Alle Kinder besuchen die Grundschule oder haben sie abgeschlossen.
4. Das Mitglied zahlt eine Kreditrate von mindestens 200 Taka (ca. 3 \$) pro Woche zurück.
5. Alle Familienmitglieder benutzen eine hygienische Latrine.
6. Alle besitzen genug Kleidung.
7. Die Familie hat ergänzende Einkommensquellen wie einen Obst- oder Gemüsegarten.
8. Jährliches Guthaben von 5000 Taka (ca. 75 \$) auf dem Sparkonto.
9. Die Familie kann sich das ganze Jahr hindurch drei tägliche Mahlzeiten leisten.
10. Alle Familienmitglieder können im Krankheitsfalle die Behandlungskosten tragen.

Es ist klar, dass als arm eine Familie gilt, bei der einer dieser Punkte nicht erfüllt ist; je mehr dieser Punkte nicht erfüllt sind, umso höher ist der Grad der Armut. Und in unserem Land?

BUNDESNACHRICHTEN

Widerstand gegen Nazis nach der Tradition: Wehret den Anfängen!

Presseerklärung des BRSD vom
23.12.2011

Vor dem Aufmarsch der Neonazis in Bielefeld am Heiligen Abend 2011 erinnern wir an die Tradition christlichen Widerstandes gegen den Hitler-Faschismus und fordern alle Christinnen und Christen sowie religiös und humanistisch geprägte Menschen auf, sich die Zeuginnen und Zeugen des frühen Widerstandes gegen die Nazis zum Vorbild zu nehmen und aus den prophetischen Warnungen der Antifaschisten, die damals nicht beherrzt wurden, heute Lehren zu ziehen.

Einige der vergessenen und damals wie heute unbeachteten Warnungen bringen wir aus aktuellem Anlass zur Kenntnis:

„Christentum und Faschismus sind unvereinbar“, so lautete der im November 1930 gedruckte Aufruf der religiös-sozialistischen Internationale, also vor der Machtergreifung der Nazis am 30. Januar 1933. Der Faschismus wird darin entlarvt als fanatische „Religion völkischer und rassischer Selbstvergottung“. Die religiösen Sozialisten erhoben An-

klage: Das Kreuz als „Sinnbild der vergebenden und rettenden Liebe Gottes“ ist verkehrt in das Zeichen (sc. des Hakenkreuzes) „selbstgerechter und hochmütiger Ausschließlichkeit, ja sogar des Hasses und der Gewalt“. Neben der Vergottung des Staates steht die Unterdrückung der Gegner des Faschismus mit „Gewalt und Mord“.

Und sie riefen die Verblendeten zur Umkehr auf: „Erwachtet, die Ihr Euch durch den nationalistischen und faschistischen Trug und Rausch habt verblenden lassen, werdet des Abgrunds gewahr, vor dem Ihr steht; erwachtet zur Wahrheit Christi, kehret von Cäsar und Wotan zu Christus, vom Lektorenbündel zur Dornenkrone des Menschensohnes und vom Hakenkreuz zum wirklichen Kreuze zurück, dem allein der Sieg über die Welt verheißen ist. Der Bund des Christentums mit dem Nationalismus und Faschismus ist Abfall von der Wahrheit Christi und ist eine größere Gefahr, als jede offene Feindschaft gegen seine Sache.“

Pfarrer Gotthilf Schenkel, Schriftleiter von „Der Religiöse Sozialist. Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes“, fasste 1932



Sonntagsblatt

Des arbeitenden Volkes
Herausgegeben vom Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands

Durch christlichen Glauben zu sozialistischem Kampf.
Durch sozialistischem Kampf zu christlichem Glauben.



die Antriebsmomente dieses „neuen Heidentums“ (Paul Tillich) zusammen: „Die Bewegung ist ein Ventil für alles, was an starken Instinkten empordrängt. ... Hass und Idealismus, Rache und Wut, Zorn und Abenteuerlust, Wunsch nach Uniform und Führer, nach Macht, Glanz und neuer Herrlichkeit. Viel alte Leidenschaft kommt wieder zum Durchbruch. Der Antisemitismus des letzten Jahrhunderts, der Bürgerschreck vor dem Sozialismus aus Bismarcks Zeit, die kulturkämpferische Stimmung gegenüber einer katholischen Bevölkerung ... die Sucht nach neuem Sündenbock.“ Erwin Eckert, Sprecher der religiösen Sozialisten, schrieb Weihnachten 1930: „Traurig ist unser Herz, aber wir verzagen nicht. Wir werden vor dem Götzen des Hakenkreuzes die Knie nicht beugen, wir werden ihm nicht dienen. Wir werden Gott, dem Herrn der Welten, treu bleiben, Christus, dem Fürsten des Friedens, nachfolgen und darum beten, dass der Heilige Geist der Liebe und Güte, der Gerechtigkeit und wahrhaftigen Brüderschaft in unsern Herzen Wohnung mache. So feiern wir Weihnachten und gehen in den Kampf, der uns verordnet ist und sind bereit, eher zu sterben, als daß wir ruhig zusehen, wie der Faschismus „im Namen Gottes“ die Völker

der Welt an Leib und Seele vergiftet und verwüestet.“

Heute fallen die Neonazis – in ihren Grundüberzeugungen sind sie den Altnazis gleichzusetzen – im Allgemeinen durch ihre extreme Feindschaft gegen Fremde auf. Sie zeichnen Feindbilder von Asylbewerbern, Einwanderern aus der Türkei, so genannten Linken und Menschen jüdischen Glaubens. Sie propagieren einen Staat, in dem Menschen am Rande wie Behinderte, Homosexuelle Obdachlose und sozial Schwache keinen Platz haben und dem Hass ausgesetzt sind. Ein großer Teil der Neonazis leugnet oder verschleiert die Verbrechen des Nationalsozialismus, speziell den Mord an sechs Millionen Menschen jüdischen Glaubens und einer halben Million Sinti und Roma sowie die Kriegsverbrechen.

Wir fordern Christinnen und Christen in Bielefeld und Umgebung auf, sich zahlreich an der Demonstration gegen die Neonazis zu beteiligen.

Alle Christinnen und Christen rufen wir auf, den Frieden und die Freude der Weihnachtsbotschaft auch im öffentlichen Leben zu bezeugen durch Arbeit für mehr Gerechtigkeit und Frieden in der Welt.

gez. Reinhard Gaede

Zur Geschichte unserer Bewegung

Erwin Eckert war Initiator für eine Zusammenarbeit der religiös-sozialistischen Gruppen, 1924 in einer Arbeitsgemeinschaft, 1926 in einem Bund, dessen Geschäftsführer er bis 1931 wurde (vgl. CuS 4, 2-3/2011). Zu seinen Reden gegen den Faschismus kamen die Volksmassen, er war Wortführer der „Klassenkampfgruppe“ in der SPD. Weil er „die Tolerierungspolitik“ der SPD gegenüber den bürgerlichen Parteien nicht mehr dulden wollte, begründete er am 9. Okt. 1931 seinen Übertritt

zur KPD und verlor am 11. Dez. 1931 sein Pfarramt, kam ins Gefängnis und ins Zuchthaus. Im Nachkriegsdeutschland kam er anfangs als Kämpfer gegen die Wiederaufrüstung zu Ehren, aber nach dem Verbot der KPD wieder in Haft. Über sein Leben ist jetzt ein Buch von Friedrich-Martin Balzer erschienen: „Protestantismus und Antifaschismus vor 1933. Der Fall des Pfarrers Erwin Eckert in Quellen und Dokumenten“, Hardcover, 24x17 cm, mit 21 Abbildungen, bestellbar über www.friedrich-martin-balzer.de.

Jahrestreffen

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde des BRSD! Im letzten Jahr standen wir vor schwierigen Herausforderungen in den Bereichen Organisation und Finanzen, deren Klärung Zeit und Kraft erforderte. Die geplante Jahrestagung in Lage-Hörste mussten wir deshalb absagen. Dieter Hönerhoff, unser Kassenführer, bittet alle, die uns einen Lastschriftauftrag gegeben haben, Anfang Mai darauf zu achten dass das Geld abgebogen werden kann. Alle, die direkt an uns überweisen, sollen es bitte bis Ende Mai tun. Aufgaben für den BRSD sind neu zu bestimmen, Verantwortung in einem erweiterten Vorstand ist

neu zu verteilen. Weil unsere Mitglieder, Leser und Leserinnen in allen Regionen unseres Landes wohnen, wird der Austausch von Erfahrungen eine besondere Chance sein. Gleichzeitig geht es auch um besonders gute Vernetzung untereinander, um Entfernungen zu überwinden. So laden wir ein zu unserem Jahrestreffen mit Mitgliederversammlung im Großraum Köln, am 30. Juni 2012 im Gemeindehaus der Ev. Gemeinde Volberg 4, Rösrath-Hoffnungsthal (5 Min. Fußweg vom Bahnhof dort). Wir hoffen, dass alle, die kommen, ein günstiges Angebot der Bundesbahn wahrnehmen können („Schöner Tag-Ticket“ u.a.). Herzliche Einladung!



Geburtstagsglückwünsche

Dr. Günter Zwanzig

Am 1. Mai 2012 gibt der SPD Ortsverein Weißenburg/ Mittelfranken im Söller des Gotischen Rathauses einen Empfang für Dr. Günter Zwanzig anlässlich seines 80. Geburtstags. In den Jahren 1972–1984 war er Oberbürgermeister der Kreisstadt Weißenburg und hat auch als Bezirks- und Kreisrat die Geschicke der Region mitgestaltet – herzlich gratulieren wir Dir, lieber Günter! Der BRSD verdankt Dir eine schöne Jahrestagung in den Tagungsräumen des schönen

gotischen Rathauses im September 1979 mit 85 Teilnehmenden. Jürgen Finner, ehemals Studentenfarrer und Bundessekretär, hatte in CuS 1/1980 einen langen Bericht über die Tagung geschrieben, die damals noch die Zeitzeugen des religiösen Sozialismus aus der Weimarer Zeit mit jungen Teilnehmenden zusammenführte. Für Deine Treue zum demokratischen Sozialismus und die Begleitung unseres Bundes danken wir Dir herzlich. Gottes Segen im neuen Jahrzehnt! In multos annos!

Bilder und Fotos

Reinhard Gaede	1, 70–72
Manfred Böhm, privat.....	15
Horst Haitzinger, NW 2.9.2010, Nr. 204; 21.9.2010, Nr. 220; 28.9.2010, Nr. 226	18, 20, 22
Christoph Butterwegge, privat	24
Basisgemeinde Wulfshagenerhütten	27–29
Internationales WGT-Komitee/NY	32
Renate Schröder, privat.....	40
Bernd Krebs, privat	44
Hans-Otto Bredendiek, privat	48
Willy Spieler, privat	52
Sammlung Joachim Schmidt, Troisdorf	53
Klaus Schmidt, privat	54
EAK, Christian Griebenow, privat	56, 58
Christoph Butterwegge und Donat Verlag, Bremen.....	57
Fotoresearch Stock Illustration, Frieden	57
Oikocredit, Ulrike Pfab, privat.....	60–61
International League of Religious Socialists	65
Neufeld Verlag Schwarzenfeld	67
Carl Hanser Verlag, München	68



Autorinnen und Autoren

Basisgemeinde Wulfshagenerhütten eG

Dr. Anthony Gwyther
Zum Wohld 4
24214 Tüttendorf

Dr. Manfred Böhm

Waldweg 23
91320 Ebermannstadt

Gerd Büntzly

Lützowstr. 24
32052 Herford

Prof. Dr. Christoph Butterwegge

Universität zu Köln
Institut für Politikwissenschaft
Gronewaldstr. 2
50931 Köln

Christian Griebenow

Evangelische Arbeitsgemeinschaft
für Kriegsdienstverweigerung und Frieden
Endenicher Str. 41
53115 Bonn

Dietlinde Haug

Uhlandstr. 35
32545 Bad Oeynhausen

Dr. Bernd Krebs

Richardplatz 19
12055 Berlin

Prof. Dr. Herman Noordegraaf

Plein Eendragt 13
NL 3111 AR Schiedam

Ulrike Pfab

Oikocredit Förderkreis Baden-Württemberg e.V.
Vogelsangstraße 62
70197 Stuttgart

Renate Schröder

Friedrichstr. 38
32257 Bünde

Klaus Schmidt

Auf dem Kitzeberg 37
51107 Köln

Willy Spieler

Butzenstrasse 27
CH 8038 Zürich

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte, auch mit Bildern.** (Allerdings können wir dafür nicht haften.) Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für LeserInnenbriefe. Wer regelmäßig geistesverwandte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Artikel: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir nur in Ausnahmen Zeit für das Eingeben von Manuskripten. Wir bitten, uns Texte folgendermaßen zuzusenden:

- **Texte** in einem der PC-/Mac-üblichen Formate (RTF, TXT oder DOC) auf CD oder per E-Mail.
- **Bilder** bitte digital als JPG-, TIFF-, EPS- oder PDF-Format mit mindestens 300 dpi Auflösung. Keine Internetbilder (!), da sie nicht den Anforderungen des Offsetdrucks entsprechen. Im Notfall als scanfähiges Foto per Post.
Adresse: cus@brsd.de oder reinhardgaede@gmx.de, bzw. Reinhard Gaede, Wiesestr. 65, 32052 Herford.

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt.

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden die MitarbeiterInnen der Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

CuS. Christ und Sozialist. Christin und Sozialistin. Kreuz und Rose

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V./www.BRSD.de

Erscheint seit 1948 (vorher gab es bis zur Unterdrückung durch den Hitler-Faschismus: Das Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes 1924–1933, das Rote Blatt der Katholischen Sozialisten 1929–1930 und die Zeitschrift für Religion und Sozialismus 1929–1933).

Helmut Gollwitzer: Warum bin ich als Christ Sozialist? Warum wird ein Mensch Sozialist?

Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionären Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundsphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

Solche Vordergrundsphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, Ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch-industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). – Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

Hinzu kommt, dass gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung ein in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammengehören wie zwei Seiten derselben Medaille. (Auszug aus: Warum bin ich als Christ Sozialist?, CuS 1980)

Abonnements:

Per Post:

BRSD Sekretariat Norbert Voß,
Altvolberg 20, 51503 Rösrath

Per Telefon:

0 22 05/79 37

Per E-Mail:

n.voss@redezzeit.de

Bezugspreise (inkl. Versand):

Inland € 20,- pro Jahr · Ausland: Europa € 24,-,
Welt € 28,50 pro Jahr · Förderabonnement € 25,-
oder mehr. Bitte überweisen Sie den Betrag
jeweils zum Jahresbeginn an den BRSD e.V.

KD-Bank · BLZ 350 601 90 · Kt.-Nr. 2119 457 010

Internationale Überweisungen:

IBAN DE 15350601902119457010

BIC GENODED1DKD

Kündigungen werden zum Jahresende wirksam